12 deutsche architektur

Berlin
Dezember
1973

Wohnungsbauprogramm bis 1990 ■ Wohngebiet Friedenshof in Wismar ■ Gesellschaftliche Einrichtungen und bildende Kunst im Wohngebiet

Preis 5,— Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Heftpreis 5,– M

Bezugspreis vierteljährlich 15,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassil-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady, Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1011, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· BRD
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 3/71/73 bis P 3/81/73

Gesamtherstellung:
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in the GDR

Aus dem vorigen Heft:

Aktuelle Probleme der langfristigen städtebaulichen Planung im Bezirk Rostock
Forschungsprojekt Greifswald –
Schlußfolgerungen für die Planung und Umgestaltung von Mittelstädten
Untersuchungen zur Vorbereitung von Altbaugebieten
in Klein- und Mittelstädten im Bezirk Rostock
Modernisierungskomplex Ostheimstraße in Leipzig
Untersuchung der Altbauwohnsubstanz in Schwerin
Gestalterische Fragen der sozialistischen Umgestaltung
historisch wertvoller Stadtkerne
Umgestaltung von Altbaugebieten in Budapest und Sopron

Im nächsten Heft:

Die Wohnungsbauserie 70
Entwicklung und Anwendung der WBS 70 in Neubrandenburg
Grundsatztechnologien zur WBS 70
Raumelemente – eine neue Bauweise
Die Agglomeration von Gdansk
Chandigarh – die Stadt am Fuße des Himalajas

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 4. Oktober 1973
Illusdruckteil: 11. Oktober 1973

Titelbild:

Blick auf das „Ahornblatt", das gesellschaftliche Zentrum des Wohngebietes Fischerinsel in Berlin
Foto: Reschke, Berlin

Fotonachweis:

Werner Remd, Gräfenau (1); Herbert Lachmann, Leipzig (3); Foto Eschenburg, Warnemünde (1); Hanns Höhns, Erfurt (2); Bauinformation/Reinhardt (1); Bauinformation/Junge (1); Zentralbild/Hesse (1); H. W. Brumm, Gramzow (12); E. Reschke, Berlin (12); Rüdiger Plaethe, Berlin (2); Lutz Humann, Karl-Marx-Stadt (1); Büro des Bezirksarchitekten Gera (1); Bernd Fischer, Leipzig (2); B. Mittelsteiner, Erfurt (8); Günter Ewald, Stralsund (8)

12 deutsche architektur

XXII. Jahrgang
Berlin
Dezember 1973

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf

Korrespondenten im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag), Luis Lapidus (Havanna), Daniel Kopeljanski (Moskau), Nadja Hadjiewa (Sofia), Zbigniew Pininski (Warschau)

Höhere Effektivität der Projektierung

Die Erhöhung der Effektivität und der Qualität in der Projektierung des Bauwesens stand im Mittelpunkt der Beratungen der 8. Sitzung des Präsidiums des BdA/DDR, die am 20. und 21. September 1973 in Magdeburg stattfand. An den Beratungen, die vom Präsidenten des Bundes, Prof. Collein, geleitet wurden, nahm der Stellvertreter des Ministers für Bauwesen, Genosse Poser, teil.
Die Beratungen begannen mit einer Problemdiskussion. Einleitend stellte der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Kommission Projektierung des BdA/DDR, Kollege Buchholz, eine Reihe von Problemen und Vorschlägen zur Verbesserung der Projektierung zur Debatte. Die Diskussion machte deutlich, daß die konstruktiven Vorschläge des BdA/DDR dazu beitragen können, eine Reihe von Problemen in der Projektierung besser zu lösen.
Der zweite Beratungstag wurde durch ein Referat von Dr.-Ing. Wieland eingeleitet, das in prägnanter Weise Wege zu einer höheren Effektivität in der Projektierung darlegte. Der Referent ging von der Zielstellung aus, auf die der VIII. Parteitag der SED das Bauwesen orientierte. Die sozialistische Entwicklung des Städtebaus und der Architektur, insbesondere die Lösung der Wohnungsfrage in der DDR, wird maßgeblich vom Niveau der Projektierung bestimmt. In diesem Zusammenhang legte der Referent eine Reihe von Problemen und Mängeln dar, die sich hemmend auf den Prozeß der Projektierung auswirken. Im Interesse einer Erhöhung der Effektivität und Qualität der Projektierung schlug er unter anderem vor,

- in den Baukombinaten Betriebe für die Investitionsvorbereitung zu bilden, um die begonnene Integration weiterzuführen und eine höhere Stufe der Komplexität und der Gemeinschaftsarbeit zu erreichen,
- die Erzeugnisgruppenarbeit zu intensivieren,
- die Handwerkelei in der Projektierung durch umfassende Rationalisierungsmaßnahmen und Bereitstellung zweckgebundener Fonds zu überwinden,
- die Planbeauflagung der Projektierungsbetriebe und die Preisgestaltung für Projektierungsleistungen auf eine höhere Qualität der Projekte zu orientieren.

Abschließend legte er dar, wie der BdA/DDR dazu beitragen könne, diese Probleme zu lösen.
Auch im Korreferat des Kollegen Cammradt und in der Diskussion standen diese Fragen im Vordergrund.
Der Stellvertreter des Ministers für Bauwesen, Genosse Poser, ging in seinem Schlußwort von den wachsenden Anforderungen an das Bauwesen aus, die sich vor allem aus dem Wohnungsbauprogramm in den Jahren 1976 bis 1980 ergeben und die Verantwortung der Projektierung erhöhen. Dazu sei es notwendig, die Leistungsfähigkeit und die Qualität der Projektierung zu erhöhen und dabei die besten Erfahrungen der Baukombinate und aus den befreundeten sozialistischen Ländern gründlich auszuwerten.
Die staatliche Leitung soll auf diesem Gebiet verstärkt werden, wobei das Ministerium für Bauwesen bestrebt sei, eng mit dem BdA der DDR zusammenzuarbeiten, um die neuen Aufgaben gemeinsam Schritt für Schritt zu lösen.
Der Hauptweg zur Leistungssteigerung in der Projektierung ist die Intensivierung durch eine umfassende Rationalisierung der Projektierungsprozesse. Dazu gehört eine Senkung des Aufwandes für die Projektdokumentationen, eine Erhöhung des Wiederverwendungsgrades, eine stärkere Spezialisierung und die Einführung moderner Projektierungsmethoden. Dazu seien bereits eine Reihe neuer staatlicher Regelungen getroffen oder in Vorbereitung.
Das Präsidium beauftragte die Zentrale Kommission Projektierung und die Zentralen Fachgruppen, für die Lösung dieser Aufgaben konkrete Vorschläge auszuarbeiten, die den staatlichen Organen unterbreitet werden sollen.



Durch sein gesellschaftliches Zentrum, die Einbeziehung der bildenden Kunst und die gute Freiflächengestaltung zeichnet sich das Wohngebiet Johannisplatz in Erfurt aus.

Solidarität mit dem Volk Chiles

Die 8. Tagung des Präsidiums des BdA/DDR gab zu den Vorgängen in Chile eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Mit großer Anteilnahme haben wir verfolgt, wie seit dem Wahlsieg der UP-Regierung in Chile mit der Umgestaltung der Gesellschaft auf friedlichem Weg und zum Wohl der Werktätigen ein Ziel von großer historischer Bedeutung verwirklicht wurde. Erstmals wurde dabei das in Südamerika besonders brennende Problem des Wohnungsbaus erfolgreich in Angriff genommen. In kurzer Zeit wurden 140 000 Wohnungen für rund 700 000 Menschen gebaut. Wie auf vielen Gebieten wurde Chile auch hier zum Land der Hoffnung eines ganzen Kontinents . . . Mit großem Abscheu verurteilen wir den Militärputsch einer faschistischen Junta, die mit brutalen Mitteln die rechtmäßige Regierung stürzte und den vom Volk gewählten Präsidenten Dr. Salvador Allende ermordete.

In den schweren Stunden des gerechten Kampfes des chilenischen Volkes für Freiheit und Fortschritt, gegen Imperialismus und die faschistische Junta erfüllt uns die Gewißheit, daß dieser Kampf letztendlich siegreich sein wird.

Wir erklären uns solidarisch mit dem Kampf des chilenischen Volkes zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften und der demokratischen Rechte und Freiheiten . . ."



Das gesellschaftliche Zentrum des Prager Wohngebietes Pankraz (Autor: Jiri Lasowsky)



Pariser Manhattan

Die Stadt Paris – von vielen als eine der schönsten Städte der Welt bezeichnet – beginnt seit einigen Jahren ihr Gesicht zu verändern. Nahezu ein Jahrhundert blieb die Stadt von entscheidenden städtebaulichen Maßnahmen unberührt.
Nun ist eine Bautätigkeit in Gang gekommen, die sich nicht auf das Restaurieren der alten Stadtviertel beschränkt. Viele Bürger müssen ihre Wohnquartale verlassen, um Bürotürmen von Banken und Konzernen aus Glas und Stahl von überdimensionalen Ausmaßen Platz zu machen. Weitere Hochhäuser (siehe Bild oben) werden sich dazugesellen, und es drängt sich der Verdacht auf, daß einige Pariser Viertel Manhattan imitieren wollen. Die Stadt wächst aber nicht nur in die Höhe, sondern auch in die Breite und das bei einer Bevölkerungsdichte von 360 Einwohnern je Quadratkilometer.
Besorgte Kommunalpolitiker stellen sich die Frage: Wann wird hier Einhalt geboten, bevor die Stadt unter ihrer Fülle erstickt? Denn das Problem ist weder in städtebaulicher noch verkehrstechnischer Hinsicht gelöst.

Ehrungen für verdienstvolle Architekten

Anläßlich seines 65. Geburtstages wurde Prof. Dipl.-Ing. Werner Schneidratus für seine außerordentlichen Verdienste beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der DDR mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold ausgezeichnet.

Prof. Dr.-Ing. e. h. Richard Paulick, der jetzt seinen 70. Geburtstag begehen konnte, wurde in Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste beim Aufbau der DDR der Vaterländische Verdienstorden in Gold verliehen. Eine Ausstellung über sein Lebenswerk wurde im November in Berlin eröffnet.

Hohe Auszeichnungen verliehen

Anläßlich des 24. Jahrestages der DDR wurde eine Reihe von Architekten mit hohen staatlichen Auszeichnungen geehrt. Für ihre Leistungen bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung neuer Wohngebiete in Rostock wurden die Architekten Dipl.-Ing. Peter Baumbach, Ing. Erich Kaufmann, Dr.-Ing. Rudolf Lasch, Obering. Kurt Tauscher und Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Urbanski mit dem Nationalpreis II. Klasse ausgezeichnet.

Für ihre Leistungen bei der Gestaltung der Wohngebiete im zentralen Bereich von Cottbus wurden die Architekten Ing. Werner Fichte, Ing. Gerhard Guder und Ing. Gerhart Müller mit dem Nationalpreis III. Klasse ausgezeichnet. Architekt Helmut Ullmann wurde für seine Leistungen mit dem Orden Banner der Arbeit geehrt.

An Architekt Dipl.-Ing. Hans Grotewohl wurde der Vaterländische Verdienstorden in Bronze verliehen.

Profilstahlumschlossener Beton

Profilstahlumschlossener Beton, der große Vorteile gegenüber herkömmlichen Stahlbetonkonstruktionen bringt und bedeutende Material-, Zeit- und Arbeitskräfteeinsparungen ermöglicht, wird in Kiew erstmals in der Welt beim Bau eines großen Wärmekraftwerks (700 MW) eingesetzt. Bei seiner Montage werden die sogenannten Betonbalkenkonstruktionen im großen Maßstab angewandt. Hierbei wird die Stahlbewehrung nicht wie üblich in den Beton eingelegt, sondern von außen angebracht.

Konstruktionen aus profilstahlumschlossenem Beton, die von sowjetischen Technikern, Konstrukteuren und Baufachleuten in dieser hohen Qualität entwickelt worden sind, haben im Vergleich zu herkömmlichen Stahlbetonkonstruktionen erhebliche Vorteile. Der Betonverbrauch verringert sich. Die Masse der Gesamtkonstruktion betrug anstelle der im Typenprojekt vorgesehenen über 12 000 Tonnen nur noch 5700, das heißt sie wurde um etwa 50 Prozent gesenkt. Der Arbeitsumfang für die Montage der Betonbalken verringerte sich auf ein Viertel des sonst üblichen, während sich der Zeitaufwand für den Einsatz der Hebekräne auf ein Fünftel reduzierte. Die Tragfähigkeit der Balkenkonstruktionen ist um vieles höher als die der herkömmlichen: Der Beton wird hier mit Stahl umschlossen, so daß ein sogenannter Einschnürungseffekt entsteht. Die Stahlprofile, die die Betonbalken einfassen und mit Bügeln verbinden, verhindern, daß der Beton unter Einwirkung der Druckkräfte seitlich ausweichen kann.

Vielgeschossige Wohngebäude im Wohngebiet Davidkowo in Moskau

Plan für die Sanierung Bolognas

Die Kommunalverwaltung Bolognas (seit 1947 von Kommunisten und Sozialisten geführt) verabschiedete ein umfassendes Programm zur Sanierung der Stadt. Danach wird der Stadtkern mit der ältesten Universität Europas, den Kirchen, Patrizierhäusern und Palästen erhalten und rekonstruiert. In den alten Bauten sollen Studenten- und Rentnerappartements sowie Wohnungen ausgebaut werden. Durch die Verbindung der Etagen hinter den Häuserfassaden können auch große Wohnungen mit Zentralheizung und moderner Sanitäreinrichtung geschaffen werden.

Die Altstadt soll Pkw-Sperrzone werden, in der die öffentlichen Verkehrsmittel unentgeltlich benutzt werden können.

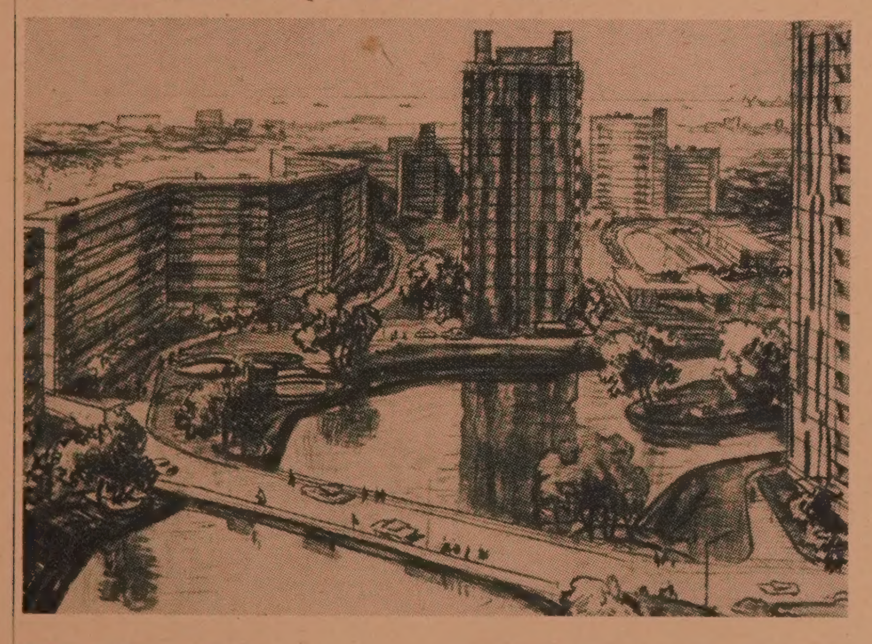
Für die nähere Umgebung der Stadt (die „Colline") wurde ein Bauverbot erlassen. Die Stadt geht immer mehr dazu über, dort Grundstücke aufzukaufen, um Parks für die 500 000 Einwohner Bolognas anzulegen. In der Perspektive ist vorgesehen, die einzelnen Grünanlagen zu einem Naherholungskomplex zusammenzufassen.

Stadtmüll wird Düngemittel

Etwa 100 000 Tonnen städtischen Müll verarbeitet jährlich ein Moskauer Betrieb zu 30 000 bis 40 000 Tonnen Düngemitteln. Die dabei entstehenden Kosten liegen bei nur 12 bis 13 Rubel je Tonne, sie sollen nach der Einführung einer Reihe technischer Neuerungen sogar noch um die Hälfte sinken.

Analog diesem Moskauer Betrieb sollen jetzt Müllverarbeitungsanlagen in Taschkent, Charkow, Riga, Gorki, Rjasan, Minsk und Tbilissi gebaut werden.

Das Projekt für das Leningrader Wohngebiet 28 zeigt das Bestreben, die Architektur auf interessante Weise mit der Landschaftsgestaltung zu verbinden (Architekt E. M. Poltorazki).



DRV erhält neue Stadt

30 Kilometer von Hanoi entfernt entsteht gegenwärtig in der Provinz Vinh-phoc die neue Stadt Suang Hoa („Friedlicher Frühling"). Suang Hoa wird als das Zentrum eines neuen Agrar-Industrie-Gebietes eine bedeutende Rolle spielen.

Bereits jetzt werden Verkehrsstraßen angelegt, mehrgeschossige Häuser, Industriebetriebe und kulturelle Einrichtungen errichtet. Die neue Stadt wird über Theater, Sportstadien, Hotels und einen Pionierpark verfügen.

Einheitlicher Ausstattungsstandard

Für alle ab 1. Januar 1974 zu errichtenden Neubauwohnungen wurde durch eine Anordnung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission und des Ministers für Bauwesen eine einheitliche Grundausstattung verbindlich festgelegt.

Dieser Anordnung liegen Vorschläge zugrunde, die mit vielen Bürgern, Abgeordneten und Vertretern gesellschaftlicher Massenorganisationen beraten und diskutiert wurden. Das Ausstattungsniveau wurde so festgelegt, daß es die volle Funktionsfähigkeit der Wohnungen garantiert. Dem Bürger wird die Einflußnahme auf die Ausstattung durch eigene finanzielle Mittel und gewährte Kredite ermöglicht.

Im GBl. Teil I, Nr. 37 vom 21. August 1973 werden in einer Anlage zur Anordnung alle Gegenstände und Positionen der Grundausstattung und auch die Möglichkeiten der erweiterten Ausstattung ausgewiesen.

Vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten im industriellen Wohnungsbau werden im Wohngebiet 3 in der jugoslawischen Stadt Split erprobt.

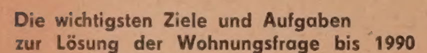


Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990

Aus dem Referat von Wolfgang Junker, Mitglied des ZK und Minister für Bauwesen, auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED



Nachstehend veröffentlichen wir aus den umfassenden Darlegungen von Minister Junker auf der 10. Tagung des ZK einige Auszüge, die besondere Bedeutung für die Entwicklung von Städtebau und Architektur haben. Der volle Wortlaut des Referates wurde im „Neuen Deutschland" vom 4. 10. 1973 veröffentlicht. **Red.**



Die wichtigsten Ziele und Aufgaben zur Lösung der Wohnungsfrage bis 1990

Der VIII. Parteitag ging davon aus, daß die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung es erlauben, grundlegende Fragen unserer sozialökonomischen Entwicklung vorausschauend auf lange Sicht zu planen. Er stellte die Aufgabe, eine Konzeption für die langfristige Planung bis zum Jahre 1990 auszuarbeiten.

Auf der 9. Tagung des ZK hat Genosse Erich Honecker die Ergebnisse bei der Lösung dieser Aufgabe dargelegt. Auf dem Gebiet des komplexen Wohnungsbaues und unserer Wohnungspolitik konnten vor allem durch die dazu von der Parteiführung gefaßten Beschlüsse und das aktive Mitwirken der Bezirks- und Kreisleitungen der Partei bedeutende Fortschritte erreicht werden. Eine Konzeption wurde erarbeitet, wie die Wohnungsfrage in unserer Republik bis 1990 gelöst werden kann. Damit ist nicht nur eine wichtige Grundlage für die weitere Qualifizierung der Planungs- und Leitungstätigkeit gegeben, sondern auch für die überzeugende politisch-ideologische Arbeit unserer Partei.

Was ist unter unseren konkreten Bedingungen zu verstehen, wenn wir bis 1990 die Wohnungsfrage in der DDR lösen wollen? Die Lösung der Wohnungsfrage wird in erster Linie durch den Klassencharakter unserer sozialistischen Gesellschaft und die sozialpolitische Zielstellung bestimmt. Der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse um ihre soziale Befreiung, gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung war und ist in jeder Phase verbunden mit ihrem Ringen, menschenwürdige Wohnbedingungen für die Arbeiter und alle Werktätigen zu schaffen. Die Lösung dieses Problems, das heißt die Beseitigung des sozialen Unrechts, ist auch auf diesem Gebiet nur nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse möglich und kann erst im entwickelten Sozialismus grundlegend erfolgen. Der Kapitalismus ist dazu außerstande. Das hat bereits Friedrich Engels in seiner bekannten Schrift „Zur Wohnungsfrage" (Marx/Engels Werke Bd. 18, S. 213 ff, Dietz Verlag Berlin 1969) wissenschaftlich nachgewiesen.

An dieser Tatsache hat sich auch in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern, ob in den USA oder in der BRD, im Wesen bis heute nichts geändert. Die Gegensätze zwischen arm und reich auf dem Gebiet des Wohnens sind eher noch krasser geworden, und das trifft am stärksten die Arbeiter, die durch den wachsenden Mietwucher und die Bodenspekulation immer rücksichtsloser ausgebeutet werden.

Die Arbeiterklasse der DDR, geführt von unserer Partei, hat beim Aufbau des Sozialismus von Beginn an ihren Kampf um ein besseres Leben auf das Wohl und das Glück unseres ganzen Volkes gerichtet, und das wird auch künftig so sein. Sie erbringt den größten Anteil an der Schaffung der Voraussetzungen, die es uns gestatten, die Wohnungsfrage zielstrebig zu lösen. Es ist aber auch eine Tatsache, daß das Niveau der Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse gegenüber anderen Schichten unserer Bevölkerung vielfach noch zurückgeblieben ist.

Zum Nutzen der Menschen in Städten und Dörfern

Unsere Partei geht seit dem VIII. Parteitag mit noch größerer Entschlossenheit daran, diese Lage Schritt für Schritt zu verändern. Das Wohnungsbauprogramm bis 1990 soll allen Menschen in Stadt und Land nützen, vor allem aber der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern und den kinderreichen Familien.

Die jungen Ehepaare sollen schnell zu einer Wohnung kommen, die es ihnen erleichtert, ein glückliches Familienleben aufzubauen. Auch für unsere älteren Bürger, die ein Leben lang fleißig gearbeitet haben, werden die Wohnbedingungen zielstrebig verbessert.

Unser Ziel ist es, die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede in den Wohnverhältnissen Schritt um Schritt abzubauen. Das entspricht dem grundlegenden sozialen Prozeß der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Wir streben in den Städten und Dörfern Wohnverhältnisse an, die den Stolz der Werktätigen auf ihre sozialistische Heimat festigen und die Entwicklung ihrer sozialistischen Lebensweise fördern. Dazu gehört, die Wohngebiete zweckmäßig mit gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten und schöner zu gestalten.

Neben Kindereinrichtungen, Schulen und Einkaufsstätten müssen vor allem in größeren Wohngebieten Einrichtungen für Dienstleistungen, für die gesundheitliche Betreuung und für die Gestaltung der Freizeit, einschließlich Körperkultur und Sport, geschaffen werden. Diese Einrichtungen sollen dazu beitragen, das Leben der Menschen – besonders der werktätigen Frauen – zu erleichtern, ihnen mehr Freizeit für Erholung und Bildung zu schaffen. Dabei ist bereits vom Plan her zu sichern, daß diese Einrichtungen mit der Übergabe der Wohnbauten von den Bewohnern genutzt werden können.

Mit der Verwirklichung dieser grundlegenden und realen Ziele können wir alle wichtigen Wohnbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen, die einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprechen. Die Werktätigen werden verstehen, daß auch im Wohnungsbau nur das verbraucht werden kann, was dafür vorher in der materiellen Produktion erwirtschaftet wurde.

Im Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK ist die Orientierung gegeben, für die Lösung der Wohnungsfrage in unserer Republik 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen in den Jahren 1976 bis 1990 zu bauen bzw. zu modernisieren. Das bedeutet, dafür in den kommenden drei Planjahrfünften mehr als 200 Milliarden Mark unseres Nationaleinkommens aufzuwenden. Es wäre jedoch falsch, die Investitionen für den komplexen Wohnungsbau einseitig und allein unter dem Aspekt des Verbrauchs von Nationaleinkommen zu betrachten. Die vom VII. Parteitag beschlossene Hauptaufgabe berücksichtigt die Gesetzmäßigkeit des Sozialismus, daß die Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen eine entscheidende Triebkraft für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion ist. Diese Erkenntnis des Marxismus-Leninismus hat das Leben vielfältig bestätigt, und wir wissen sehr gut, welche große Rolle dabei die Verbesserung der Wohnverhältnisse spielt.

Bei der Begründung unserer Ziele zur Lösung der Wohnungsfrage in der DDR gehen wir aus von der Analyse des vorhandenen Wohnungsbestandes. Wir verfügen über rund 6,2 Millionen Wohnungen. Seit Gründung der DDR bis zum Jahre 1970 wurden 1 240 000 Wohnungen gebaut und die Wohnverhältnisse für etwa 4 Millionen Bürger verbessert. Wir alle wissen aber, daß trotz dieser Anstrengungen unseres Staates die Wohnbedingungen noch hinter den Anforderungen unserer gesellschaftlichen Entwicklung zurückbleiben.

Viele Altbauten entsprechen insbesondere hinsichtlich ihrer Ausstattung und ihrer hygienischen Bedingungen nicht mehr den heutigen Erfordernissen.
Dennoch muß auch im kommenden Fünfjahrplan die Erweiterung unseres Wohnungsbestandes den Schwerpunkt unseres Wohnungsbaus bilden. Erst dadurch entsteht die wichtigste Voraussetzung, um in den 80er Jahren den nicht mehr modernisierungswürdigen Wohnungsbestand durch Neubauten im größeren Umfang zu ersetzen.

Neubau, Modernisierung und Werterhaltung bilden Einheit

Wenn wir unser Wohnungsbauprogramm als Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung verstehen, dann vor allem deshalb, weil es um bessere Wohnverhältnisse einer möglichst großen Anzahl von Bürgern sowohl in Groß- und Kleinstädten als auch in den Dörfern geht. Wir sehen darin zugleich den Schlüssel, um den gesamten Reproduktionszyklus des Wohnungsfonds einschließlich Gemeinschaftseinrichtungen, der einen Nationalreichtum von mehr als 140 Milliarden Mark verkörpert, immer vollständiger zu beherrschen.
Der Ministerrat wird, auch auf Grund vielfältiger Vorschläge der Volksvertretungen und örtlicher Räte, Maßnahmen treffen, um die Leitung auf dem Gebiet der Wohnungsverwaltung und des Wohnungswesens weiter zu vervollkommnen. Die effektivste Verwaltung unseres wachsenden Wohnungsbestandes erfordert bedeutende finanzielle und materielle Mittel sowie qualifizierte Kader.
Welche nächsten entscheidenden Schritte gehen wir, um die Wohnungsfrage zu lösen?
Das Politbüro und der Ministerrat haben als Aufgabenstellung für das nächste Planjahrfünft 1976 bis 1980 beschlossen, der Bevölkerung 750 000 neue oder modernisierte Wohnungen zu übergeben. Davon sind 550 000 bis 570 000 Wohnungen durch Neubau zu schaffen und weitere 180 000 bis 200 000 Wohnungen zu modernisieren bzw. durch Um- und Ausbau zu gewinnen.
Das ermöglicht, die Wohnverhältnisse für etwa 2,1 Millionen Bürger, insbesondere für Arbeiterfamilien und kinderreiche Familien sowie junge Ehepaare grundlegend zu verbessern. Es gilt, weiterhin zu sichern, daß 60 Prozent der neuerrichteten Wohnungen von Arbeiterfamilien bezogen werden.
Zugleich wird eine spürbare Verbesserung der Wohnbedingungen der Landarbeiter und Genossenschaftsbauern eintreten. Für die älteren Bürger ist vorgesehen, wesentlich mehr Einraumwohnungen zur Verfügung zu stellen und den Bau von Feierabend- und Pflegeheimen zu forcieren.
Die zweckmäßige Ausstattung der Wohngebiete mit Gemeinschaftseinrichtungen ist im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu erweitern. Dabei soll die bessere gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung besondere Beachtung finden. Der Wohnungsneubau und der Bau von Gemeinschaftseinrichtungen sind territorial so differenziert festzulegen, daß die bestehenden Unterschiede im Wohnniveau sowie in der Ausstattung mit Gemeinschaftseinrichtungen schrittweise verringert werden. Die örtlichen Staatsorgane sollten, eng verbunden mit den Maßnahmen des Wohnungsbaues, die Wohnraumlenkung und -verteilung weiter qualifizieren, um den vorhandenen Wohnraum noch wir-

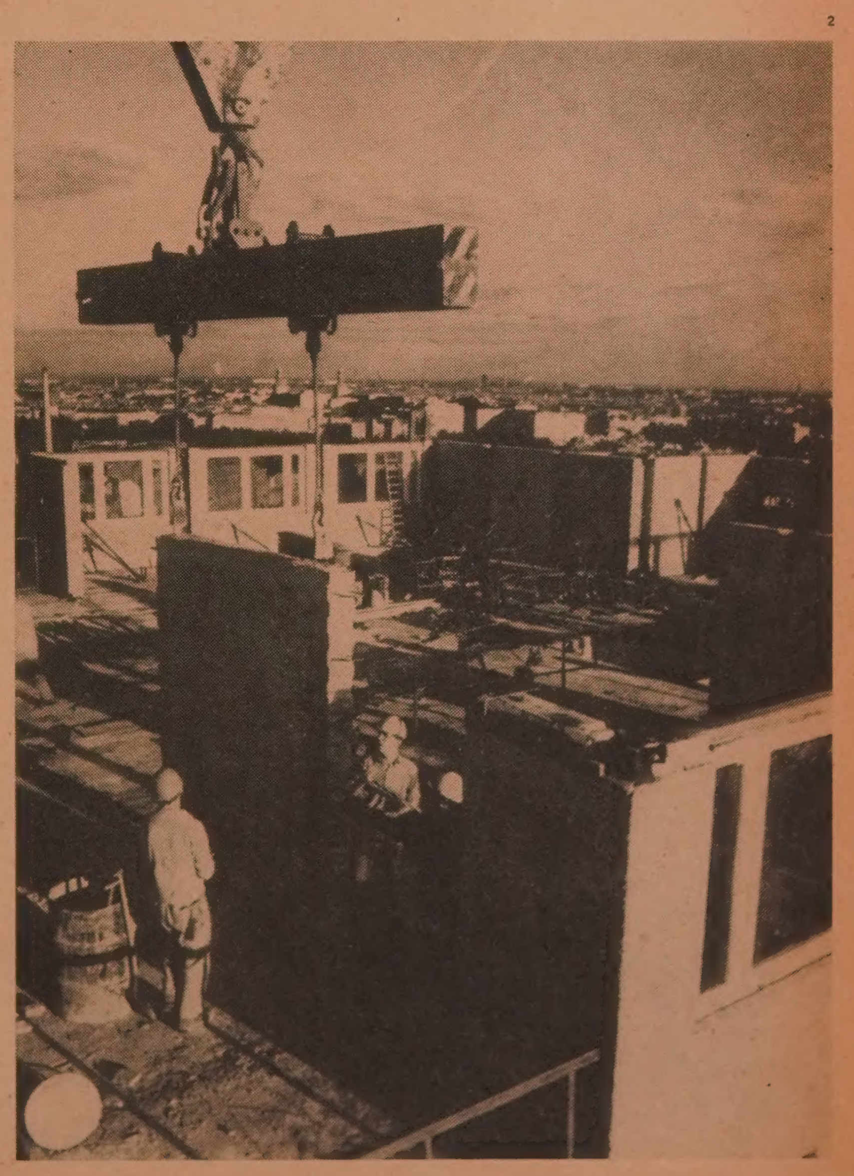


1

1 Interessant gestaltete Straßen und Plätze, Flächen für sportliche Betätigung sowie für das Spielen der Kinder haben große Bedeutung für das Wohlbefinden der Bewohner neuer Wohngebiete.

2 Die Hauptrichtung für die weitere Industrialisierung im Wohnungsbau besteht in der Vervollkommnung der Plattenbauweise.

2





3

3 Das Zentrum des Wohngebietes Johannisplatz in Erfurt ist ein Beispiel für eine günstige Kombination von Gemeinschaftseinrichtungen.

4 Schon vom Plan her soll gesichert werden, daß mit der Fertigstellung der Wohnbauten auch die Gemeinschaftseinrichtungen genutzt werden können.

5 Wohnungsbauten in Rostock-Evershagen

6 Neue Wohnbauten in Halle-Neustadt

4



kungsvoller im Interesse der Bevölkerung zu nutzen.

Nach vorliegenden Analysen und Berechnungen wird es mit diesem Wohnungsbauprogramm möglich sein, bis 1980 das Wohnungsdefizit Schritt für Schritt abzubauen. Bis 1980 wird der Bestand an Wohnungen die Anzahl der bestehenden und bis dahin von jungen Ehepaaren neu gegründeten Haushalte erreichen. Dabei werden jedoch bestimmte territoriale Unterschiede noch nicht überwunden sein.

In den Jahren von 1976 bis 1980 werden für den komplexen Wohnungsbau einschließlich der Primärerschließung und der Werterhaltung der Wohnbausubstanz rund 60 Milliarden Mark bereitgestellt. Das sind 67 Prozent mehr als im gegenwärtigen Fünfjahrplan. Es ist vorgesehen, das staatliche Gesamtnormativ für eine Wohnungseinheit einschließlich der anteiligen Aufwendungen für die Erschließung und die Gemeinschaftseinrichtungen der Wohngebiete auf durchschnittlich 58 000 Mark, also auf 106 Prozent zu erhöhen. Das Normativ für die Gemeinschaftseinrichtungen wird um durchschnittlich 15 Prozent höher sein als bisher. Die vorgesehene Erhöhung der Mittel für den komplexen Wohnungsbau wird es ermöglichen, eine Reihe von Verbesserungen in der Wohnqualität vorzunehmen. Die Erweiterung der durchschnittlichen Wohnflächen von gegenwärtig 56 m^2 auf 58 m^2 gestattet günstigere Grundrißlösungen und erlaubt, eine größere Anzahl von Drei- und Vierraumwohnungen zu bauen.

Was die Innenausstattung der Wohnungen anbetrifft, so sind die Hauptanstrengungen im Bauwesen wie in der Zulieferindustrie auf die Verbesserung der Qualität der Ausstattungsgegenstände ohne Aufwandserhöhung zu richten, um zugleich die Reparaturanfälligkeit zu verringern. Der neu festgelegte staatliche Ausstattungsstandard für den Wohnungsbau ist unbedingt einzuhalten, weil jede Kosten- und Aufwandserhöhung im Endeffekt zu weniger Wohnungen führt. Wir wollen viele gute Wohnungen bauen, um ein Hauptbedürfnis der Bevölkerung zu befriedigen.

Die vom VIII. Parteitag ausgelöste große Bereitschaft der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter und der Jugend, selbst an der Verbesserung der Wohnbedingungen mitzuwirken, soll durch die Entwicklung des genossenschaftlichen und individuellen Wohnungsbaues weiter gefördert werden.

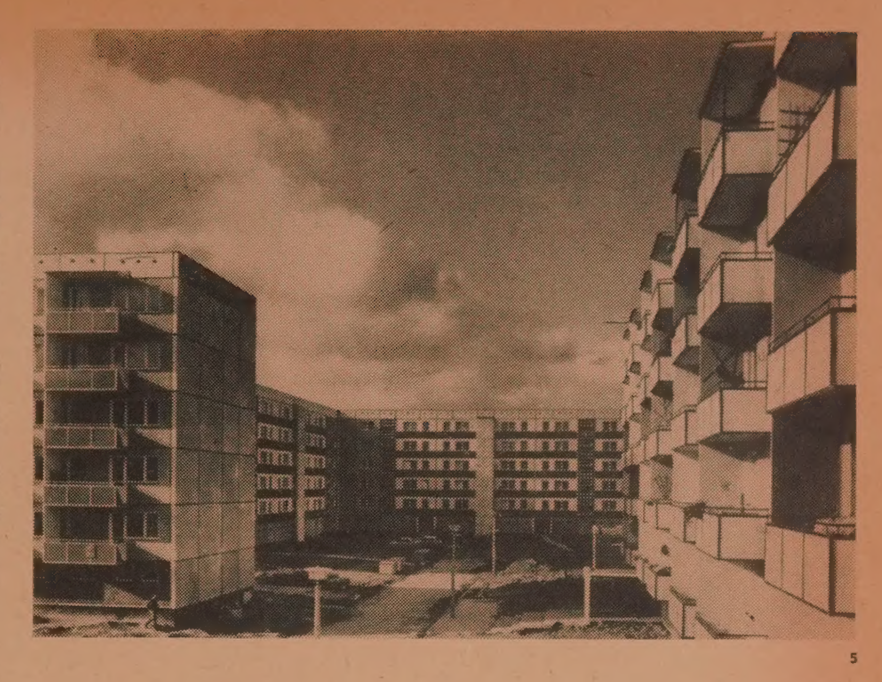
So wird sich der Anteil des genossenschaftlichen Wohnungsbaues von 35 Prozent im jetzigen Planjahrfünft im Zeitraum 1976 bis 1980 auf 45 Prozent und der Anteil des individuellen Wohnungsbaues von 5 Prozent auf 10 Prozent erhöhen. Hinzu kommt der Wohnungsbau auf dem Lande durch die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit Hilfe der zwischengenossenschaftlichen Bauorganisationen bzw. der Genossenschaftsbauern selbst.

Unsere ersten Erfahrungen zeigen, daß der Eigenheimbau bereits zu einer wichtigen Form unseres Wohnungsbaues geworden ist. Aber es erscheint notwendig zu betonen, daß der gemeinsame Beschluß des Sekretariats des ZK und des Ministerrates vom 6. Juni 1972 nachdrücklich darauf orientiert, durch den individuellen Wohnungsbau die Errichtung von Wohnungen in den Kleinstädten und Arbeitersiedlungen zu ermöglichen, die vom industriellen Wohnungsbau nicht erfaßt werden. Das ist ein wichtiger sozialer Gesichtspunkt, weil die Arbeiterklasse nicht nur in größeren Städten wohnt. Wir dürfen keine Ten-

denzen dulden, die von dieser Orientierung abweichen. In erster Linie müssen Arbeiter- und kinderreiche Familien die Möglichkeiten des Eigenheimbaues nutzen können, und ihre Betriebe sollten sie dabei noch wirksamer unterstützen.

Für die Modernisierung von Wohnungen wird im Zeitraum 1976 bis 1980 ein durchschnittlicher Aufwand von 18 000 Mark je Wohnung gegenüber 14 000 Mark im gegenwärtigen Fünfjahrplan bereitgestellt. Das ist erforderlich, weil der Anteil der Wohnungen mit sehr geringem Modernisierungsaufwand zurückgeht.

Die Baureparaturleistungen an Wohngebäuden und Gemeinschaftseinrichtungen in den Wohngebieten sollen von 10 Milliarden Mark im Zeitraum 1971 bis 1975 auf etwa 14,8 Milliarden Mark im Zeitraum 1976 bis 1980 erhöht werden. Damit kann die Durchführung der laufenden Reparaturen gesichert und etwa die Hälfte des entstandenen Nachholebedarfs an größeren Instandsetzungen abgebaut werden.



5

Ständiger Kampf um hohe Effektivität und Qualität

Deutlich wird erkennbar: Die Verwirklichung der Ziele des Wohnungsbauprogramms der DDR bis zum Jahre 1990 ist für die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes von großem Gewicht. Aber der Weg dazu ist untrennbar mit dem Kampf um hohe Effektivität und Qualität verbunden. Die Frage der Qualität unseres Wohnungsbaues ist nicht nur eine bedeutende ökonomische Potenz, sondern sie besitzt zugleich große politische Wirkung. Sie entscheidet, ob letztlich die Bewohner echte Freude an ihrer neuen Wohnung empfinden, ob sie persönlich spüren, wie ernst unsere Partei die Lösung der Wohnungsfrage meint und nimmt. Mehr noch: Sie macht für jeden sichtbar, wie wir es in der Praxis verstehen, auf einem so wichtigen Gebiet unseres Lebens die Überlegenheit des Sozialismus über die kapitalistische Ausbeuterordnung zu demonstrieren.

Deshalb kommt schon heute den Wettbewerbsinitiativen unserer Wohnungsbauer im Kampf um eine hohe Qualitätsarbeit, die von den Werktätigen des Wohnungsbaukombinates Erfurt ausgingen, eine große und weitreichende Bedeutung zu.

Es geht darum, die in der Vorbereitung und Durchführung unseres Wohnungsbauprogramms beteiligten Werktätigen — von der städtebaulichen Planung, Forschung und Projektierung bis zur Baumaterialien- und Zulieferindustrie und Bauausführung — immer stärker in den sozialistischen Wettbewerb einzubeziehen. Die Gewerkschaftsorganisationen — dessen sind wir gewiß — werden dabei weiterhin verantwortungsbewußt und vertrauensvoll unter den Werktätigen arbeiten, damit sie den tiefen Sinn dieses Anliegens immer besser verstehen und entsprechend handeln.

Wenn wir die qualitativen Ziele des Wohnungsbauprogramms mit hohem Effekt zum Wohle und zum Glück unseres Volkes verwirklichen wollen, dann tragen dafür unsere Architekten, Städteplaner und Projektanten eine große Verantwortung. Wir freuen uns darüber, daß durch die aktive Mitwirkung des Bundes der Architekten der DDR bereits viele Architektenkollektive gemeinsam mit den Bauarbeitern im sozialistischen Wettbewerb darum ringen, eine bessere städtebauliche, architektonische und auch funktionelle Gestaltung der neuen Wohngebiete zu erreichen.

Das trifft zum Beispiel für solche Wohngebiete wie Johannisplatz in Erfurt, Lichtenhagen und Evershagen in Rostock oder für die Wohngebiete Cottbus-Sandow und Hermsdorf im Bezirk Gera zu. Diese Gebiete zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß neben der besseren Einbeziehung in die vorhandene Stadtstruktur gut gegliederte städtebauliche Räume entstehen. Hier gibt es schöne, erlebnisreiche Fußgängerzonen, zweckmäßig angeordnete Kinderspielplätze sowie attraktive Bereiche der Erholung und Entspannung, die vom Verkehrslärm abgeschirmt, landschaftlich und gärtnerisch gut gestaltet sind und die auch interessante Ansätze einer bildkünstlerischen Gestaltung besitzen. Ein rationeller Einkauf wird ermöglicht, und auch ein geselliges Leben kann sich entwickeln. Kaufhallen, Gaststätten, Dienstleistungseinrichtungen und andere Gemeinschaftseinrichtungen sind kombiniert worden. Da-

6





7 Wohnbebauung an der Straße des 18. Oktober in Leipzig

mit wird nicht nur deren Funktionsfähigkeit erhöht, sondern auch dem Ganzen ein interessantes architektonisches Gepräge gegeben.

Das ist jedoch für viele unserer Wohngebiete noch nicht typisch.

Langfristige Konzeptionen städtebaulicher Planung

Wir wissen aus Erfahrung, daß gute Ergebnisse in der Gestaltung unserer Wohngebiete nicht zuletzt das Resultat gründlicher Überlegungen und einer langfristigen städtebaulichen Planung sind. Mit der Arbeit an den langfristigegn Konzeptionen für die Standorte des komplexen Wohnungsbaus im kommenden Fünfjahrplan durch die örtlichen Räte wurden bereits dafür wichtige Grundlagen geschaffen. Diese Vorbereitungsarbeit sollte zielstrebig fortgesetzt und weiter qualifiziert werden.

Das ist auch deshalb wichtig, um den Architekten, Garten- und Landschaftsgestaltern und nicht zuletzt den bildenden Künstlern rechtzeitig eine klare langfristige Aufgabenstellung zu geben, die ihr gemeinsames Streben nach künstlerischer Meisterschaft bei der Gestaltung unserer Wohngebiete fördert.

Die weitere Erhöhung der Qualität der städtebaulichen Planung ist unerläßlich, um den neuen wachsenden Anforderungen unseres Wohnungsbaues gerecht zu werden. Die heute noch verbreitete Praxis, große Wohnkomplexe ohne Berücksichtigung der bestehenden kommunalen Einrichtungen am Rand der Städte zu planen, muß überwunden werden. Das ist sicher keine leichte Sache. Die Entwicklung unserer Städte war in den vergangenen Jahren dadurch gekennzeichnet, daß der überwiegende Teil der neu gebauten Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen erforderlich war, um den Bestand zu erweitern. Dadurch mußten Standorte in Anspruch genommen werden, die in den meisten Fällen außerhalb der bereits für Wohnzwecke genutzten städtischen Gebiete lagen.

Die besonders nach 1980 verstärkt einsetzende sozialistische Rekonstruktion und Erneuerung unserer Städte, insbesondere auch mittlerer und kleinerer Städte, verlangt schon jetzt, dafür zielstrebig den wissenschaftlichen Vorlauf zu schaffen. Die von der Bauakademie der DDR in einigen Städten begonnenen wissenschaftlichen Untersuchungen sind deshalb konzentriert fortzusetzen.

Wenn auch durchgreifende bauliche Veränderungen in den Klein- und Mittelstädten erst in den 80er Jahren möglich werden, bedeutet das keinesfalls, daß bis dahin in diesen Städten nichts für die Verbesserung der Wohnbedingungen geschehen soll. Vielmehr sind auf der Grundlage vorausschauender Überlegungen die schon bis 1980 wesentlich steigenden Mittel für Werterhaltung und Modernisierung so einzusetzen, daß auch dort die Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Bewohner wirksam verbessert werden. Daß es dabei nicht nur um „kosmetische" Verbesserungen geht, beweisen solche Städte wie Gotha, Bautzen und Altenburg, wo durch konzentrierten Einsatz der Baukapazitäten, gepaart mit zielgerichteter Bürgerinitiative auch beachtliche städtebauliche Verbesserungen erzielt wurden.

Viel zur Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Ausgestaltung der Dörfer wurde auch von den Genossenschaftsbauern geleistet.

Bei der weiteren Arbeit an der Vorbereitung der im kommenden Fünfjahrplan zu schaffenden Wohngebiete sollte überall darum gerungen werden, diese Wohngebiete schön und ideenreich zu gestalten. Gerade im Wohngebiet haben interessant gestaltete Straßen und Plätze, Flächen für sportliche Betätigung sowie für das Spielen unserer Kinder eine große Bedeutung für das Wohlbefinden seiner Bewohner. Liebevoll gestaltete Grünflächen sind dafür oft ausschlaggebend.

Wir stehen vor dem Problem, einen großen Teil des Wohnungsneubaues auf Flächen errichten zu müssen, welche keinen oder nur einen geringen Baumbestand aufweisen. Zugleich brauchen wir für eine neue Qualität der Begrünung unserer Wohngebiete nicht nur einige malerische Baumgruppen, die krümelhaft verstreut sind, sondern Baumbepflanzungen in Form freundlicher Alleen, zusammenhängender Haine und parkähnlicher Anlagen, die Schatten spenden, die das Mikroklima verbessern und die städtebaulichen Räume erlebnisreicher machen.

Es waren nicht die schlechtesten Baumeister, die in den vergangenen Zeiten Baumbepflanzungen als vollwertiges Element des Städtebaues einsetzten.

Um diese Probleme zu lösen, müssen wir viel energischer herangehen und neue Wege suchen. Bereits bei der Bauvorbereitung muß um die Erhaltung jedes einzelnen Baumes gerungen werden. Einen großen Beitrag können unsere Gartenbau- und Forstwirtschaftsbetriebe leisten, indem sie die vorhandenen Erfahrungen, bereits entwickeltes Großgrün auf rationelle Weise umzupflanzen, breit nutzen. Nicht zuletzt ist die Begrünung unserer Wohngebiete und ihre Pflege weiterhin ein wichtiges Anliegen und dankbares Betätigungsfeld für die Entwicklung der Initiative unserer Bürger im „Mach mit!"-Wettbewerb.

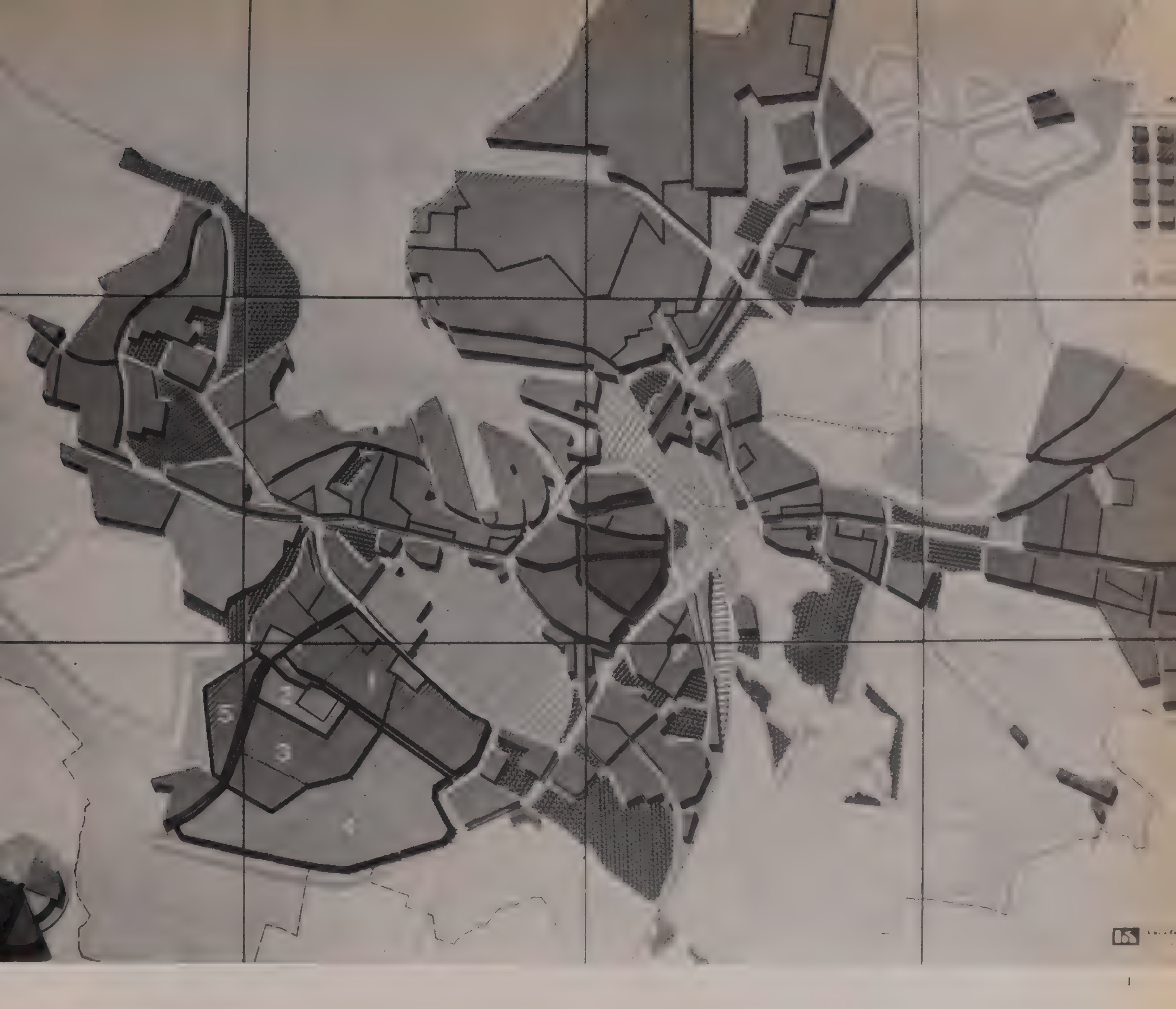
Miteinander von Architekten, Künstlern und Bauarbeitern

Ohne Übertreibung können wir einschätzen, daß es in der DDR wohl kaum einen Architekten gibt, der heute nicht sieht, daß die Zukunft der Architektur mit dem industriellen Bauen unlösbar verbunden ist. Wenn dieser unaufhaltsame Prozeß oft noch nicht baukünstlerisch gemeistert wird, dann liegt das auch daran, daß die Industrialisierung zu einseitig und eng aufgefaßt wird. Aber bei allen Mängeln zeigen doch die guten Beispiele, daß es möglich ist, unter den Bedingungen des industriellen Bauens Erscheinungen des Schematismus und der Monotonie bei der Gestaltung der Wohngebiete zu überwinden. Aber das erfordert eben ein schöpferisches Ringen um hohe Meisterschaft, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Architekten und bildenden Künstler mit den Bauarbeitern, Ingenieuren und Technologen. Genau so, wie sich in den vergangenen Jahren die Architekten mit den technologischen und ökonomischen Grundlagen des industriellen Bauens vertraut machen mußten, stehen heute die Technologen, die Konstrukteure und auch zahlreiche Leiter in den Wohnungsbaukombinaten vor der Aufgabe, noch tiefer in die Problematik des Städtebaues und der Architektur einzudringen.

Unsere eigenen Erfahrungen und die der sozialistischen Bruderländer lehren darüber hinaus, daß städtebauliche Wettbewerbe, Beispielplanung, Verteidigung von Projekten vor sachkundigen Gremien wesentlich zur Erhöhung der Qualität in der städtebaulichen, architektonischen und funktionellen Gestaltung beitragen. Diese bewährten Methoden gilt es noch wirksamer zu nutzen.

Die neuen Aufgaben erfordern aber auch, eine Reihe prinzipieller Fragen des Städtebaues einschließlich der Verkehrsplanung klarer zu konzipieren. Eine große Verantwortung für die Lösung dieser Arbeiten tragen die Bauakademie, Institute des Verkehrswesens und anderer gesellschaftlicher Bereiche.

Die bewährte Praxis unserer Bezirks- und Kreisleitungen, vertrauensvolle Diskussionen über grundlegende Fragen des Städtebaues und über Schaffensprobleme der sozialistischen Architektur mit unseren Architekten, Städteplanern und Projektanten zu führen, ist auch künftig fortzusetzen. Das wird allen Bauschaffenden, vor allem unserer Jugend, bewußt machen, welche großartige Perspektive das Wohnungsbauprogramm bis 1990 für ihre schöpferische Arbeit bietet.



Wohnkomplex Wismar-Friedenshof I

Dipl.-Arch. Winfried Domhardt, Architekt BdA DDR
Stadtarchitekt Wismar

1
Generalbebauungsplan Wismar – Modellfoto
1 Wohnkomplex Friedenshof I
2 Medizinisches Zentrum
3 Wohnkomplex Friedenshof II
4 Angebotsfläche Ingenieurhochschule
5 Wohnkomplex Friedenshof III

Städtebaulicher Entwurf:

Dipl.-Arch. Winfried Domhardt
Stadtarchitekt Wismar

Architekt BdA/DDR Arno-Claus Martin
Chefingenieur für Entwurf
Ingenieurbaukombinat Wismar

Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Siegfried Fischer
Ingenieurbaukombinat Wismar

Architekt BdA/DDR Winrich Peikert
Büro für Stadtplanung Wismar

Karin Scheffler, Stud.-Ing.
Büro für Stadtplanung Wismar

Konsultation:

Architekt BdA/DDR Dr.-Ing. Siegfried Kress
Bauakademie der DDR,
Institut für Städtebau und Architektur

Architekt BdA/DDR Dipl.-Ing. Werner Hultsch
Bauakademie der DDR,
Institut für Städtebau und Architektur

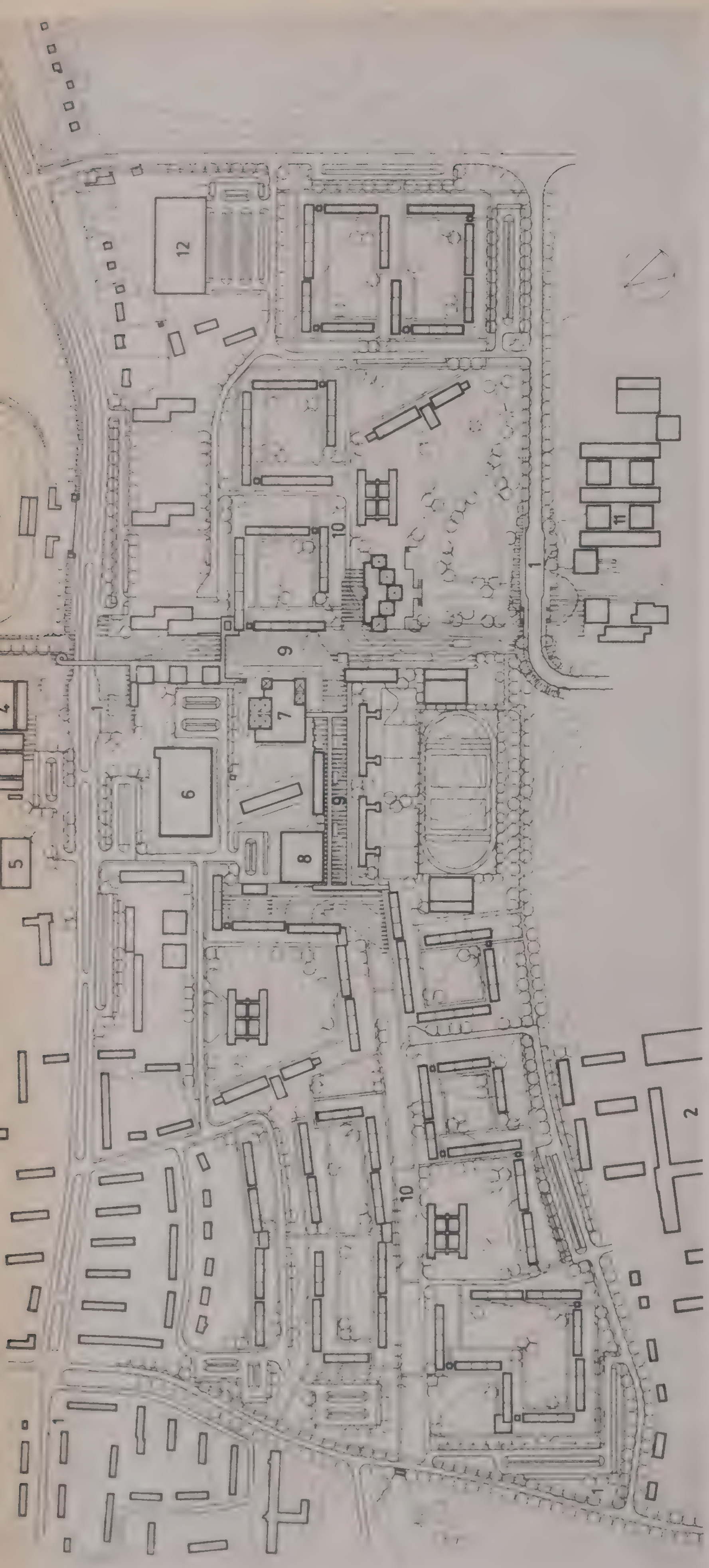
Der Generalbebauungsplan von Wismar weist im südwestlichen Randgebiet, im Anschluß an bestehende Neubauwohngebiete, einen Wohnungsbaustandort für etwa 20 000 Einwohner auf bisher unbebauten Flächen aus. Das Gebiet wird in drei Teilabschnitten geplant. Der erste Teilabschnitt ist Gegenstand dieses Beitrags.

Neben dem Wohnungsbau und den dazugehörenden gesellschaftlichen Einrichtungen wurden auch Einrichtungen gesamtstädtischer und auch überregionaler Bedeutung in das Planungsvorhaben mit einbezogen. Dabei handelt es sich vor allem um die Erweiterungsflächen für die Ingenieurhochschule, das medizinische Zentrum (Bezirkskrankenhaus) sowie die zentrale Kultur- und Sporthalle der Stadt Wismar. Die Entfernung des Baugebietes zum Stadtzentrum und zu den Hauptarbeitsplätzen im Bereich der Werft und des Hafens beträgt rund 800 Meter. Durch zwei innerstädtische Hauptstraßen, auf denen die Linien des Nahverkehrs geführt werden, ist das Wohngebiet mit allen Teilen der Stadt verbunden.

Das Gelände weist Höhendifferenzen bis zu 17 Meter und Hangneigungen bis zu 8 Prozent auf. Zu beachten war auch, daß kleinere Teile des Gebietes – besonders in den Senken – nichttragfähige Böden aufweisen. Bei der Konzeption des Wohngebietes mußte auch das meteorologische Gutachten (häufig stärkere Süd-, Südwest und Westwinde) beachtet werden.

Die hier vorgelegte Lösung ist das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem Büro für Stadtplanung beim Rat der Stadt Wismar und dem VE Ingenieurhochbaukombinat Rostock, Sitz Wismar.

Ausgehend von der Typenreihe IW-64-Brandenburg wurde eine dem Produktionsprofil des Ingenieurhochbaukombinates und den Forderungen des gesellschaftlichen Auftraggebers entsprechende neue Wohnungsbautypenreihe entwickelt, auf deren Grundlage eine ökonomische und räum-



2
Gliederung des Wohngebietes

1 Haltestellen der Nahverkehrsmittel
2 Medizinisches Zentrum
3 Kurt-Bürger-Stadion
4 Zentrum für die aktive Erholung (Angebot)
5 Volksschwimmhalle
6 Sport- und Kulturhalle
7 Mensa der Ingenieurhochschule
8 Kaufhalle
9 Wohnkomplexzentrum
10 Hauptgrünraum – Promenade
11 Lehrkomplex Ingenieurhochschule
12 Parkhaus

3
Wohnkomplex Wismar-Friedenshof I
Komplexzentrum von Norden – Arbeitsmodell

4
Komplexzentrum von Nordosten – Arbeitsmodell

Kennwerte

Anzahl der Wohnungseinheiten (WE)	2508
Anzahl der Einwohner (EW)	8659
(durchschnittliche Belegung, EW je WE)	3,45
Gesamtfläche (ha)	31,38
Einwohnerdichte (EW je ha)	275,9

Geschossigkeit und Wohnungsverteilung
Geschossigkeit und Wohnungsart

5geschossig	94,8 %
6geschossig	–
bis 11geschossig	5,2 %
1-Raum-Wohnungen	18,50 %
2-Raum-Wohnungen	17,86 %
3-Raum-Wohnungen	43,79 %
4-Raum-Wohnungen	17,30 %
5-Raum-Wohnungen	2,39 %
6-Raum-Wohnungen	0,16 %

Flächenbilanz (m² je EW)

Flächenkategorie:

Wohnungsbau	bebaute Fläche	4,11
	Freifläche	13,09
Wohnungsbau	gesamt	17,20
gesellschaftliche Einrichtungen	bebaute Fläche	1,40
	Freifläche	6,77
gesellschaftliche Einrichtungen	gesamt	8,17
Verkehrsflächen	fließender Verkehr	2,12
	ruhender Verkehr	4,63
Verkehrsflächen	gesamt	6,75
Gesamtflächenbedarf		36,22

2

3
4



5

Aufwandskennziffern und Finanzbedarf

a) **komplexer Wohnungsbau**

	Invest-aufwand insgesamt (TM)	Invest-aufwand M je WE
Wohnungsbau	78 976	31 490
davon 3 bis 4geschossig	6 938	47 522
5geschossig	64 065	28 729
über 6geschossig	7 973	60 400
Maßnahmen ZV	1 090	435
Aufschließung	2 631	8 625
Gesellschaftsbau		
POS	27 065	10 791
mit Handel	30 899	12 320
Sonstiges	4 514	1 800
Summe komplexer Wohnungsbau ohne Handel	133 276	53 141
mit Handel	137 110	54 670

b) **Gesellschaftsbau — Anteil anderer Investitionsauftraggeber**

	Investitions-aufwand insgesamt (TM)
Kinderkrippe und -garten	982
Kaufhalle	3 340
Apotheke	381
Blumenverkauf	247
Fischverkauf	247
Arzt (allgemein)	303
Zahnarzt	
Friseur/Kosmetik	117
Postannahmestelle	69
Sparkasse	457
VP-Dienststelle	133
VEB Gebäudewirtschaft	
Annahme Dienstleistungen	24
Annahme Altstoffe	24
Insgesamt	6 324
davon Handel	3 834
andere Investitionsauftraggeber	2 490

Gesamtinvestitionsaufwand

Komplexer Wohnungsbau mit Handel	137 110
andere Investitionsauftraggeber	2 490
Insgesamt	139 600

5
Komplexzentrum von Südosten – Arbeitsmodell

lich-gestalterisch befriedigende Lösung für die Bebauung möglich wurde.
Bestimmender Ansatzpunkt der funktionellen und räumlichen Gestaltung dieses Gebietes sind die geplanten Fußwegverbindungen zum Stadtzentrum und zu den Arbeitsstätten einerseits und zu den Gebieten der Feierabenderholung (Köppernitztal) andererseits.
Die Lage des Zentrums dieses Wohngebietes und die Standorte wichtiger gesellschaftlicher Einrichtungen gesamtstädtischer Bedeutung (Kultur- und Sporthalle der Stadt und Mensa der Ingenieurhochschule) ergeben sich aus diesen Ansatzpunkten. Hierbei haben wir die allgemeinen polytechnischen Oberschulen in das Komplexzentrum unmittelbar einbezogen, um auch hier Ansatzpunkte für eine Mehrzwecknutzung möglich zu machen. Eine südlich der Schule gelegene Senke wurde als Freifläche für den Schulsport genutzt.
Unter Berücksichtigung des Prinzips der äußeren Erschließung bestand das Ziel darin, für die Wohnbebauung weitgehend geschlossene Wohnhöfe zu bilden und diese an einen öffentlichen Freiraum zu binden (Ost-West-Verbindung zum Erholungsgebiet).
Für die Verkehrserschließung wurde das Prinzip der äußeren Erschließung gewählt und die Anlagen des ruhenden Verkehrs den Randzonen des Wohngebietes zugeordnet. Dabei wurde von der Überlegung ausgegangen, die Wohngebäude und gesellschaftlichen Bauten unmittelbar nur durch Wege zu erschließen, die ausschließlich Versorgungsfahrten vorbehalten sein sollten, um eine größtmögliche Wohnruhe zu erreichen.

1

1
Blick in den Fußgängerbereich an der Ostseite der Leninallee

2
Sitzgruppe im Freizeitbereich

Bildende Kunst als ein Faktor zur Gestaltung der Wohnumwelt

Dipl.-Ing. Christoph Dielitzsch
Vorsitzender der Kreisgruppe Schwedt des BdA/DDR

Die Bezirksgruppe Frankfurt (Oder) des BdA/DDR begann vor einiger Zeit eine breit angelegte Diskussion mit Vertretern der Öffentlichkeit, mit Genossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Einwohnern der Wohngebiete, in der es um Ergebnisse bei der Gestaltung der Wohnumwelt geht. Künftige Aufgaben im komplexen Wohnungsbau zwingen zur Auseinandersetzung und zur Wertung von Gebautem.
Alle Beteiligten sind sich über die bedeutenden Fortschritte in der Industrialisierung des Wohnungsbaus und bei der Einführung der Schnellbaufließfertigung einig.
Die Bewertung der geschaffenen Wohnumwelt aus dem Blickfeld der Bewohner muß jedoch Auskunft darüber geben, inwieweit die praktisch-funktionellen und die baukünstlerisch-ästhetischen Momente eine steigende Qualität an Wechselbeziehungen in neuen Wohngebieten erkennen lassen und die Vertiefung der Gefühle des Wohlbefindens, der Freude, der Geborgenheit und des Heimischwerdens in der geschaffenen Wohnumwelt ermöglicht wird.

2



BAUGEBUNDENE KUN

SCHWEDT/ODER TEILABSCHNITT LE

LENINALLEE

3

3 Skizze zur Konzeption für die baugebundene Kunst
1 Sitzende (Margret Midell)
2 Fischerbrunnen (H. Möpert)
3 Kinderbrunnen (Lore Plietsch)
4 Bauernbrunnen (Jürgen von Woysky)
5 Tabakbrunnen (Jürgen von Woysky)
6 Rundrelief Stadtgeschichte (Axel Schulz)
7 Bergziege (Peter Fritsche)
8 Känguruh (Gerhard Rommel)
9 Bär (Joachim Liebscher)
10 Nashorn (Regina Fleck)
11 Wandgestaltung „Schönheit durch Chemie" (Franz Nolde, Gerhard Voigt)

GAG für die Gesamtkonzeption: Stadt Schwedt
Leiter: Architekt BdA/DDR Dieter Arnold

4
Sitzende, Bronze (Margret Midell)

5
Fischerbrunnen, Sandstein, Höhe 220 cm
(H. Möpert)



4



5



Es sind viele primäre und sekundäre Faktoren, die ein komplex gestaltetes Wohnmilieu mit typischen und einprägsamen Erlebniswerten sichern können. Der Einbeziehung bildkünstlerischer Arbeiten in die komplexe Gestaltung der Wohnumwelt kommt neben den Elementen der Gartenarchitektur und dem Formgestaltungsprogramm Bedeutung bei der Vermittlung einprägsamer Eindrücke zu.

In neuen Wohngebieten der Stadt Schwedt wurden in letzter Zeit auf der Grundlage festumrissener Konzeptionen poesievolle und interessante Werke der bildenden Kunst für städtebauliche Räume und auch für Innenräume gesellschaftlicher Einrichtungen geschaffen. Einige Beispiele zeigen, daß besonders plastische Arbeiten gute Voraussetzungen dafür bieten, daß emotionale Bindungen im Wohngebiet gefördert werden können und die Vertiefung des Heimatempfindens bei Kindern und Erwachsenen gleichermaßen positiv beeinflußt wird.

Im Wohnkomplex I, einem Teilabschnitt der Leninallee mit überwiegender Wohnfunktion, wurde die vom Rat der Stadt bestätigte bildkünstlerisch-architektonische Konzeption unter Leitung des Generalauftraggebers bisher am konsequentesten realisiert.

Unter ständiger Anleitung durch den Beirat für Stadtgestaltung und bildende Kunst, hier sind neben Vertretern des Rates und der Betriebe auch 6 Architekten und 5 bildende Künstler vom Oberbürgermeister berufen worden, entstanden in enger Zusammenarbeit mit 10 bildenden Künstlern einprägsame Plastiken für Fußgängerbereiche mit individuellen Unterscheidungsmerkmalen.



6

6
Rundrelief, Epoxidharz, Durchmesser 300 cm (Axel Schulz)

7
Tabakbrunnen, Keramik, Brunnenhöhe 300 cm (Jürgen von Woysky)

7



In diesem Wohnkomplex, der durch seine zentrumsnahe Lage bestimmt ist, ist davon ausgegangen worden, daß eine bestimmte Hierarchie der Inhalte und Formen vom Stadtzentrum zum Wohngebiet in einer Abstufung der gesellschaftlichen Repräsentanz der bildkünstlerischen Werke seinen Niederschlag finden muß.

Für die Fußgängerbereiche wurden einige stadttypische Faktoren als Ausgangssituation für die spezifische bildkünstlerische Aufgabenstellung gewählt.

- Schwedt als die Stadt an der Oder mit ihrer Nachbarschaft zur Volksrepublik Polen
- die dynamische Entwicklung der Stadt und ihrer chemischen Industrie und Papierproduktion im Territorium
- das Durchschnittsalter der Einwohner von 26 Jahren
- die Beziehungen der Stadt zur uckermärkischen Landschaft
- der Tabakanbau im Umland und
- die Fischereiwirtschaft.

Für andere Wohngebiete wurden wiederum eigene spezifische Themenstellungen erarbeitet.

Im Ergebnis schöpferischer Entwurfstätigkeit der bildenden Künstler entstanden in Übereinstimmung mit der Freiflächengestaltung in Haupterlebniszonen eine Reihe schöner Brunnen und Plastiken.

Tabakbrunnen, Bauernbrunnen und Fischerbrunnen als Trinkwasserbrunnen ausgeführt, sind im Blickfeld der Fußgänger jeweils individuelle bildkünstlerische Akzente.

Ausgewählte Materialdetails, wie beispiels-

8
Freizeitbereich (Gestaltung: Dipl.-Gärtner Günter Stötzner)

9
Liebespaar, Bronze, Plastik im Wohnkomplex I (Axel Schulz)

10
Bär, Bronze (Joachim Liebscher)

11
Bauernbrunnen, Sandstein, Höhe der Stele 200 cm (Jürgen von Woysky)

12
Zusammenwirken von Freiflächen, Formgestaltung und Plastik (Zaunelemente: Joachim Kühn)

13
Nashorn, Bronze, 60 cm hoch (Regina Fleck)

14
Bergziege, Bronze, 65 cm hoch (Peter Fritsche)


8

weise die Feldsteinmauer am Tabakbrunnen erhöhen die Wirksamkeit und ergeben das Zusammenspiel vieler Einzeldetails zu einem ästhetischen Gesamtbild.
Den Brunnen wurden als Mittel der Rhythmisierung des Gesamtabschnittes Wasserfontänen zugeordnet. Damit wird einem natürlichen Element der Umgebung architektonische Gestaltung in der Stadt gegeben und der Erholungswert für die Fußgänger erhöht. Bewegung und Verweilen werden in einem harmonischen Kontrast gesetzt.
Durch die Summe aller Einzelelemente wird so die Wohnumwelt bereichert, das Stadtbild geprägt und ästhetisch erlebbar.
Die in einer zweiten Promenade zum Warenhaus von Joachim Liebscher, Gerhard Rommel, Regina Fleck und Peter Fritsche geschaffenen Tierplastiken sind im Blickfeld der Fußgänger und spielender Kinder bedeutungsvolle Erlebnisakzente.
Ebenso verhält es sich mit dem Rundrelief von Axel Schulz in einem städtebaulichen

10


9


11


12

13

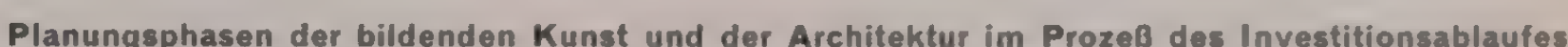


14

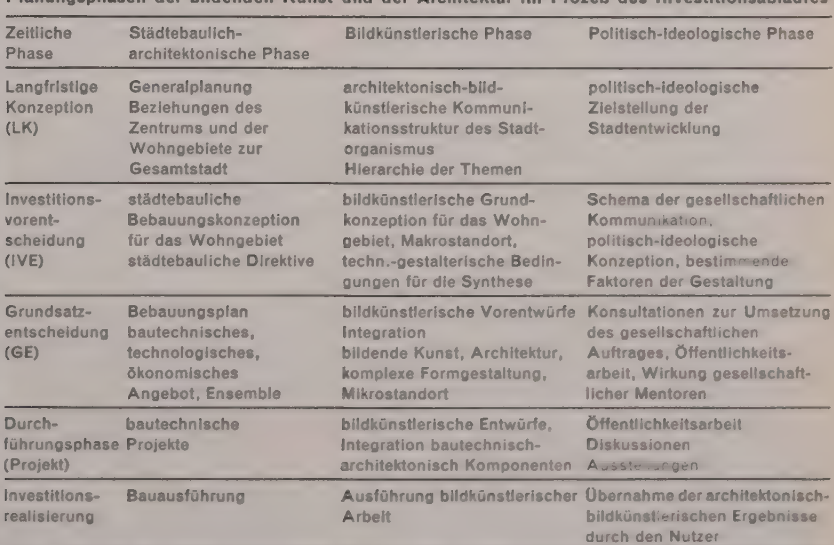


Bereich, in dem verschiedene Fußgängerwege zusammenlaufen und zum Zentrum hin orientiert werden. Die Entwicklung der Stadt in 10 Jahren wird hier im Relief rundum erzählt.
Für den Raum am Mittelganghaus wurde für eine städtebaulich wichtige Eingangssituation die Sitzende von Margret Midell geschaffen. Diese Plastik in ihrer bildkünstlerischen Vertiefung entspricht den Erwartungen der hochgebildeten Arbeiterklasse einer jungen dynamischen Stadt.
Die ausgeführten Plastiken solchen Genres festigen die Erkenntnis, daß kleine und größere Werke der bildenden Kunst entsprechend ihrer Aufgabe und Funktion im Wohngebiet als Teile komplexer Gestaltung typische Erlebnismerkmale schaffen, die der Alltagsspezifik entsprechen und die Einwohner durchaus an ihre Wohnumwelt binden.
Der Realisierung der bildenden Kunst und Freiflächengestaltung, sowie der Formgestaltung geht ein einheitlicher Formierungsprozeß voraus.

Der politisch-ideologische Prozeß der Vorbereitung muß dem organisatorischen Investitionsablauf entsprechen.
Die Arbeitsteilung im Prozeß industriellen Bauens zwingt dazu, daß die bildenden Künstler stets phasengleich mit den Kollegen Architekten der Projektierungsbetriebe zusammenarbeiten. So kann am ehesten eine Synthese zwischen Bildwerk und Architektur gesichert werden.
Es sollte in neuen Konzeptionen überlegt werden, ob neben festeingebundenen bildkünstlerischen Aufträgen ein variabler Konzeptionsteil offen gehalten wird und hier die Aufgabenstellung aus dem Blickfeld der Einwohner eines neuen Wohnensembles entsteht. Damit kann der emotionellen Vorstellung der Einwohner und der Dynamik des Lebens selbst besser entsprochen werden.
Das zeitliche und inhaltliche Zusammenwirken aller Beteiligten in Übereinstimmung mit den einzelnen Planungsphasen hat sich in der Form bewährt, wie es in dem beigefügten Schema (1) dargestellt ist.



Planungsphasen der bildenden Kunst und der Architektur im Prozeß des Investitionsablaufes



Zeitliche Phase	Städtebaulich-architektonische Phase	Bildkünstlerische Phase	Politisch-ideologische Phase
Langfristige Konzeption (LK)	Generalplanung Beziehungen des Zentrums und der Wohngebiete zur Gesamtstadt	architektonisch-bildkünstlerische Kommunikationsstruktur des Stadtorganismus Hierarchie der Themen	politisch-ideologische Zielstellung der Stadtentwicklung
Investitions-vorentscheidung (IVE)	städtebauliche Bebauungskonzeption für das Wohngebiet städtebauliche Direktive	bildkünstlerische Grundkonzeption für das Wohngebiet, Makrostandort, techn.-gestalterische Bedingungen für die Synthese	Schema der gesellschaftlichen Kommunikation, politisch-ideologische Konzeption, bestimmende Faktoren der Gestaltung
Grundsatz-entscheidung (GE)	Bebauungsplan bautechnisches, technologisches, ökonomisches Angebot, Ensemble	bildkünstlerische Vorentwürfe Integration bildende Kunst, Architektur, komplexe Formgestaltung, Mikrostandort	Konsultationen zur Umsetzung des gesellschaftlichen Auftrages, Öffentlichkeitsarbeit, Wirkung gesellschaftlicher Mentoren
Durchführungsphase (Projekt)	bautechnische Projekte	bildkünstlerische Entwürfe, Integration bautechnisch-architektonisch Komponenten	Öffentlichkeitsarbeit Diskussionen Ausstellungen
Investitions-realisierung	Bauausführung	Ausführung bildkünstlerischer Arbeit	Übernahme der architektonisch-bildkünstlerischen Ergebnisse durch den Nutzer

Aus: Kress, Rietdorf, Planung und Gestaltung von Wohngebieten. VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1973

Eine neue Qualität für die gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet

Oberingenieur Werner Prendel
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Mit dem Wohnungsbauprogramm der DDR von 1976 bis 1990 ist die Forderung der 10. Tagung des ZK der SED verknüpft, die Wohngebiete zweckmäßig mit gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten. Das macht eine Überprüfung und Präzisierung der bisher üblichen Vorstellungen zu den Aufgaben und zur Funktion der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet notwendig, da gerade diese Einrichtungen wesentlich dazu beitragen können, die Wohnbedingungen sichtbar zu verbessern und die Monotonie im Wohngebiet zu überwinden.
So ist unter anderem eines der sozialen Grundbedürfnisse der Menschen in unserer Gesellschaft das Bedürfnis nach Gemeinschaft, die durch unmittelbare Beziehungen zu anderen Menschen im Arbeitsleben oder im privaten Bereich, aber auch durch die Teilnahme am öffentlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben gesucht wird. Die Erwartungen der Menschen in dieser Hinsicht an die Erlebnisvielfalt städtischen Lebens werden deshalb nicht nur an den erweiterten Wohnbereich – an die Stadt –, sondern auch an den engeren Wohnbereich – an das Wohngebiet – gestellt.
Die qualitative und quantitative Ausstattung unserer Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen ist somit eine ernstzunehmende Frage von äußerster Aktualität.
Gesellschaftliche Einrichtungen sind keine notwendige Zutat zum komplexen Wohnungsbau, sondern wesentliche Elemente der städtebaulichen Planung zur Gestaltung eines sozial-räumlichen Milieus, welches die Pflege der Kontakte fördert und damit den Erwartungen entspricht, die unsere Bürger an diese Einrichtungen in ihren Wohngebieten stellen.
Es geht dabei nicht so sehr um Fragen einer größeren Bemessung und kompletteren Ausstattung der Wohngebiete mit Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen zur Verbesserung der materiellen Seite des Lebensniveaus, als vielmehr um die richtigen baulich-räumlichen Voraussetzungen zur Förderung des geistig-kulturellen Lebens der Werktätigen in ihrem engeren Wohnbereich.
Daran knüpfen sich drei Fragen:

- Was erwarten die Menschen von den gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet?
- Wie kann den geistig-kulturellen Bedürfnissen und Erwartungen mit baulich-funktionellen Lösungen am besten entsprochen werden?
- In welchem Umfang können diese Bedürfnisse und Erwartungen entsprechend der gesellschaftlichen Notwendigkeit und der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten erfüllt werden?

In Fortsetzung der ersten Erfahrungen und Erkenntnisse für die praktische Arbeit bei der Planung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet (vergl. Heft 1/73 „deutsche architektur") soll hier der Versuch unternommen werden, die drei aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Die Beantwortung dieser Fragen stützt sich auf Erfahrungen, die bei der Bearbeitung von Beispiellösungen für gesellschaftliche Zentren in Wohngebieten bisher gesammelt werden konnten.

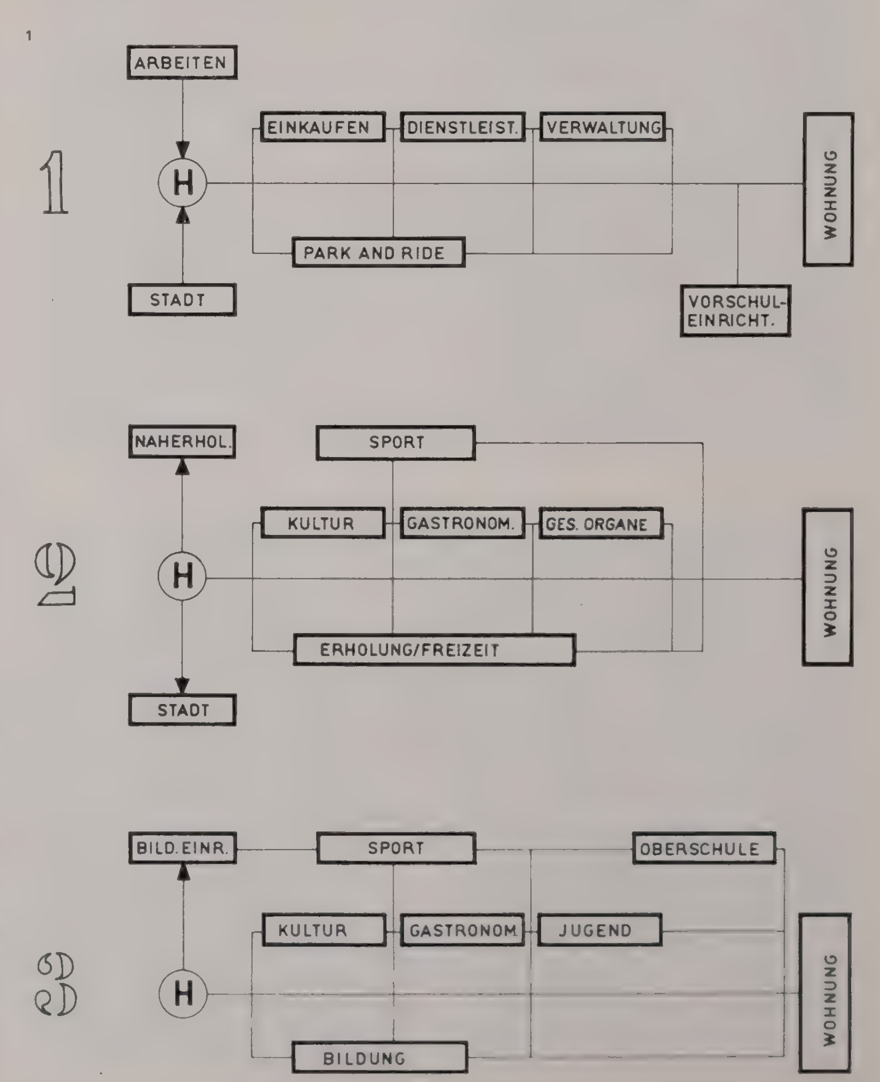
Erwartungswert

Unter sozialistischen Wohnbedingungen erwarten die Menschen von den gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet

- Bedingungen für eine zeitsparende, praktische und niveauvolle Versorgung mit allen Dingen des täglichen Bedarfes und der mit der Hauswirtschaft verbundenen Dienstleistungen.
- Eine kulturvolle gastronomische Versorgung, die auf alle Fälle eine neue Qualität der Speisen- und Pausenversorgung für die Schulkinder einschließen muß.
- Ein Angebot von Möglichkeiten für vielseitige Formen der Geselligkeit in der Gemeinschaft, die nicht nur den vielfältigen Interessen nach schöpferischer Betätigung in Arbeits- und Interessengemeinschaften Rechnung tragen, sondern auch Familien, älteren Bürgern und Jugendlichen die Teilnahme am Gemeinschaftsleben ermöglichen.
- Geeignete Voraussetzungen für das Bedürfnis nach körperlichem Ausgleich und aktiver Erholung in Verbindung mit neuen Formen der gesundheitlichen Betreuung (Prophylaxe);
- Möglichkeiten, die die Entfaltung staatsbürgerlicher Aktivitäten im Wohngebiet stimulieren und
- interessante, abwechslungsreiche, architektonisch und bildkünstlerisch gestaltete Anziehungspunkte für alle Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung eines Wohngebietes.

Die geschilderten Erwartungswerte, die sich aus heute vorhandenen Bedürfnissen ableiten, treten als Aktivitäten stets kombiniert auf. Das läßt sich am besten an typischen Bewegungsketten veranschaulichen (siehe Abbildung 1).
Die Erfüllung des Erwartungswertes durch

1



1
Typische Bewegungsketten zur Bestimmung der Funktionszuordnung in gesellschaftlichen Zentren
1 täglich bei Rückkehr ins Wohngebiet
2 am Feierabend und Wochenende
3 Weiterbildung und Jugendliche

2
Beispiel für eine dezentrale Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet
1 Internat
2 Schülerspeisung
3 Kinder- und Jugendsportschule
4 Sporthalle
5 Vorschuleinrichtung
6 Dienstleistungen
7 vierzügige polytechnische Oberschule
8 Kaufhalle

3
Beispiel für den Versuch, das vorhandene Typensortiment gesellschaftlicher Bauten in städtebaulich-räumliche Beziehungen zueinander zu setzen
1 Sporthalle
2 Schülerspeisung
3 zweizügige polytechnische Oberschule
4 Vorschuleinrichtung
5 Bibliothek, Post, Sparkasse, Friseur, Spezialläden
6 Kaufhalle
7 Ambulanz, Apotheke, KWV, Dienstleistungen
8 Gaststätte, Schülerspeisung, Klub
9 vierzügige polytechnische Oberschule
10 Läden
11 Handwerkerhof
12 Postamt, Verkaufsstelle

4
Beispiel für die einfache Reihung der gesellschaftlichen Einrichtungen mit gemeinsamer Erschließungsfläche
1 Kindergarten
2 Kindergarten/Kinderkrippe
3 Dienstleistungen
4 Kaufhalle
5 Gaststätte
6 einzügige polytechnische Oberschule
7 zweizügige polytechnische Oberschule
8 Sporthalle



entsprechende gesellschaftliche Einrichtungen im Wohngebiet ist jedoch nicht nur eine städtebaulich-planerische und bauliche Frage allein, sondern in erster Linie eine politisch-organisatorische Aufgabe, die genauso der Planung und Projektierung bedarf, wie die Gebäude und baulichen Anlagen der gesellschaftlichen Einrichtungen. Die bauliche Hülle allein ist noch nicht die Gewähr dafür, daß der Bürger seine Erwartungen erfüllt sieht. Die Attraktivität eines gesellschaftlichen Zentrums im Wohngebiet hängt in starkem Maße von der Qualität der einzelnen Einrichtungen, ihrer betrieblichen Verflechtung und ihrer Leitung ab.

Baulich-funktionelle Lösung

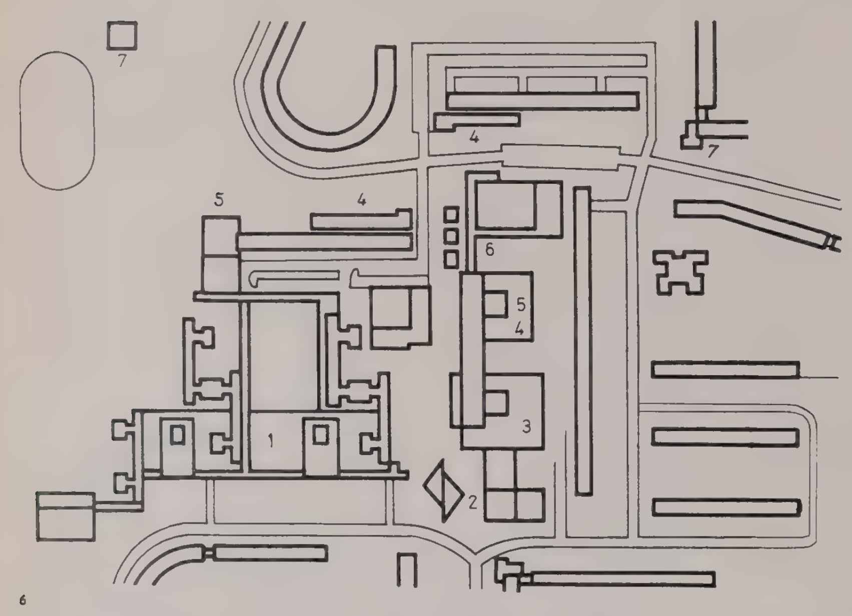
Auf der Grundlage der Integration der verschiedenen gesellschaftlichen Einrichtungen in einem gesellschaftlichen Zentrum lassen sich diese Bedürfnisse am günstigsten befriedigen, und den Erwartungen kann so am besten entsprochen werden. Das komplizierte Problem der Integration der gesellschaftlichen Einrichtungen ist noch nicht ausreichend geklärt. Alle Bedingungen der Verflechtung sind noch nicht hinreichend bekannt. Es ist deshalb empfehlenswert, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu tun.

Eine seit Jahrzehnten eingespielte Entwicklung, die sich heute noch in einem erzeugnisorientierten Angebot für gesellschaftliche Bauten und in einer nach Fachbereichen aufgeschlüsselten Investitionstätigkeit widerspiegelt, muß überwunden und durch eine höhere Stufe der Planung, Projektierung und Bauausführung der gesellschaftlichen Einrichtungen abgelöst werden. Noch sind zur Lösung dieses Problems nicht alle notwendigen Schritte untersucht.

Für die Integration selbst sprechen zwei generelle Gesichtspunkte:



5



6

5
Beispiel eines gesellschaftlichen Zentrums mit einer Mehrzweckeinheit
1 Kaufhalle
2 Dienstleistungen
3 Ambulanz, Apotheke
4 Industriewaren
5 Gaststätte, Schülerspeisung, Kultur
6 Bibliothek, Jugendklub

6
Beispiel für ein gesellschaftliches Zentrum mit Funktionskomplexbildung und Mehrzweckeinheiten
1 Polytechnische Oberschule
2 kulturelle Einrichtungen
3 Ambulatorium
4 Dienstleistungen
5 Gaststätte
6 Läden
7 Klub

7
Veränderung des Anteiles der Grundausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen in Abhängigkeit von der Größe des Wohngebietes

8
Ausstattungsvorschlag für gesellschaftliche Einrichtungen in Wohngebieten

▪ eine ökonomischere Lösung der gesellschaftlichen Einrichtungen
▪ ein höherer Gebrauchswert und eine bessere städtebaulich-architektonische Qualität.

Der ökonomische Aspekt ist dabei nicht das Hauptmotiv für die Integration der gesellschaftlichen Einrichtungen in einem Zentrum. Zweifellos ist jedoch die ökonomische Lösung ein Gradmesser für das Ergebnis der Integration (vergl. Tabelle 1). Unter einer ökonomischen Lösung ist hier vor allem zu verstehen, der größere Erwartungswert, den die Bürger im Interesse der Ökonomie ihres Zeitfonds in das Zentrum setzen, und die ökonomischen Vorteile, die sich aus der Integration für den Nutzungsprozeß ergeben, die allerdings mit dem Aspekt des höheren Gebrauchswertes und einer besseren städtebaulich-architektonischen Qualität in Wechselbeziehung stehen.

Während bisher den Erwartungswerten auf der Basis von funktionell in sich abgeschlossenen Einzellösungen nicht, oder nur teilweise entsprochen werden konnte, bietet die Integration dafür günstigere Voraussetzungen. Sie erlaubt, bei richtiger Wahl der Mittel, den Austausch von Funktionen, und sie erleichtert die interne Transformation der einzelnen Funktionseinheiten in ihrer Zweckbestimmung.

Damit kann wesentlich zur Verbesserung der räumlichen Organisation der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet beigetragen werden. Voraussetzung dafür ist die Ordnung der Funktionen im Zentrum, die zur Zeit als eine Vielzahl von einzelnen Funktionen mit unterschiedlicher Intensität und Wirkungsweise in Erscheinung treten (vgl. Abb. 2 und 3).
Die Integration vollzieht sich also durch die Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen in einem Zentrum, bei der sich gleichzeitig bestimmte Funktionen miteinander verflechten. Die Funktionsverflechtung ist demzufolge ein wichtiger Ausgangspunkt für die Überlagerung der Wirkungsfelder der Einzelfunktionen. Damit verbunden ist die weitere Durchdringung einiger Grundfragen der Entwicklung kooperierter gesellschaftlicher Zentren. Die Praxis lehrt, daß sich die auf der Basis der Funktionsverflechtung geplanten Konzeptionen für gesellschaftliche Zentren nur dann in eine reale Lösung umsetzen lassen, wenn die Fragen der Verflechtung durch die späteren Nutzer bereits mit der städtebaulich-funktionellen Lösung für das Zentrum erarbeitet werden. Den Verflechtungsgrad der gesellschaftlichen Einrichtungen kann man wie folgt stufen:
▪ Einfaches Nebeneinanderstellen der gesellschaftlichen Einrichtungen bei gemeinsamer Nutzung der Erschließungsfläche
▪ Bildung von einer oder mehreren Mehrzweckeinheiten mit nacheinanderfolgenden unterschiedlichen Nutzungen

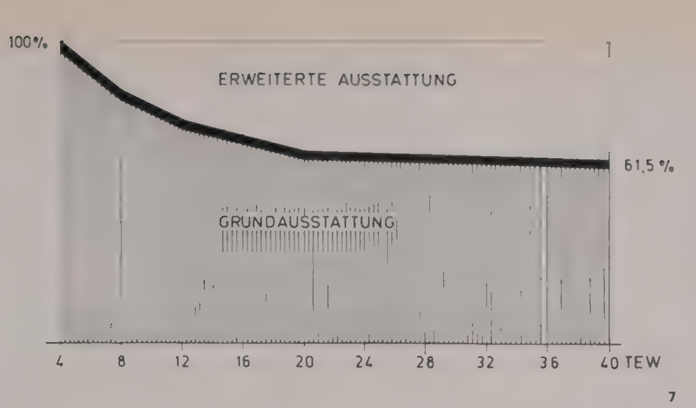
Diese beiden Formen treten heute in der Praxis auf. Die folgenden Formen sind möglich, müssen aber noch schrittweise an entsprechenden Beispielen in der Praxis erprobt werden:

▪ Unterschiedliche aufeinanderfolgende Nutzung ein und derselben Raumeinheit in sogenannter polyvalenter Nutzung. Die polyvalente Nutzung löst allerdings nicht alle Probleme. Sie erhöht jedoch die quantitative Möglichkeit, nivelliert aber zugleich die funktionelle Qualität
▪ Gemeinsame Nutzung der Nebenräume oder der Nebenanlagen in kooperativer Nutzung
▪ Funktionelle und architektonische Verflechtung in einem Gebäudekomplex oder in einer Gebäudestruktur, die alle elementaren Funktionen der integrierten Einrichtungen übernimmt und gleichzeitig weiteren Funktionen durch die Verflechtung, Kombination und Kooperation Raum gibt.

Es dürfte heute schon klar sein, daß die Integration den Charakter der einzelnen gesellschaftlichen Einrichtungen schrittweise verändern wird. Der Weg geht vom Einzelerzeugnis zum Komplexerzeugnis im Gesellschaftsbau. Die Verflechtung ist nicht Selbstzweck und auch nicht von heute auf morgen zu erzwingen. Deshalb muß die Auswahl der für die Verflechtung vorhandenen Einrichtungen bzw. Funktionen nach gesellschaftlicher Notwendigkeit und Möglichkeit sowie nach der Eignung und Verträglichkeit der Einzelfunktionen erfolgen. Man wird zwischen drei Möglichkeiten der funktionellen Beziehungen unterscheiden müssen:

▪ Neutrale Funktionen, die beliebig mit anderen Funktionen verbunden werden können, wie zum Beispiel Erschließungsfunktionen und Wartefunktionen
▪ Konkurrierende Funktionen, die sich gegenseitig beeinträchtigen bzw. wechselseitig die Funktionstüchtigkeit im ganzen negativ beeinflussen und die Effektivität der Lösungen in Frage stellen, wie zum Beispiel die Verflechtung von Einrichtungen des Handels mit denen des Gesundheitswesens
▪ Korrespondierende Funktionen, die die ntegration fördern und eine Funktionsverdichtung zulassen.

Das zur Zeit typischste Beispiel dafür ist die Verflechtung der Gastronomie mit Ein-



7

Tabelle 1 Kennwerte der Projekte für Gesellschaftsbauten in einem Wohnkomplex für 9000 EW bei einem unterschiedlichen Grad der Kooperation (1)

Grad der Kooperation	Anzahl der Objekte	Nutzfläche m²	Nutzfläche %	Bauvolumen m³	Bauvolumen %
Einzelgebäude nach Typenprojekt	11	13 115	100	65 390	100
Gebäude der komplexen Serie	6	10 698	81	51 800	79
Experimental-Projekt für kooperiertes Zentrum	4	9 801	75	46 400	71

richtungen der Kultur, der Schülerspeisung und des Sports.

Aber auch die Grenzen der Verflechtung müssen bekannt sein, denn es hat sich gezeigt, daß es nicht möglich ist, die Schülerspeiseeinrichtung in unbegrenzter Größe in den Gaststättenkomplex zu integrieren. Hier treten durch Überkonzentration Nebenwirkungen auf, die sich nachteilig auf die Gesamtfunktion der Anlage auswirken. Die maximale Konzentration liegt zur Zeit bei rund 540 Schülerspeiseplätzen je Einrichtung. Auf der anderen Seite wird es auch untere Grenzen, besonders hinsichtlich ökonomischer Kriterien geben. Nach den ersten Erfahrungswerten der UdSSR liegt die untere Grenze der ökonomischen Größe eines kooperierten Zentrums der höchsten Verflechtungsstufe bei einem Einzugsgebiet von etwa 12 000 Einwohnern. Die Zusammenfassung und Verflechtung der einzelnen Funktionsflächen unterliegt außerdem unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten. Während bei den Nebenfunktionsflächen Fragen des rationellen innerbetrieblichen Ablaufes nach wie vor dominieren und den Verflechtungsgrad bestimmen, stehen bei den Hauptfunktionsflächen abgestufte Raumfolgen, differenzierte Erlebnisbereiche und Freizügigkeit in der Nutzung im Vordergrund.

Alle diese Fragen werden gegenwärtig an Beispielplanungen untersucht. Eines dieser Beispiele ist das gesellschaftliche Zentrum im Wohngebiet Greifswald-Schönwalde 2.

Das Programm

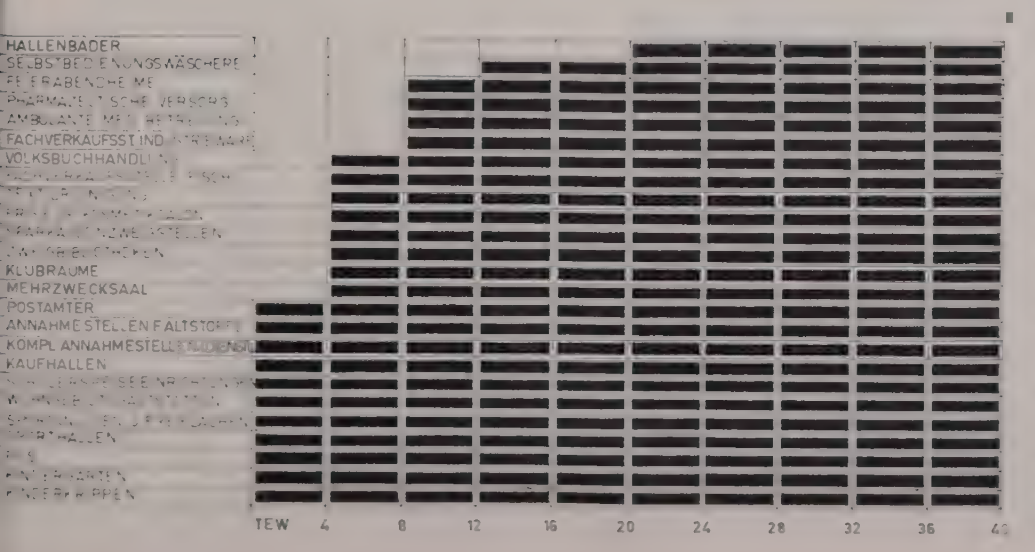
Es ist keine Aufgabe des Städtebaus, den Ausstattungsgrad der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen zu bestimmen. Um aber entsprechend der gesellschaftlichen Notwendigkeit alle Ressourcen auszuschöpfen, muß der Städtebau sein Augenmerk darauf richten, mit seinen Lösungsvorschlägen dazu beizutragen, im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten ein Maximum an neuer Qualität (höherer Gebrauchswert) zu erzielen.

Abbildung 8 gibt die Übersicht über einen Vorschlag zur möglichen Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen. Dieser Vorschlag ist in Gemeinschaftsarbeit mit den Fachplanträgerministerien und in Auswertung von rund 70 Bebauungskonzeptionen des komplexen Wohnungsbaus für den Zeitraum von 1971 bis 1975 auf der Grundlage von Erfahrungswerten entstanden. Die aufgezählten Einrichtungen gehen über bisherige Ausstattungsnomenklaturen des komplexen Wohnungsbaues hinaus. Diese Erweiterung hat sich dadurch ergeben, daß im Verlauf der letzten Jahre die im komplexen Wohnungsbau geplanten Einheiten immer größer und Struktureinheiten der Stadt geworden sind.

In der Richtlinie „Sozialistischer Wohnkomplex" von 1959 lag die Größe eines Wohnkomplexes noch zwischen 2000 und 6500 Einwohnern. Das ist eine Größe, die heute noch eine minimale Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen zuläßt. Wie Abbildung 7 zeigt, besteht zwischen der Größe eines Wohngebietes nach der Anzahl der zu versorgenden Einwohner und der Anzahl der gesellschaftlichen Einrichtungen, die in ihrem Einzugsbereich an untere Grenzwerte gebunden sind, eine Wechselbeziehung. Danach lassen sich mit zunehmender Größe eines Wohngebietes immer bessere Voraussetzungen für die Erfüllung des Erwartungswertes schaffen, da nicht nur zahlenmäßig mehr Einrichtungen möglich sind, sondern auch der relative Aufwand für die gesellschaftlichen Einrichtungen je Wohnungseinheit sinkt. Damit ist ein Aspekt verbunden, der bisher wenig Beachtung in unserer Planungspraxis gefunden hat, die funktionelle Qualität der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet und ihren Gebrauchswert aber wesentlich beeinflussen kann.

Das ist die einfache Tatsache, daß man ein Wohngebiet mit 4000 Einwohnern nicht mit einem Wohngebiet mit 30 000 Einwohnern gleichsetzen kann. Werden die Planungseinheiten größer, schlägt die Ausstattung der Gebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen in eine neue Qualität um. Es entsteht eine höhere Stufe der Versorgung bzw. der gesellschaftlichen Funktion, die sich zum Beispiel in der Anlage von Haupt- und Nebenzentren niederschlägt und einer hierarchischen Ordnung folgt, die sich bis zum Zentrum der Stadt fortsetzt. Daraus ist abzuleiten, daß es auch einen graduellen Unterschied zwischen gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet und in gesellschaftlichen Zentren höherer Ordnung (z. B. Stadtzentrum) gibt. Von der niederen zur höheren Stufe erfahren die einzelnen gesellschaftlichen Einrichtungen eine zunehmende Spezialisierung, die mit einer Konzentration einhergeht. Außerdem sind die Anforderungen an die gesellschaftlichen Einrichtungen im unmittelbaren Wohnbereich andere, als jene, die an die gesellschaftlichen Einrichtungen im Stadt- oder Stadtteilzentrum gestellt werden, da deren Profil durch andere Einzugsbereiche, größere Anonymität der Nutzer usw. bestimmt wird. Hinzu kommt für die gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet im Gegensatz zu den spezialisierteren Einrichtungen größerer Einzugsbereiche, ein hohes Maß an Diskontinuität in der Nutzungsanforderung. Daher ist es von größter Wichtigkeit, die gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet mit einer großen Flexibilität anzulegen, deren Voraussetzungen eben die Integration der Einrichtungen in einem Zentrum ist. Je kleiner ein Wohngebiet wird, um so notwendiger, aber sicher auch um so schwieriger ist dieser Integrationsprozeß zur Erreichung des eingangs geschilderten Erwartungswertes.

Der Bürger sieht nicht in erster Linie die geplante städtebauliche Struktur und kalkuliert in seinen Erwartungen gedachte Größenordnungen der städtebaulichen Planung nicht ein. Für ihn stellen sich die Dinge in einer einfachen Frage dar: Wie kann ich in diesem geschaffenen sozialräumlichen Milieu wohnen und leben?



Literatur

(1) M. D. Bogoslovskaja
„Zentralisierung und Kooperierung des Netzes der Gaststättenbetriebe für die Kindereinrichtungen in den Wohnkomplexen"
in: Architektur, Projektierung und Bau gesellschaftlicher Bauten, Teil I
DBI Übersetzung: 16 781



1

Gesellschaftliches Zentrum Fischerinsel

Architekt BdA DDR Rüdiger Plaethe
VE Wohnungsbaukombinat Berlin

Generalauftragnehmer und Generalprojektant:	VE Wohnungsbaukombinat Berlin
Städtebauliche Konzeption:	Dipl.-Ing. Helmut Stingl, Architekt BdA/DDR
Entwurf:	Dr.-Ing. Gerhard Lehmann, Architekt BdA DDR Rüdiger Plaethe Architekt BdA DDR
Projektleiter:	Rüdiger Plaethe Architekt BdA/DDR
Schalenkonstruktion:	Dipl.-Ing. Ulrich Müther VEB Spezialbetonbau Binz
Projektbearbeitung:	Architekt Klaus-Jürgen Steinmann Architekt Heinz Töpfer Dipl.-Ing. Udo Pommeranz Dipl.-Ing. Eckhardt Feige Architekt Viola Gericke Teilkonstr. Dietlinde Seiffert
Statik:	Bauingenieur Günter Schulz Bauingenieur Werner Lehmann
Bautechnische Stahlkonstruktion:	Ingenieurbüro Neumann
Heizung:	Ingenieur Dietrich Beyer
Sanitär:	Ingenieur Horst Ziemke
Elektro:	Dipl.-Ing. Helga Knie
Lichttechnik:	Ingenieur Horst Krämer
Trafostation:	Ingenieur Theodor Krupski
Koordinierung der Informationsanlagen	Ingenieur Karl-Heinz Machatschek
Regeltechnik	Ingenieur Gunter Claus
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Siegfried Gruhl
Innenausbau und handelstechnologische Ausrüstung	Architekt Carola Fiebig Architekt Siegfried Wollin VEK Handelstechnik
Kuchentechnologie:	VEB Wärmegerätewerk Dresden
Lüftung	VEB Lüftungstechnische Anlagen Berlin
Kuhlung	VEB Kühlanlagenbau Dresden
Akustik und Schallschutz	Dipl.-Ing. Tennhardt Bauakademie der DDR
Wärmeschutz	Bauingenieur Eberhard Meyer

Gesellschaftliche Zentren erscheinen mehr und mehr in unserem sozialistischen Städtebild. Sie verleihen neuen Stadtteilen ihr besonderes Gepräge und bewähren sich als typische Form sozialistischen Zusammenlebens und Wohnens.

Mit der Fertigstellung des gesellschaftlichen Zentrums Fischerinsel am 18. 7. 1973 wurde die Bebauung des gleichnamigen Wohnkomplexes abgeschlossen. Dieser entstand auf dem Boden eines der ältesten Stadtgebiete von Berlin, dem ehemaligen „Fischerkietz". Die städtebauliche Konzeption hatte bei der Wahl des Standortes sowohl diesen historischen Faktor als auch die unmittelbare Nähe des Stadtzentrums mit all seinen Institutionen berücksichtigt. Die Aufgabe bestand darin, für den Wohnkomplex Fischerinsel nicht nur eine entsprechende Versorgungseinrichtung, sondern in Verbindung mit einer Großgaststätte auch ein Zentrum des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen.

Die Gesamtanlage besteht aus drei Bauteilen:

1. Schalenkonstruktion (Großgaststätte)
2. Küchentrakt
3. Ladentrakt

Schwerpunkt des Zentrums bildet die Gaststätte mit ihrer Schalenkonstruktion, bestehend aus fünf hyperbolischen Paraboloidsegmenten. Ihre strahlenförmige Anordnung in Halbkreisform gibt diesem Bauteil die Form eines Ahornblatts.

An die Schalenkonstruktion schließt sich – gleichsam eingeschoben – der Küchentrakt an. Er verbindet die Schalenkonstruktion mit dem rechtwinklig zur Mittelachse gelagerten langgestreckten Ladentrakt. Dieser wird in Verlängerung des Küchentraktes von zwei Passagen durchschnitten. Eine umlaufende Terrasse umschließt Gaststätte und Küchentrakt. Sie wird von einem 1 m breiten Grüngürtel umgeben, in dem auch Scheinwerfer untergebracht sind, die die Schalenkonstruktion bei Dunkelheit wirkungsvoll anstrahlen.

Die drei Baukörper bilden trotz ihrer gestalterischen Unterschiede ein harmonisches Ganzes und stellen darüber hinaus durch ihre Form und Anordnung eine bewußte Steigerung dar. Der klar umrissene Ladentrakt (bis auf ein kleines Obergeschoß eingeschossig) setzt sich in dem anschließenden Küchentrakt fort, dessen Dachform die Überleitung zur Schalenkonstruktion, den Mittelpunkt der gesamten Anlage, bildet.

Funktion

Die Gesamtanlage umfaßt im wesentlichen zwei Funktionsbereiche:

die Gaststätte mit dem Küchentrakt und den Ladentrakt.

Die Selbstbedienungsgaststätte versorgt die Beschäftigten der im Einzugsbereich liegenden Institutionen mit Mittagessen. Außerdem werden die Schüler der angrenzenden Schulen mit warmem Essen versorgt, und nicht zuletzt steht sie der Bevölkerung in den Nachmittags- und Abendstunden sowie für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung. Während der Mittagszeit bietet die Gaststätte maximal 874 Sitzplätze. Die Großküche hat eine Tageskapazität von etwa 5400 Portionen. Der Ladentrakt wird durch die beiden Passagen erschlossen und ermöglicht den Einkauf des Kunden aus beiden Richtungen, sowohl vom Wohngebiet kommend als auch von der Gertraudenstraße her. Von den Passagen aus erreicht man die Kaufhalle, die Dienstleistungsannahmestelle, die Selbstbedienungspoststelle, den Frisiersalon und den Blumenladen.



2



3

1 Blick von der Mühlendammbrücke auf das gesellschaftliche Zentrum

2 Fassadendetail

3 Brunnenanlage vor der Gaststätte mit Blick auf den Fernsehturm

4 Lageplan

Der Künstler Harald Hakenbeck gestaltete zwei Wandflächen in den Passagen in Form von Mosaik-Vignetten, die symbolhaft auf die jeweiligen Handelseinrichtungen hinweisen.

Konstruktion

Die Schalenkonstruktion besteht aus monolithischem Stahlbeton. Die einzelnen Schalensegmente ruhen im oberen Schnittpunkt auf einer Mittelstütze, während sie an ihren unteren Endpunkten ihre Hauptlasten an sechs besonders gestaltete Auflagerblöcke abgeben.

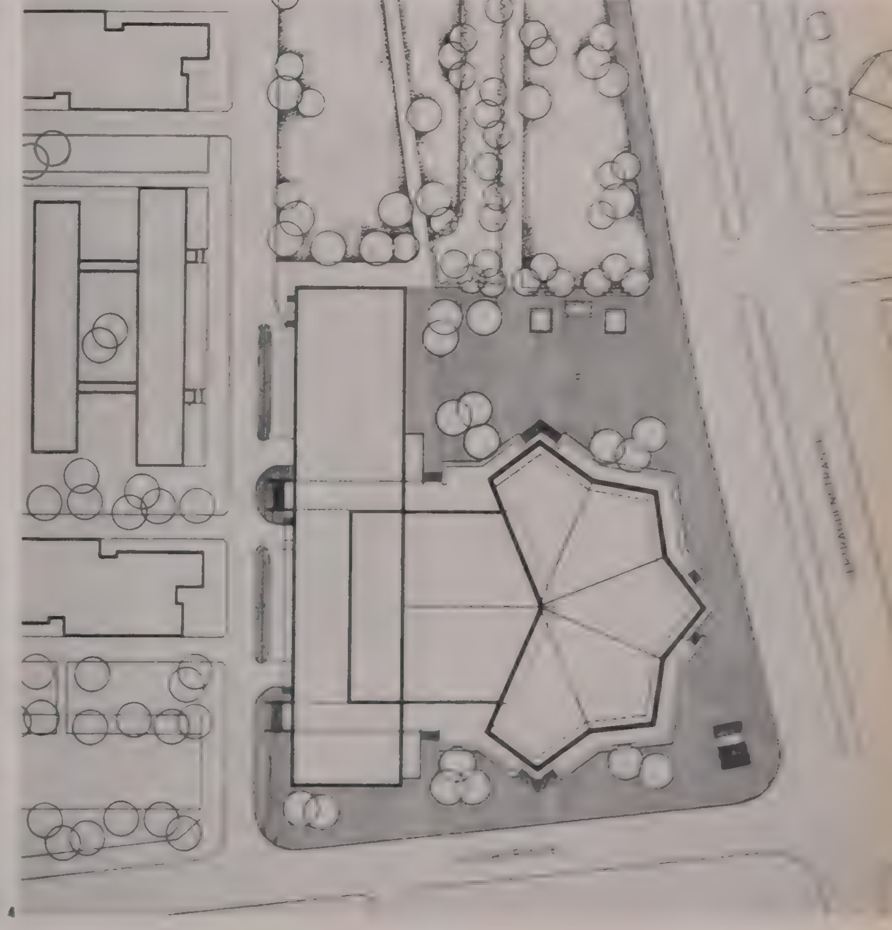
Für das gesamte Keller-, Erd- und Obergeschoß wurde eine Stahlskelettbauweise gewählt. Dabei wurden die Geschoßdekken und aussteifenden Wandscheiben im Kellergeschoß aus monolithischem Stahlbeton hergestellt. Sowohl für die Dachdeckung als auch für die Kelleraußenwände wurden Stahlbetonfertigteile verwendet.

Die Fassaden des Ladentraktes bestehen aus einer gerasterten Stahlunterkonstruktion, deren Felder entweder mit Mauerwerk ausgefacht und mit entsprechender Wärmeisolierung komplettiert oder, wie im Bereich der Schaufensteranlagen, auf einer Stahl-Aluminium-Unterkonstruktion großflächig verglast wurden. Dagegen ist die Fassade des Küchentraktes mit ihrem an die Schalenkonstruktion angrenzenden Lichtband lediglich eine Ausfachung mit Copilitglas.

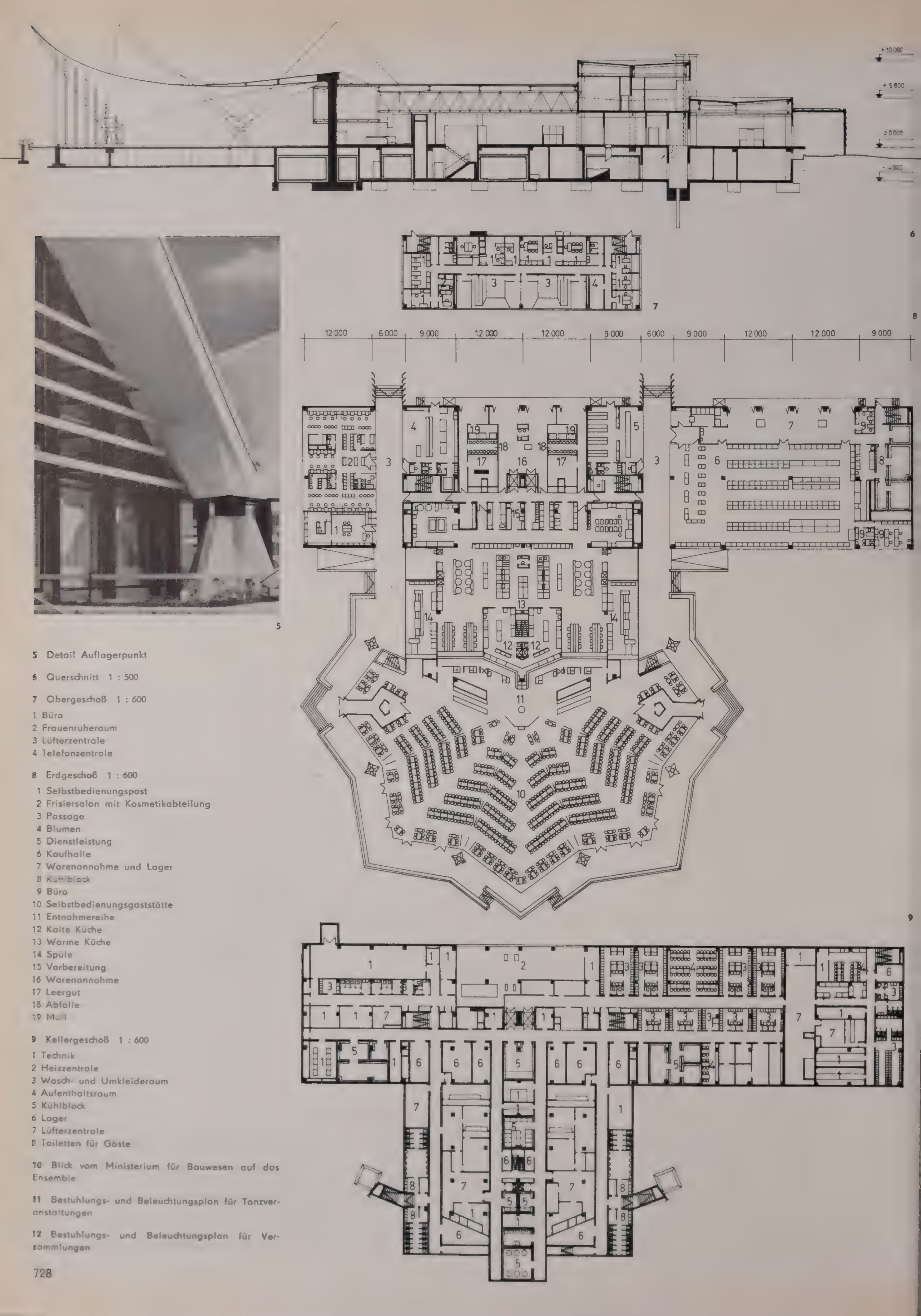
Die eingeschossige Bauweise hatte zur Folge, daß die Dachflächen zum Teil schon aus der Fußgängerebene, mehr noch aber von den umliegenden Hochhäu-

Kennzahlen

Umbauter Raum	55 214 m³
Bruttofläche	11 550 m²
Nettofläche	11 200 m²
Nutzfläche:	
Gaststätte	1 582 m²
Kaufhalle	640 m²
Frisiersalon	[illegible]
Dienstleistungsannahmestelle	[illegible]
Blumenladen	[illegible]
Selbstbedienungspoststelle	[illegible]
Bestuhlungsvarianten Gaststätte	
Selbstbedienungsgaststätte	[illegible] Plätze
Tanzveranstaltung	[illegible] Plätze
Versammlung	[illegible] Plätze



4



5 Detail Auflagerpunkt

6 Querschnitt 1 : 500

7 Obergeschoß 1 : 600

1 Büro
2 Frauenruheraum
3 Lüfterzentrale
4 Telefonzentrale

8 Erdgeschoß 1 : 600

1 Selbstbedienungspost
2 Frisiersalon mit Kosmetikabteilung
3 Passage
4 Blumen
5 Dienstleistung
6 Kaufhalle
7 Warenannahme und Lager
8 Kühlblock
9 Büro
10 Selbstbedienungsgaststätte
11 Entnahmereihe
12 Kalte Küche
13 Warme Küche
14 Spüle
15 Vorbereitung
16 Warenannahme
17 Leergut
18 Abfälle
19 Müll

9 Kellergeschoß 1 : 600

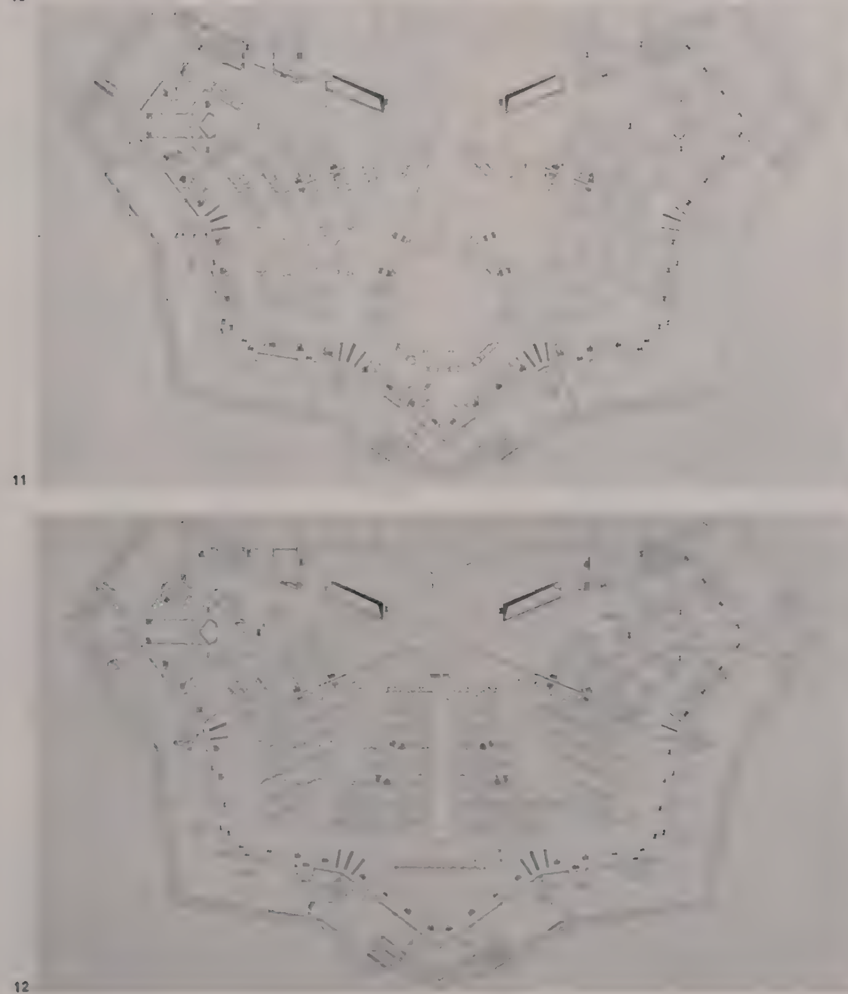
1 Technik
2 Heizzentrale
3 Wasch- und Umkleideraum
4 Aufenthaltsraum
5 Kühlblock
6 Lager
7 Lüfterzentrale
8 Toiletten für Gäste

10 Blick vom Ministerium für Bauwesen auf das Ensemble

11 Bestuhlungs- und Beleuchtungsplan für Tanzveranstaltungen

12 Bestuhlungs- und Beleuchtungsplan für Versammlungen

10



11

12

sern aus sichtbar sind. Deshalb mußte der Oberflächenbehandlung der Dächer besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das ohnehin durch seinen Dachaufbau bauphysikalisch erforderliche zweischalige Dach der Schalenkonstruktion (Stahlbetonschale, zwischengelegte Schall- und Wärmeisolierung sowie Holzschalung) ist als Aluminium-Doppelfalzdach ausgebildet. Auf alle übrigen Dächer wurde erstmalig weißer Marmorsplitt aufgestreut und eingewalzt.

Ausbau

■ Gaststätte

Beim Betreten des großen Gastraumes wirken sofort zwei große und bestimmende Eindrücke auf den Besucher:

- der sich strahlenförmig neigende Deckenbereich über ihm und
- der im ganzen Halbkreis mögliche Ausblick durch die klar gegliederte Fassade.

Der Raum erscheint größer und weiter, als man es von außen vermutet. Die starke Betonung liegt im Deckenbereich. Die dynamische Form wird durch die plastischen Lüftungskanäle im Bereich der fallenden Krümmungslinien noch hervorgehoben. An diesen Kanälen entlang verlaufen auch die Lichtbänder mit ihrer klaren Rasternetzverkleidung, wodurch bei abendlicher Beleuchtung diese Linienführung noch unterstrichen wird. Die gesamte Decke wurde mit Schallschluckmatten ausgekleidet.

Als weiterer Gestaltungsschwerpunkt ist die Glasfassade zu nennen.

Ihre klare Gliederung wird durch die inneren und äußeren Sonnenschutzelemente bestimmt. Diese umschließen horizontal umlaufend und in der Höhe gestaffelt die gesamte Fassade. Ihre natur-eloxierten Blenden stehen in wirkungsvollem Gegen-



13 Blick in die Großgaststätte

14 Sitzgruppe in der Gaststätte

15 Blumenladen

16 Blick in die Kaufhalle

17 Kassenzone

13
14 15
16 17







18 Dienstleistungs-Annahmestelle

19 Blick in eine der Passagen

20 Frisiersalon

21 Selbstbedienungsposttstelle


18


19

satz zu der dunkel zurücktretenden Fassadenkonstruktion.
Erwähnenswert ist noch der sich in den Raum schiebende, von der Schale durch ein Lichtband gelöste Küchentrakt, der als abgeknicktes Giebeldreieck den Bereich der tiefliegenden Selbstbedienungsreihen ankündigt.
Der Stabparkettfußboden steht mit dem Holzeinbau in Esche in gutem Einklang.

■ Kaufhalle

Sie ist zweckentsprechend in das Ensemble einbezogen. Die lang durchgehende Fensterfläche in der Passage gibt den Einblick von der vorderen Kassenzone bis in die Tiefe des Verkaufsraumes frei. Wie auch hier, wurden im gesamten Erdgeschoß Aluminium-Kassettendeckenelemente verwendet, die entsprechend den Erfordernissen luftführend oder schallabsorbierend ausgebildet wurden. Der Betonwerksteinfußboden setzt sich in der Passage als Terrassenbelag fort und bildet eine gestalterische Einheit.

■ Frisiersalon

Auch hier ist die Einheitlichkeit der Passage mit ihren großen Schaufensteranlagen konsequent fortgesetzt worden. Auch bei maximaler Raumausnutzung bietet er Komfort und Bequemlichkeit, nicht zuletzt wegen seiner Holzverkleidung mit Palisanderfurnier. Kosmetikkabinen, Garderobe und angenehme Warteplätze laden den Kunden ein.


20

Haustechnik

Gaststätte, Kaufhalle und Frisiersalon sind lüftungstechnisch angeschlossen. Die Gaststätte ist teilklimatisiert, sie wird in den Sommermonaten mit gekühlter Luft versorgt, was auch für den Kassenbereich der Kaufhalle zutrifft. Das Wasser zur Kühlung der Luft wird aus Tiefbrunnen entnommen.
Gaststätte und Kaufhalle wurden mit einer elektronischen Beschallungsanlage ausgerüstet. Alle anderen haustechnischen Anlagen – wie Heizung, Sanitäranlagen, Niederspannungsanlagen, Beleuchtung und Informationsanlagen – entsprechen den technischen Erfordernissen.


21

Zur Entwicklung neuer Lösungen für den Bau von allgemeinbildenden Oberschulen

Dr.-Ing. Jürgen Grundmann, Architekt BdA/DDR
Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR
Dipl.-Ing. Isolde Andrä, Architekt BdA/DDR
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur
Dipl.-Ing. Georg Mees
Bauakademie der DDR
Institut für Wohn- und Gesellschaftsbau
Bauingenieur Heinz Barth, Architekt BdA/DDR
VE Wohnungsbaukombinat Erfurt
unter Mitarbeit von
Oberingenieur Werner Prendel, Architekt BdA/DDR
Helmut Doberstein, Architekt BdA/DDR
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur



1

Gegenwärtig wird gemeinsam von der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR, Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung, der Bauakademie der DDR und vom Erzeugnisverantwortlichen für Schulbauten, Wohnungsbaukombinat Erfurt, an einer neuen Schulbauserie gearbeitet, die aus Projekten für ein- und zweizügige Oberschulen und für vierzügige Schulkomplexe besteht. Es ist vorgesehen, daß diese Projekte schrittweise ab 1975 gebaut werden sollen.
Obwohl die Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, soll mit dem folgenden Beitrag eine Zwischeninformation gegeben werden, da die Beiträge von Trauzettel und Freudenstein in „deutsche architektur" 12/72 eventuell Anlaß zu falschen Schlußfolgerungen gegeben haben könnten. d. V.

Das Ziel aller bildungspolitischen und pädagogischen Maßnahmen in der DDR besteht darin, allseitig entwickelte, sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden, die die Qualitäten eines politischen Kämpfers mit hoher Bildung, hohem Kulturniveau und körperlicher Leistungsfähigkeit in sich vereinen.
Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule hat hierfür die wichtigsten Grundlagen zu legen. Wie auf dem VIII. Parteitag der SED, auf der ersten zentralen Direktorenkonferenz und anderen Höhepunkten des gesellschaftlichen Lebens zum Ausdruck kam, sind auf diesem Gebiet große Erfolge zu verzeichnen. Die Leistungsfähigkeit unserer Schule ist gewachsen, und es bestehen alle Voraussetzungen, um Qualität und Effektivität der Bildung und Erziehung weiter auf jenes Niveau zu heben, das für die entwickelte sozialistische Gesellschaft und beim Übergang zum Kommunismus objektiv notwendig ist.
Zu den bereits geschaffenen materiellen Voraussetzungen gehört der Schulbau.
In den letzten Jahren wurden Tausende Unterrichtsräume neu geschaffen oder modernisiert.
Historisch bedingte erhebliche Niveauunterschiede zwischen Stadt und Land, einzelnen Kreisen und Gemeinden konnten weiter abgebaut werden.
Insgesamt wurde ein solcher Stand erreicht, der es ermöglichte, den Übergang zur allgemeinbildenden zehnklassigen Oberschulbildung zu vollenden.

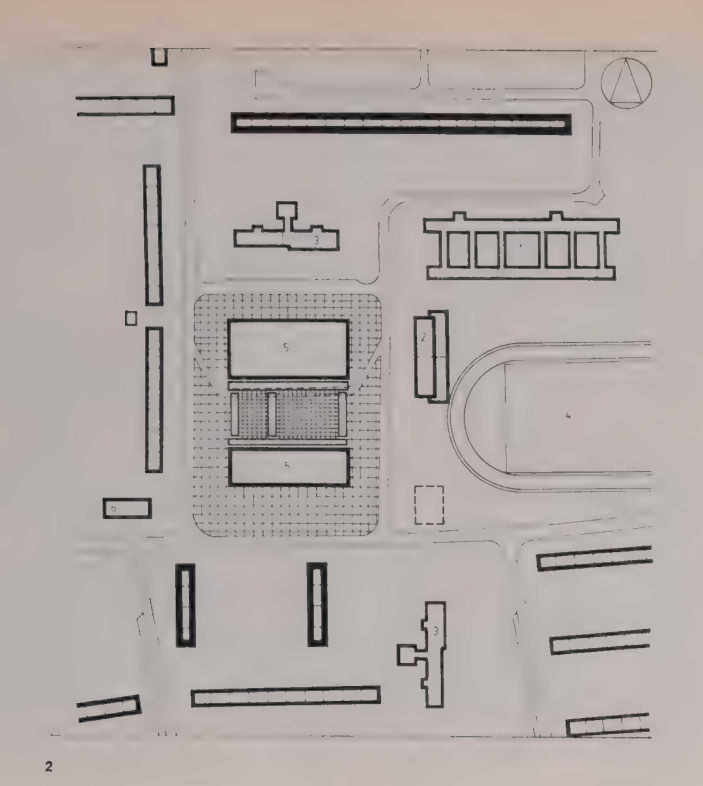
Mit der Ausarbeitung neuer Schulbaulösungen wird die bisherige Entwicklung kontinuierlich fortgesetzt. Dabei steht die Aufgabe, die in der Perspektive zur Verfügung stehenden bautechnischen, ökonomischen und gestalterischen Möglichkeiten so zu nutzen, daß ein wesentlicher Beitrag zur weiteren inhaltlichen Ausgestaltung der Oberschule, das heißt zur Erhöhung der Wirksamkeit des pädagogischen Prozesses, geleistet wird.
Die neuen Schulbaulösungen müssen die vollständige Umsetzung der im Bildungsgesetz, Lehrplanwerk und anderen Dokumenten enthaltenen Zielstellung für den ganztägigen Bildungs- und Erziehungsprozeß optimal gewährleisten und stimulieren. Sie müssen gleichzeitig die sich aus neuen gesellschaftlichen Erfordernissen ergebende, teilweise konzeptionelle Weiterentwicklung berücksichtigen und im Rahmen der heutigen Möglichkeiten für künftige qualitative Veränderungen offen sein.
Entwicklungen im Schulbau sind immer im Zusammenhang mit den realen Bedingungen der Bauproduktion in den Kombinaten und mit den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu sehen. Die baulichen Grundpositionen einer neuen Schulbaureihe durften daher nicht nur spezifisch für diese Bauwerkskategorie definiert werden, sondern mußten Bestandteil der komplexen Entwicklungslinie der Bauweisen sein. Diese Grundrichtung und Zielstellung einer einheitlichen staatlichen Baupolitik ist in der Wohnungsbauserie 70 (WBS 70) fixiert, die als Ordnungssystem für den komplexen Wohnungsbau die Erzeugnisse des Wohnungs- und Gesellschaftsbaues umfaßt und auf eine weitgehende Nutzung vorhandener und zu rekonstruierender Vorfertigungswerke orientiert.
Zur Bauweisenentwicklung für den Gesellschaftsbau in der WBS 70 erfolgt nach vorliegender Bestätigung der Entwicklungsrichtung durch das Ministerium für Bauwesen demnächst eine gesonderte Veröffentlichung in der Schriftenreihe der Bauforschung, Reihe Wohn- und Gesellschaftsbauten. Zielstellung dieser Entwicklung ist, die Wandbauweise (WBS 70) und Stahlbetonskelettbauweise (SKBS 75) modular, konstruktiv und technologisch so aufeinander abzustimmen, daß bei effektiver Ausbildung des Elementesortiments für Trag- und Umhüllungskonstruktionen und den Ausbau beide Bauweisen einschließlich ihrer Kombination die vielfältigen Anforderungen des Gesellschaftsbaus erfüllen. Mit der Unifizierung und Integration der Bauweisenentwicklung ist eine technologische wie auch territoriale Abstimmung der Vorfertigung entsprechend den Produktionsprofilen der Wohnungsbaukombinate und der zentralgeleiteten Betriebe des Betonleichtbaukombinates verbunden.

In diesem Zusammenhang übt die Schule als Massenbau einen maßgebenden Einfluß auf die Sortimentsentwicklung aus und ist deshalb für die Erprobung der neuen Bauweise für den Gesellschaftsbau in der WBS 70 zur Einführung einer einheitlichen technischen und technologischen Politik in den Baukombinaten der DDR vorgesehen. Hierbei gilt es, alle Faktoren zu nutzen, die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und der baulichen Qualität führen.

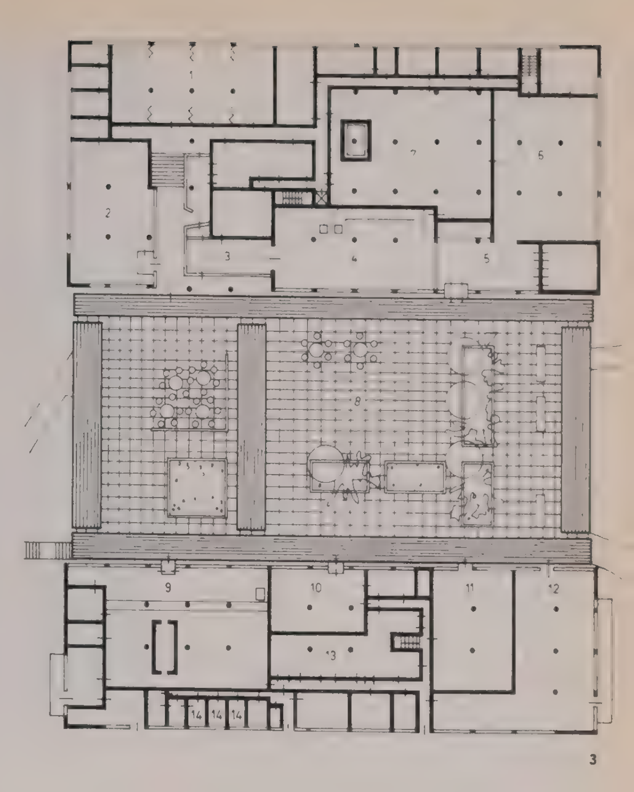
Die Erstanwendung der neuen Schulbaulösung, einer zweizügigen polytechnischen Oberschule, ist im Bezirk Erfurt vorgesehen.

Die Einführung der gesamten Schulbaureihe in den übrigen Bezirken der DDR wird sich nicht isoliert und gleichzeitig vollziehen, sondern schrittweise in Abhängigkeit von den bezirksspezifischen Bedingungen der Rationalisierung und Rekonstruktion der Grundfonds der Kombinate für die Einführung der komplexen Wohnungsbauserie 70.

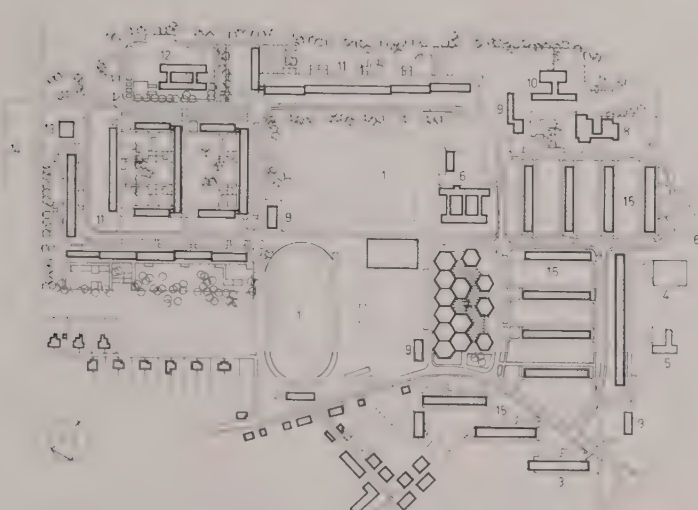
Die Entwicklungsarbeiten zur Bauweise wie zum Schulbau verlaufen parallel und stehen in enger Wechselbeziehung. Aus den gegebenen Möglichkeiten des Konstruktionsprinzips, Plattenbau, Skelettbau oder kombinierter Platten-Skelettbau, wurde für das Erstprojekt zunächst der Plattenbau gewählt, da er die günstigsten Voraussetzungen zur Produktivitätssteigerung enthält. In welchem Maße auch der Skelett- bzw. Mischbau angewendet wird, kann sich erst aus der Analyse der Erstanwendung sowie aus konkreten territorialen Bedingungen bei der Einführung dieser Bauweisen ergeben.

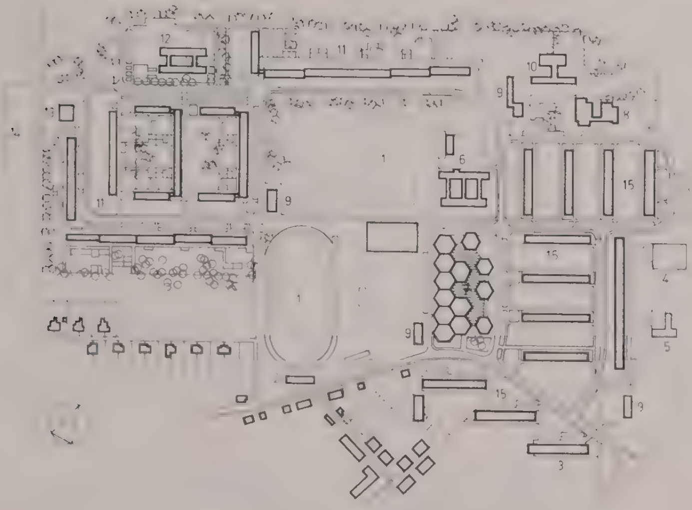


2



3







Das Versorgungszentrum „Hans Beimler" in Karl-Marx-Stadt

1
Blick auf den Haupteingang

2
Städtebauliche Übersicht
1 Polytechnische Oberschule
2 Sporthalle
3 Kindergarten, Kinderkrippe
4 Sportflächen
5 Versorgungszentrum
6 Ambulanz

3
Grundriß
1 Klub
2 Bibliothek
3 Café
4 Selbstbedienungsgaststätte
5 Halle
6 Mehrzweckraum und Schülerspeisung
7 Küche
8 Innenhof
9 Dienstleistungen
10 Sparkasse
11 Friseur
12 Post
13 Personalräume
14 Büro

4

5

Wohnkomplexzentrum Hermsdorf

4
Städtebauliche Übersicht
1 Werner-Seelenbinder-Sportstätte
2 Gaststätte
3 Tankstelle
4 Kombinierte Kindereinrichtung
5 Kindergarten
6 20-Klassen-Schule
7 Versorgungszentrum
8 elfgeschossige Bauten
9 Schulhort
10 20-Klassen-Schule mit Turnhalle
11 fünfgeschossige Wohnbebauung
12 kombinierte Kindereinrichtung
13 zehngeschossiges Punkthaus
14 Reihengaragen
15 vorhandene Wohnbebauung

5
Blick auf das Zentrum. Im Vordergrund das Versorgungszentrum, im Hintergrund rechts die 20-Klassen-Schule

Einige schulpolitisch-pädagogische und räumlich-funktionelle Grundpositionen

Die Weiterentwicklung des Schulbaus ist eine sehr komplexe Aufgabe, durch die in umfassender Weise immer günstigere materielle Bedingungen für die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten geschaffen werden sollen. Die ausgearbeiteten Aufgabenstellungen und Funktionslösungen für die neuen Schulen berücksichtigen deshalb nicht nur die gewachsenen Anforderungen des Unterrichtsprozesses, welche sich unter anderem in der Einführung des Fachunterrichtsraumsystems und der Anwendung moderner Unterrichtsmittel und Geräte der technischen Grundausstattung äußern, sondern sie sind zugleich auch auf die Verbesserung der baulich-räumlichen Bedingungen für die außerunterrichtliche Tätigkeit im Rahmen des ganztägigen Bildungs- und Erziehungsprozesses gerichtet. Dem dienen folgende Veränderungen der neuen Lösungen gegenüber den bisherigen Projekten:

- Vergrößerung der Flächen je Unterrichtsraum auf 65 m² bzw. 78 m²;
- Erweiterung der Raumprogramme durch Aufnahme einiger neuer Elemente (Mehrzweck-Großraum, Raum für zentrale Unterrichtsmittel, Pädagogenarbeitsraum, Zentralgarderobe usw.);
- Optimierung der räumlichen Struktur der Schule nach altersmäßigen und fachspezifischen Gesichtspunkten.

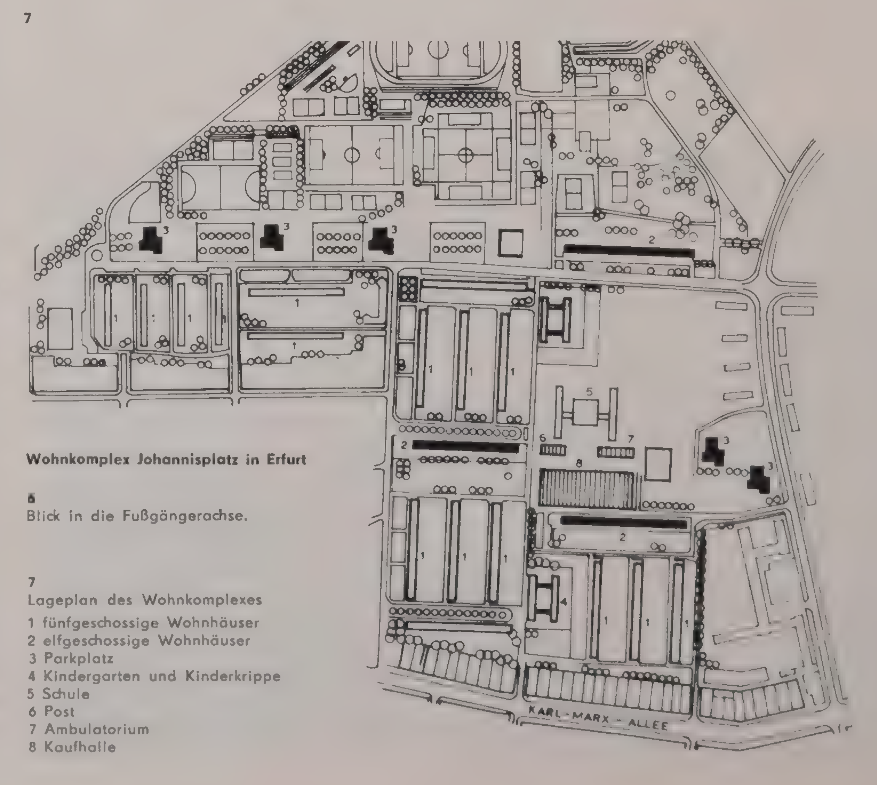
Der Gebrauchswert der neuen Schulbaulösungen wird sich dadurch wesentlich erhöhen, gleichzeitig ist eine Kontinuität zur bisherigen Entwicklung gegeben. Ein hervorzuhebendes Merkmal der kontinuierlichen Schulbauentwicklung in der DDR ist, daß die räumliche Struktur auch der künftigen Schule auf dem Organisationsprinzip der Schülerjahrgangsklasse beruht, welches nach wie vor – wenn auch ergänzt durch andere Organisationsformen – den objektiven Anforderungen des einheitlichen Bildungs- und Erziehungsprozesses am besten gerecht wird. Es gibt zur Zeit keinerlei wissenschaftlich begründete Anhaltspunkte dafür, daß sich diese Struktur – auch nicht durch die zweifellos wachsende Bedeutung der Informationstechnik – wesentlich ändern wird. Für die Erreichung einer höheren Qualität müssen auf der Grundlage der genannten allgemeingültigen Positionen auch die sich aus den territorialen und städtebaulichen Anwendungsbedingungen ergebenden Spezifika unterschiedlicher Schulgrößen pädagogisch voll wirksam gemacht werden. Innerhalb der neuen Schulbauserie stellen deshalb die einzügige Oberschule und der vierzügige Schulkomplex in bezug auf das Raumprogramm und die räumliche Struktur zum Teil erhebliche Modifikationen der als Grundtyp entwikkelten zweizügigen Oberschule dar. So kann beispielsweise bei der einzügigen Schule durch Verwendung von Ergänzungssegmenten und durch die Austauschbarkeit bestimmter Raumgruppen auf die Kapazität und Struktur der Schule entsprechend den differenzierten Bedürfnissen dünnbesiedelter Territorien besser eingegangen werden.

Mit dem Schulkomplex hingegen sollen unter den Bedingungen einer hohen Bebauungsdichte bei Beibehaltung der Vorzüge getrennter zweizügiger Leitungseinheiten pädagogische und ökonomische Vorzüge erreicht werden. Durch Zentralisation von Teilfunktionen und Schaffung eines zentralen Funktionsbereiches werden beim Schulkomplex gegenüber der zweizügigen Schule vor allem folgende potentielle Möglichkeiten für eine Effektivitätserhöhung gesehen:

- Konsequentere Durchsetzung des Fachunterrichtsraumsystems, höherer Spezialisierungsgrad
- verschiedene Nebenfunktionsflächen ergeben bei Konzentration einen höheren Gebrauchswert; durch Vermeidung unnötiger Raumdoppelungen kann ein Teil der Räume anderen, zusätzlichen Funktionen zugeführt werden
- die räumlich-funktionelle Struktur stimuliert die Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Direktoren, Pädagogen und technischen Kräften beider Schulen
- Reduzierung der Erschließungs-, Herstellungs- und Unterhaltungskosten.

Obwohl eingehende Erläuterungen im Rahmen dieses Beitrages hierzu nicht möglich sind, sei noch darauf hingewiesen, daß alle bisher angeführten funktionellen Neuerungen als Nebeneffekt zugleich eine höhere Flexibilität der Schulbauten mitbringen. Das heißt, die neuen Schulbaulösungen werden in stärkerem Maße für perspektivische Veränderungen offen sein, ohne daß damit ein zusätzlicher ökonomischer Aufwand notwendig ist. Bei der Entwicklung der neuen Schulbaureihe darf nicht übersehen werden, daß mit dem Funktionsprogramm der Schule zwar der wichtigste, aber doch auch nur ein Teil der für den ganzheitlichen Bildungs- und Er-


6

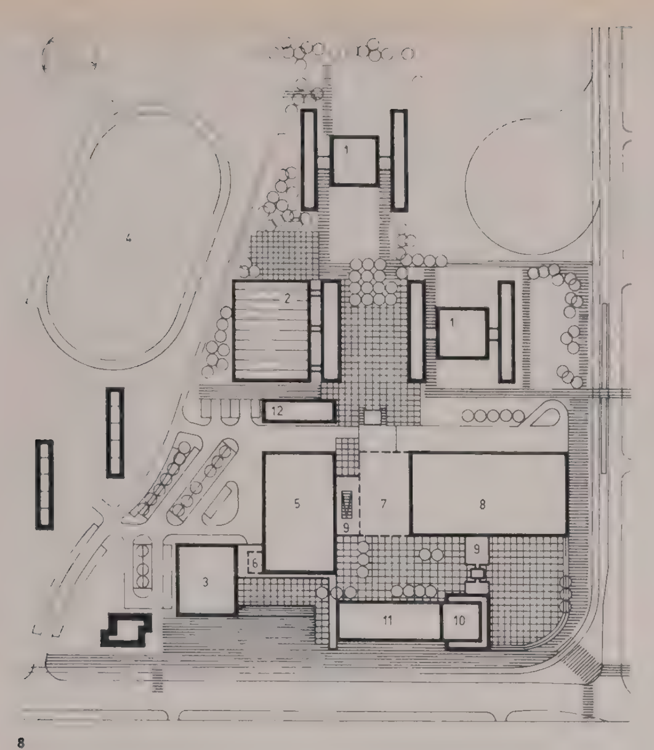


7

Wohnkomplex Johannisplatz in Erfurt

6
Blick in die Fußgängerachse.

7
Lageplan des Wohnkomplexes
1 fünfgeschossige Wohnhäuser
2 elfgeschossige Wohnhäuser
3 Parkplatz
4 Kindergarten und Kinderkrippe
5 Schule
6 Post
7 Ambulatorium
8 Kaufhalle



8

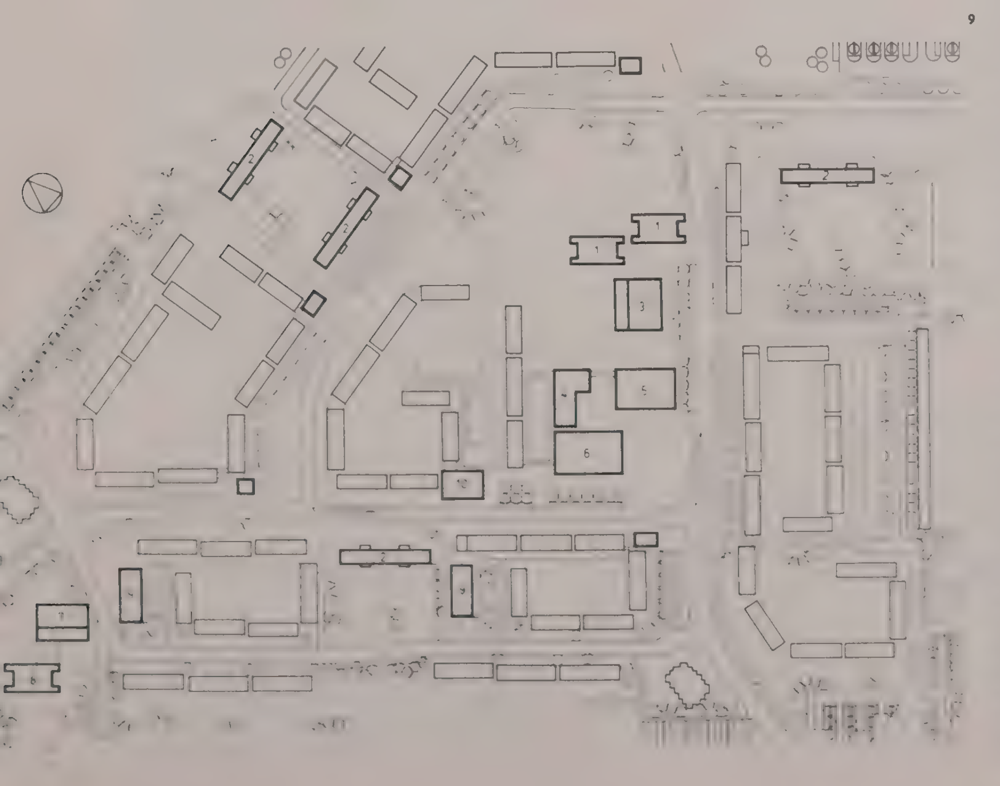
8
Wohngebietszentrum „Riethstraße" in Erfurt
1 vierzügige polytechnische Oberschule
2 Sporthalle
3 Schwimmhalle, Sauna
4 Sportflächen
5 Kaufhalle
6 Blumenladen
7 Post, Sparkasse, Dienstleistungen
8 Mehrzweckgaststätte und Schülerspeisung
9 Terrasse
10 Friseur, Bibliothek, Verwaltung
11 Ambulanz
12 Garagen – Lieferwagen

9
Städtebauliche Übersicht
Planungsfall B
1 und 8 Polytechnische Oberschule (20 Klassen)
2 Kindereinrichtung 180 80
3 Sporthalle
4 Dienstleistungen, Bibliothek
5 Gaststätte, Schulspeisung, Saal, Klub
6 Kaufhalle
7 Turnhalle
9 altersadäquater Wohnraum
10 Gaststätte

ziehungsprozeß benötigten baulich-räumlichen Bedingungen realisiert wird.

Die qualitativ neuen Beziehungen von Schule und Gesellschaft, die sich immer ausgeprägter in der gemeinsamen und arbeitsteiligen Einflußnahme aller Erziehungsträger auf die sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen und die allseitige Förderung und Entwicklung der Talente, Fähigkeiten und Neigungen äußern, machen es dringend erforderlich, die baulichen Anlagen der Schule zusammen mit den übrigen gesellschaftlichen Bauten als Element eines größeren Kommunikationsbereiches zu sehen, zwischen denen enge funktionelle Wechselbeziehungen bestehen und die sich räumlich-funktionell weitgehend ergänzen. Deshalb sollte bereits von der Planung her gesichert werden, daß den Schulen die im Wohngebiet vorhandenen kulturellen Einrichtungen, wie Bibliotheken und Klubräume, die Einrichtungen des Sports (auch Freizeitsportanlagen, Räume für Tischtennis, Gymnastik), Einrichtungen der gastronomischen Versorgung zur Verfügung stehen. Bei der weiteren Entwicklung müßten die einzelnen Gebäude, Gebäudeteile und Freiflächen unter Ausnutzung möglicher Funktionsverflechtungen und -überlagerungen immer stärker funktionell, bautechnisch und gestalterisch aufeinander abgestimmt werden und ein einheitliches Ganzes bilden.

9



Die spezielle Verantwortung der einzelnen Planträgerbereiche für die gesellschaftlich effektive Nutzung der von ihnen verwalteten Gebäude- und Freiflächenanteile wird dabei nicht geschmälert, sondern erfährt im Gegenteil durch die Kooperation eine Erweiterung. Auf das einzelne Bauwerk Schule bezogen dürfen Funktionsverflechtungen und -überlagerungen nicht zu einer Minderung des Gebrauchswertes führen, sondern müssen eine funktionelle Aufwertung bewirken. Möglicherweise bilden sich auch „interkommunikative" Einrichtungen heraus, die in Ergänzung zu den hochgradig spezialisierten gesellschaftlichen Bauten generell von mehreren Planträgern gemeinsam genutzt werden. Die Entwicklung von Mehrfunktionsgebäuden, zum Beispiel für kulturelle Freizeitbetätigung, gastronomische Betreuung und Schulspeisung führt in der logischen Konsequenz bereits in diese Richtung.

Diesen Einrichtungen wären in Abhängigkeit von den konkreten Standortgegebenheiten unter anderem folgende Funktionen zuzuordnen:

- Veranstaltungen im größeren Rahmen, wie kulturelle Darbietungen, Film, Jugendtanz, Schulspeisung;
- Veranstaltung in kleineren Gruppen, wie Ausstellungen, Auftreten von Singegruppen, Diskussion, Begegnung mit hervorragenden Persönlichkeiten, Versammlungen gesellschaftlicher Organisationen;
- vielfältige schöpferische Tätigkeit – individuell und im Zirkel, pädagogische, medizinisch-psychologische Eheberatungen usw.

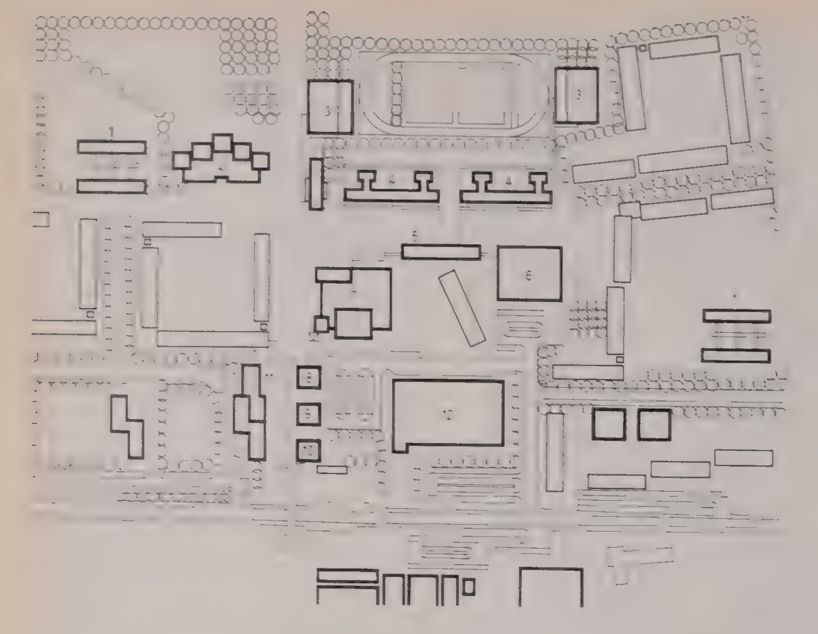
Zu einigen städtebaulichen Problemen

Die dargelegten räumlich-funktionellen Grundpositionen schließen in sich ein, daß die Schule in breiterem Maße als bisher als Bestandteil des Gesamtensembles der gesellschaftlichen Einrichtungen zu planen ist und wirksam wird.

Das legt den Gedanken nahe, das Schulgebäude baulich möglichst intensiv in das gesellschaftliche Zentrum einzubeziehen. Die direkte bauliche Verbindung mit den Zentrumseinrichtungen wäre nur eine von vielen Möglichkeiten. In der Planungs- und Baupraxis geht es darum, die zahlreichen Möglichkeiten, die funktionell und auf Grund der Vielfalt der spezifischen Standortbedingungen und realen Planungssituationen gegeben sind, durch gute städtebauliche Lösungen voll zu nutzen. Für die Entwicklung einer neuen Schulbaureihe bedeutet das, daß Projekte und Objekte eine relativ große städtebauliche Variabilität zulassen müssen. Bei der Einordnung und Gestaltung der Schule ist zu berücksichtigen, daß ihre Bedeutung als sozialistische Bildungs- und Erziehungsstätte der Kinder und Jugendlichen unterstrichen wird.

Für die Zeitaufwendungen gelten Kriterien, die in Weglängen, wie 500 m zu Sporteinrichtungen, 200 m für die Unterstufe und 300 bis 400 m für die Oberstufe zu Speiseeinrichtungen, fixiert sind.

Weitere Kriterien, wie Verbindung der Freizeitanlagen mit den Grünräumen des Wohngebietes oder der Stadt, Verhinderung von Lärmstörungen für die Wohnungen, rationelle Baulandnutzung, gilt es zu berücksichtigen. Topographie des Geländes, Verkehrsanbindung, vorhandene oder mögliche stadttechnische Erschließung, Umfang der in Etappen zur Verfügung stehenden finanziellen und technischen Mittel bringen harte Bindungen für den konkreten Planungsfall. Für den Stadtplaner und Städtebauer ist realistisches Herangehen an die Lösung seiner Aufgaben oberstes Handlungsgebot, um in großem Umfang



10
Städtebauliche Übersicht Planungsfall C

1 Kindereinrichtung 180/80
2 Schulhort, Schulklub
3 Turnhalle
4 polytechnische Oberschule
5 Dienstleistungen
6 Kaufhalle
7 Mensa
8 Bibliothek, Klubraum
9 Friseur, Apotheke
10 Post, Sparkasse
11 Fischverkauf
12 Sporthalle

Mehrzweckgaststätte auf der Grundlage der WBS 70

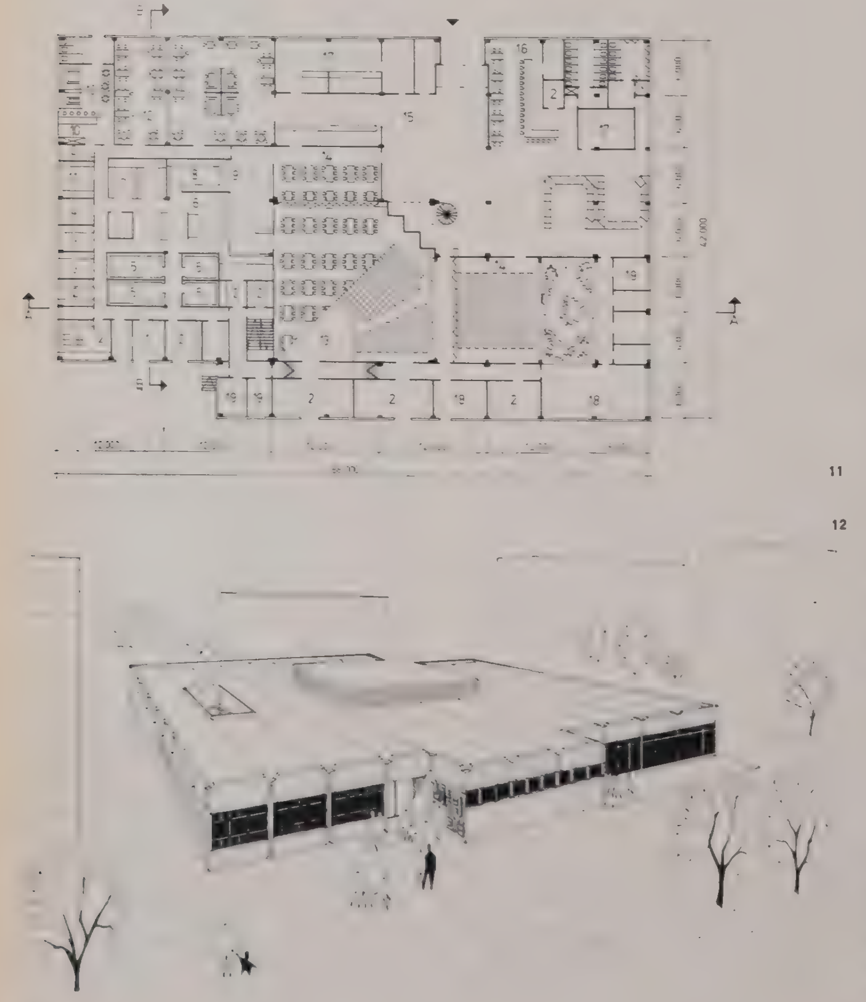
11
Grundriß Erdgeschoß 1 : 750 (Entwurf)

1 Warenannahme
2 Lager
3 Vorbereitung
4 Topfspüle
5 Kühlraum
6 Warme Küche
7 Kalte Küche
8 Geschirrspüle
9 Selbstbedienungsreihe
10 Bierbar
11 Personalspeiseraum
12 Speisenrestaurant
13 Mehrzwecksaal
14 Saalerweiterung
15 interkommunikative Fläche
16 Espresso
17 Garderobe
18 Klub- und Zirkelraum
19 Verwaltung

12
Ansicht der Mehrzweckgaststätte

unter Berücksichtigung der notwendigen proportionalen Entwicklung der Bereiche des Lebens der Gesellschaft günstige Voraussetzungen für die weitere Entwicklung soziaistischer Lebensbedingungen in den Wohngebieten, Städten und Gemeinden zu schaffen.
Realistisches Herangehen bedeutet im einzelnen, auch zu prüfen, welche Baumaterialien, -konstruktionen, -geräte und sogar Projekte für den Zeitpunkt der Ausführung zur Verfügung stehen.

In „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen, Nr. 1/1973" sind verbindlich die Schulbauprojekte genannt, die derzeitig der Produktion zugrundeliegen. Die schrittweise Ablösung dieser Projekte durch neue wird es mit sich bringen, daß einige auch noch nach 1976 angewendet werden und für das Fachunterrichtsraumsystem rationalisierte Projekte, wie TS Erfurt 69, in einzelnen Bezirken wahrscheinlich bis etwa 1980 Grundlage für die Produktion sein könnten.



Viele städtebauliche Planungsvorschläge für die Gestaltung von Wohngebieten in der nächsten Planetappe zeugen vom erfolgreichen Ringen der Städtebauer und Architekten der DDR, den vielfältigen Anforderungen und Bedingungen möglichst optimal gerecht zu werden. In einigen gebauten Beispielen finden wir bereits ausgezeichnete Ansätze eines neuen höheren Niveaus, die für die Weiterentwicklung beachtet werden sollten.

Als gebaute Beispiele vorwärts orientierter Lösungen im Bereich der gesellschaftlichen Einrichtungen muß man nennen die Lösungen in den Wohngebieten:

- Hans-Beimler in Karl-Marx-Stadt (Abb. 1, 2, 3)
- Johannisplatz in Erfurt (Abb. 6, 7)
- Hermsdorf (Abb. 4, 5)

Als noch in Planung befindliche oder teilweise in Ausführung begriffene gute Lösung kann die Konzeption für Erfurt, Riethstraße angesehen werden (Abb. 8, 9).

Unter einer Summe schwierigster Standortbestimmungen und bestimmten einschränkendem Projektangebot wurde der Vorschlag

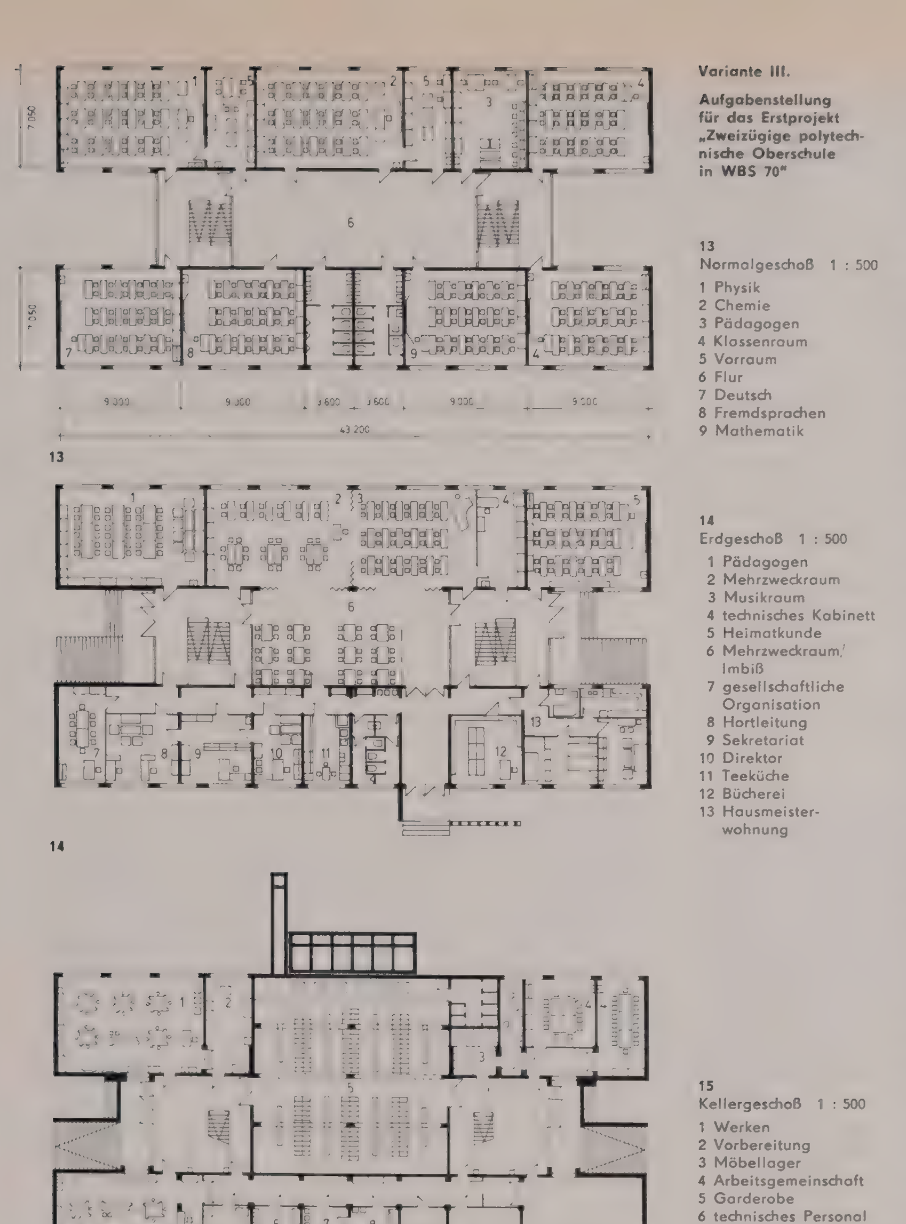
- Planungsfall A (siehe Abb. 4 auf der Seite 742) für einen konkreten Standort im Norden der DDR optimiert. Er widerspiegelt anschaulich die Notwendigkeit und realistisch die Möglichkeit der Ausführung in Etappen entsprechend den zur Verfügung stehenden Investitionen und beinhaltet Zwischennutzungsvorschläge für die einzelnen Bauabschnitte, um im Verlauf des Aufbaues des Wohngebietes eine möglichst umfassende Versorgung und Betreuung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Die Vorschläge für

- Planungsfall B mit Schulen in WBS 70 (Abb. 9) und
- Planungsfall C (Abb. 10)

sind ebenfalls realistische Planungen für die nächsten vor uns liegenden Planungsperioden.

Interessant ist im Planungsfall C, daß Standorte ausgewiesen wurden, die spezielle Einrichtungen für den ganztägigen Bildungs- und Erziehungsprozeß und die außerunterrichtliche Tätigkeit der Kinder und Jugendlichen aufnehmen können.



Variante III.

Aufgabenstellung für das Erstprojekt „Zweizügige polytechnische Oberschule in WBS 70"

13
Normalgeschoß 1 : 500
1 Physik
2 Chemie
3 Pädagogen
4 Klassenraum
5 Vorraum
6 Flur
7 Deutsch
8 Fremdsprachen
9 Mathematik

14
Erdgeschoß 1 : 500
1 Pädagogen
2 Mehrzweckraum
3 Musikraum
4 technisches Kabinett
5 Heimatkunde
6 Mehrzweckraum/Imbiß
7 gesellschaftliche Organisation
8 Hortleitung
9 Sekretariat
10 Direktor
11 Teeküche
12 Bücherei
13 Hausmeisterwohnung

15
Kellergeschoß 1 : 500
1 Werken
2 Vorbereitung
3 Möbellager
4 Arbeitsgemeinschaft
5 Garderobe
6 technisches Personal
7 Ruheraum
8 Arzt
9 Installation

Den hier genannten gebauten Beispielen und Planungsvorschlägen ist gemeinsam, daß die Schulgebäude nahe am gesellschaftlichen Zentrum stehen und kooperierte Einrichtungen für den Bereich Gastronomie und Kultur vorhanden sind. Sogenannte Mehrzweckgaststätten (Abb. 11, 12) spielen in Zukunft eine wichtige Rolle, oft noch weiter verknüpft mit anderen Einrichtungen für Kultur und eventuell auch Sport. Eine gute Grundlage, derartige gemeinsame Investitionen und Nutzungen durch verschiedene Planträgerbereiche zu planen und zu realisieren, geben das in Ausarbeitung befindliche Gesetz über die Verantwortlichkeit der örtlichen Volksvertretungen sowie die „Richtlinie über gemeinsame Investitionen" von der Staatlichen Plankommission, GBl. II, Nr. 59/1972.

Je nach Wohngebietsgröße, Anzahl der im Wohngebiet erforderlichen Schulen und der Topographie des Wohngebietes werden sich nicht überall gleiche Funktionsbeziehungen, -teilungen oder -überlagerungen ergeben. Schülerspeiseeinrichtungen müssen demnach nicht nur in der Form der Mehrzweckgaststätte im Wohngebietszentrum erscheinen, sondern sie können ebenso in unmittelbarer Nähe einer Schule – zum Beispiel bei großen Wohngebieten, wo mehrere Schulstandorte existieren – als selbständige Einrichtung angeordnet sein. In allen Fällen ist jedoch weitestgehend eine hohe Auslastung, beispielsweise durch die ganztägige Arbeit der Schüler, zu sichern und im Bereich der Speisenvorbereitung mit der Wohngebietsgaststätte oder der Großküche zu kooperieren, eventuell auch Kombinationen mit Räumen oder Anlagen für den Sport oder anderem herzustellen, um außer einer hohen Auslastung und einem ökonomischen Einsatz der Investmittel eine Qualitätserhöhung aufgrund eines vielfältigen Funktions- und Raumangebots zu erwirken.

Zur Neuentwicklung von Schulbauten in der WBS 70

Auf der Grundlage des im Erzeugnisgruppenverband abgestimmten Planes Wissenschaft und Technik zum „Forschungsvorhaben Wohnungs- und Gesellschaftsbauten" wurde Ende 1971 die Entwicklung einer Schulbaureihe in der Wohnungsbauserie 70 vom Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau aufgenommen. Ausgangspunkte waren vorliegende Studienentwürfe des Institutes für Städtebau, des WBK Erfurt und der Technischen Universität Dresden (siehe „deutsche architektur „Heft 12/1972) sowie die bestätigte funktionelle Aufgabenstellung des Ministeriums für Volksbildung.

In enger kooperativer Zusammenarbeit der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, Arbeitsstelle Bauten der Volksbildung, dem Spezialprojektanten WBK Erfurt, der Bauakademie der DDR und der TU Dresden erfolgte die Ausarbeitung baulich-funktioneller Lösungsvarianten für eine zweizügige Polytechnische Oberschule. Diese Kapazitätsstufe wurde zunächst für einen Muster- und Experimentalbau ausgewählt, weil an ihr die Grundprobleme neuer funktioneller und konstruktiver Konzeptionen erprobt werden können, ohne mit dem Kompliziertheitsgrad höherer Kapazitätsstufen belastet zu sein.

Zur Entwicklung der Bauwerksvarianten für die zweizügige Polytechnische Oberschule ergaben sich aus der bestätigten funktionellen Aufgabenstellung für die konstruktive Konzeption im wesentlichen folgende Auswirkungen, die zu neuen Baukörperlösungen führten:

- die volle Durchsetzung des Fachunterrichtsraumsystems in Verbindung mit der Vergrößerung der Unterrichtsräume auf 65 m^2 und 78 m^2 bedingt Raumlängen über 7200 mm, so daß die bisher verwendete Querwandbauweise nicht mehr angewendet werden kann. Als Möglichkeiten der Konstruktionslösung verbleiben somit die Wandbauweise mit deckentragenden Längswänden bei einer Deckenspannweite von 7200 mm oder die Skelettbauweise mit Längs- oder Querriegelsystem.
- Kompaktierung der Funktionsbereiche zur Gewährleistung möglichst kurzer und übersichtlicher Verkehrswege für das Fachunterrichtsraumsystem. Das bedingt eine Abkehr von der Sektionserschließung (Schusterprinzip) und Anwendung der Seiten- und Mittelgangerschließung.
- Flexible Raumtrennung im Mehrzweckraum und zwischen dem Unterstufen-Unterrichtsraum und Hortraum. Eine allgemein durchgängige bauliche Flexibilität für die Raumgliederung ist funktionell nicht gefordert und wird auch in absehbarer Zeit für nicht erforderlich gehalten.

Außer diesen funktionellen Bedingungen war für die Bauwerkslösung folgende baulich ökonomische Zielstellung maßgebend:

- Laststufe 6,3 Mp bei möglichst hoher Auslastung,
- hoher Komplettierungsgrad der Elemente,
- Montierbarkeit mit Hebezeugen der Wohnungsbaukombinate innerhalb der Taktstraße,
- montagegerechte konstruktive Ausbildung und Anordnung der Baukörper,
- effektive Zusammensetzung des Elementesortiments.

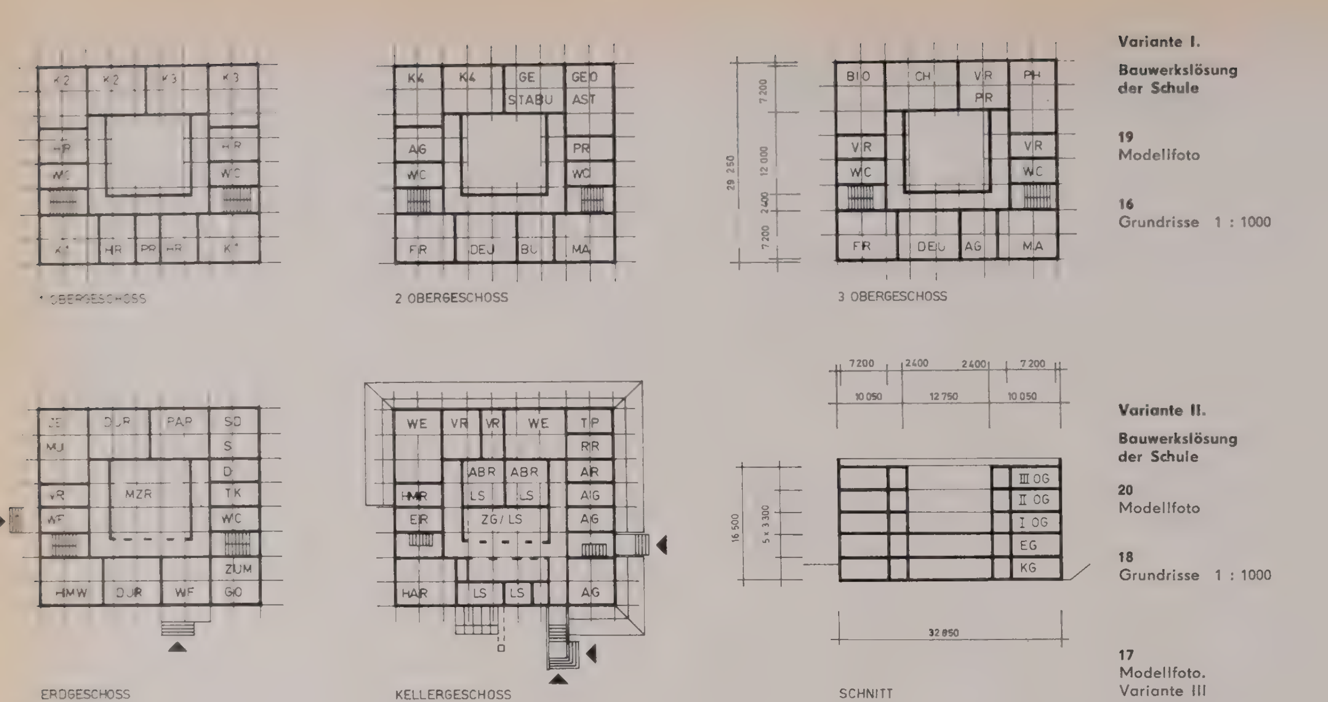
Aus diesen Grundbedingungen wurden verschiedene Varianten entworfen, von denen drei in engere Wahl gezogen wurden.

Durch das WBK Erfurt erfolgte die weitere Bearbeitung der Varianten als konzeptionelle Lösung zur Ermittlung der Vergleichswerte.

Charakteristik der Varianten

Variante I:

Atriumtyp mit erdgeschossig überdachtem Atrium als Mehrzwecksaal. Horizontale Gliederung der Funktionsbereiche (zentraler Bereich, Unterstufe, Mittel- und Oberstufe). Baukörper richtungslos, Unterrichts-



16

Variante I.

Bauwerkslösung der Schule

19
Modellfoto

16
Grundrisse 1 : 1000

Variante II.

Bauwerkslösung der Schule

20
Modellfoto

18
Grundrisse 1 : 1000

17
Modellfoto.
Variante III

räume nach allen Himmelsrichtungen orientiert. Seitengangerschließung der Unterrichtsräume und noch vertretbare natürliche Querlüftung über den Gang.

Variante II:

Zweihüftige Anordnung der Unterrichtsräume mit Mittelgangerschließung, ausgelagerter Mehrzwecksaal als eingeschossiger Hallenanbau, vertikale Bereichsanordnung für Unterstufe und Mittel- und Oberstufe. Zwangslüftung erforderlich.

Variante III:

Zweihüftige Anordnung der Unterrichtsräume an einer hallenartigen mittigen Verkehrsfläche. Die an den Giebeln zurückgesetzten Mittelfelder ermöglichen noch eine Querlüftung und zweiseitige Belichtung eines Großteils der Unterrichtsräume.

Die Mehrzweckhalle ist im Erdgeschoß mit in den Baukörper einbezogen.

Allen drei Varianten liegt die gleiche konstruktive Konzeption der zentralen Bauweisenentwicklung für den Gesellschaftsbau in der WBS 70 zugrunde:

Bauweise:	Wandbau, Stahlbeton Großplatten, deckentragende Längswände.
Grundraster:	7200 mm
Laststufe:	6,3 Mp
Geschoßhöhe:	3300 mm
Gründung:	Streifenfundament, monolithisch
Außenwand:	Großplatte, dreischichtig, d = 310 mm Hauptelement l = 3600 mm
Innenwand:	Großplatte, einschichtig, d = 150 mm Hauptelement l = 4800 mm
Decke:	Hohldecke, schlaff bewehrt, d = 240 mm Hauptelement l = 7200 mm (Übergangslösung)
Dach:	einschaliges Warmdach mit Deckenelementen (Übergangslösung).

Die drei Varianten stellen Alternativen in der Funktions- und Bauwerkslösung dar, deren Vor- und Nachteile anhand einer Bewertung nach technisch-ökonomischen Kennwerten und einer Einschätzung und Wichtung bestimmter Gebrauchswertkriterien herausgearbeitet wurden. Der Vergleich ergab eine annähernd gleich gute Erfüllung der Gebrauchswertforderungen bei allen Varianten, jedoch Vorteile für Variante III in den baulich-ökonomischen und bautechnologischen Kennwerten. Variante III wurde im Rahmen der Ergebnisverteidigung für die Erstanwendung vorgeschlagen und vom Ministerium für Volksbildung bestätigt (Abb. 13, 14, 15).

Derzeitig wird vom WBK Erfurt das Erstprojekt bearbeitet, dessen Baubeginn für das IV. Quartal 1974 vorgesehen ist. Mit der Baudurchführung erfolgt eine Erprobung und Auswertung zur Bauweise und Technologie.

Nach der Fertigstellung ist vor allem eine funktionelle pädagogische Auswertung sowie eine Untersuchung der hygienischen Bedingungen der Belichtung und Belüftungssysteme im Rahmen eines Forschungsprogrammes vorgesehen.

Neben den Entwicklungsarbeiten zum Erstprojekt wurden die Reihenuntersuchungen zur ein- und vierzügigen Polytechnischen Oberschule in Angriff genommen, deren Variantenuntersuchung 1973 durchgeführt wird.

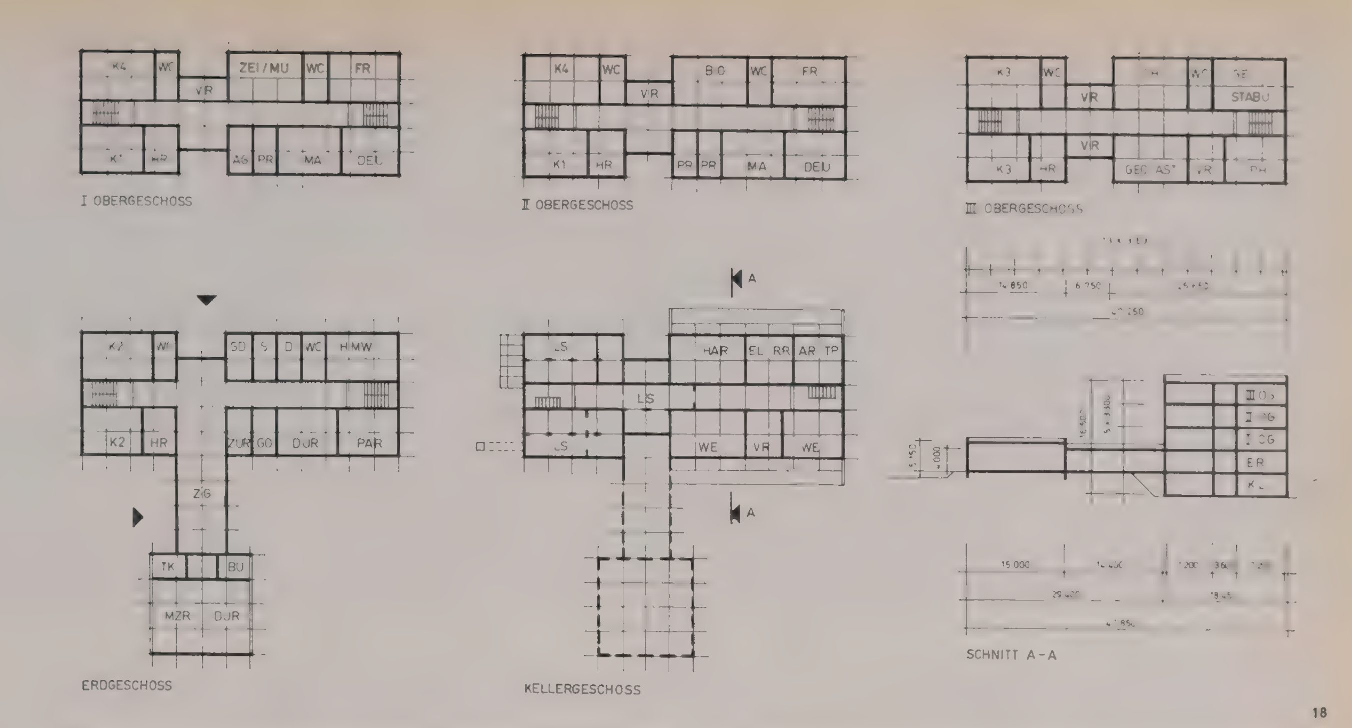
Weitere Aufgaben in Forschung und Entwicklung

Qualitative Weiterentwicklungen auf dem Gebiet des Schulbaues sind aus den Konsequenzen zu erwarten, die sich aus einer engeren Gestaltung der Verbindung von Schule und Leben im Wohngebiet, aus dem sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der sozialistischen Integration ergeben. Dem wachsenden Kulturniveau selbst werden neue differenzierte Bedürfnisse entspringen, für die es noch keine fertigen Leitvorstellungen geben kann.

Deshalb sind weitere wissenschaftliche Untersuchungen und Experimente über einen

17





18

19



20



Kennwerttabelle Rohbau und Ausbau

		Var. I	Var. II	Var. III	TS 69
Bruttofläche	m²	4 363	4 464	4 318	3 998
Verkehrsfläche	m²	828	1 094	969	773
bebaute Fläche	m²	961	1 172	864	956
Dachfläche	m²	924	1 128	816	956
Außenwandfläche	m²	2 578	2 736	2 651	3 279
umbauter Raum	m³	14 713	15 627	14 535	13 766
verschiedene Elemente	St.	67	61	39	120
Elemente gesamt	St.	1 218	1 178	980	2 674
Elemente der Bauweise	St.	1 163	1 047	950	—
Sonderelemente aus vorhandenen Bauweisen	St.	—	63	—	—
Sonderelemente neu zu produzieren	St.	52	68	29	—
Wand/Skelett-Verhältnis	St.	1 181/37	1 167/19	968/18	2 662/12
AZA — Montage (mit L I und Kranbahn)		3 420,0 h	3 179,0 h	2 633,0 h	3 525,0 h
AZA — Ausbau		28 500,0 h	29 000,0 h	27 500,0 h	30 636,0 h
AZA — gesamt		31 920,0 h	32 180,0 h	30 150,0 h	33 150,0 h
Bauzeit — Montage (dreischichtig)		18 Tage (absolute Arbeitstage)	17 Tage (absolute Arbeitstage)	13 Tage (absolute Arbeitstage)	21 Tage (absolute Arbeitstage)
Bauzeit — gesamt (absolute Bauzeit)		135 Tage	140 Tage	125 Tage	161 Tage
Arbeitsproduk.-Montage (mit L I und Kranbahn)		568 645,— M M/AK/Jahr	641 666,— M M/AK/Jahr	691 765,— M M/AK/Jahr	374 529,— M M/AK/Jahr
Beton gesamt	t	3 626	3 587	3 437	3 457
Außenwandelemente	t	1 099	967	944	—
Innenwandelemente	t	704	730	587	—
Deckenelemente	t	1 774	1 841	1 888	—
Sonderelemente	t	48	49	18	—
Beton/Schülerplatz	t	5,0	5,0	4,8	4,8

längeren Zeitraum einzuleiten, mit denen weitgehende Erkenntnisse über die Entwicklungstendenzen der realen Funktionsprozesse gewonnen werden können.

Vielfältige Anforderungen, die sich künftig in verstärktem Maße aus der sozialistischen Rekonstruktion unserer Städte ergeben, müssen berücksichtigt werden.

Mit der Einführung neuer Schulbauprojekte in den nächsten Jahren auf einer weitreichend vereinheitlichten und abgestimmten Produktionsgrundlage ist ein fortlaufender Qualifizierungs- und Rationalisierungsprozeß der Projekte verbunden. Die dabei gewonnenen Erfahrungswerte werden in Verbindung mit schulpolitischen und volkswirtschaftlich begründeten Zielsetzungen die Grundlage weiterer experimenteller Untersuchungen bilden. Darüber hinaus ergibt sich ein großes Untersuchungsfeld zu Problemen und Zusammenhängen hinsichtlich städtebaulich-architektonischer Gestaltung und industriemäßiger Vorfertigungstechnologien im komplexen Rahmen der Bauweisenentwicklungen.

Bei der Weiterentwicklung baulicher Lösungen müssen in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit der Forschungseinrichtungen und Baukombinate neue Wege beschritten werden, die den ganzen Reichtum der sich entwickelnden gesellschaftlichen Beziehungen und Möglichkeiten berücksichtigen. Wichtige Reserven für die Erhöhung der gesellschaftlichen Effektivität sind für jede konkrete Planungsetappe der Volkswirtschaft aufzufinden und auszuschöpfen.



1

Das gesellschaftliche Zentrum im Wohngebiet Greifswald-Schönwalde 2

Dipl.-Ing. Jochen Degenkolb, Architekt BdA/DDR
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Das gesellschaftliche Zentrum im Wohngebiet Greifswald-Schönwalde 2 ist eines der Beispiele, die auf eine neue funktionelle und städtebauliche Qualität bei der Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet gerichtet sind (Abb. 1).
Die vorliegende Lösung wurde in Gemeinschaftsarbeit mit dem Rat der Stadt Greifswald (Stadtplankommission, Büro für Stadtplanung und Stadtarchitekt) und dem Wohnungsbaukombinat Rostock ausgearbeitet und ist Bestandteil der Investitionsgrundsatzentscheidung.
Dieses Wohngebiet hat etwa 17 500 Einwohner einschließlich 1440 Wohnheimplätze für Studenten der Ernst-Moritz-Arndt-Universität.

Das Programm für die gesellschaftlichen Einrichtungen dieses Zentrums wurde durch den Rat der Stadt Greifswald als verbindliche Arbeitsgrundlage bestätigt (Tabelle 1).
Im Vergleich zu anderen Wohngebieten dieser Größenordnungen handelt es sich hier um ein relativ geringes Programm, da wesentliche gesellschaftliche Einrichtungen ihren Standort bereits im Wohngebiet Greifswald-Schönwalde 1 gefunden haben.
Der Lösungsvorschlag geht von folgenden Prämissen aus:

- Gestaltung eines funktionell- und baulich zusammenhängenden Komplexes mit differenzierten städtebaulichen und kommunikationsintensiven Räumen
- Herausarbeitung und Sichtbarmachung der Beziehungen zu anderen Funktionsbereichen des Wohngebietes, wie Bildung, Sport und Erholung
- Größtmögliche funktionelle Komplexität (Integration, Nutzungsverbindung, kooperativer Betrieb) unter Beachtung der örtlichen Bedingungen und Möglichkeiten.

Das Ziel dieser Arbeit ist es:

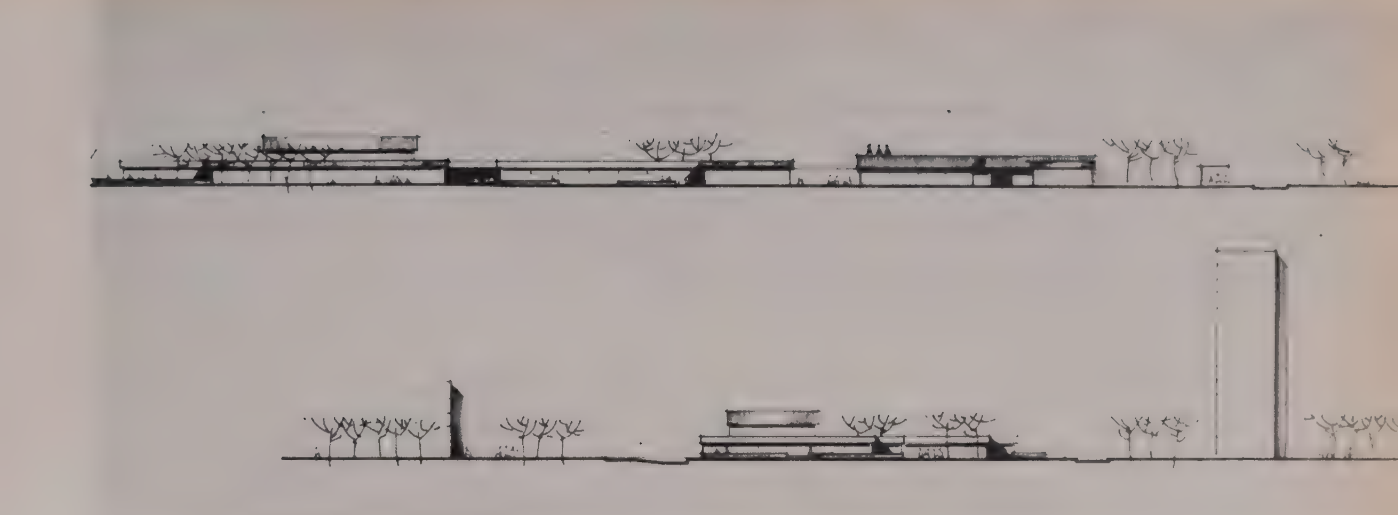
- Die bisher erarbeiteten Forschungsergebnisse durch unmittelbare Mitwirkung am praktischen Beispiel, im Planungs-, Investitions-, Bau- und Nutzungsprozeß zu erproben.
- Eine Erhöhung der Effektivität des gesellschaftlichen Zentrums und im besonderen die Verbesserung der gemeinschaftsbilden-

Tabelle 1 Programm der gesellschaftlichen Einrichtungen und Baustufen zur Realisierung des Zentrums Greifswald-Schönwalde 2

PROGRAMM UND BAUSTUFEN		1. BAUSTUFE		2. BAUSTUFE		3. BAUSTUFE		4. BAUSTUFE	
		5 670 EW + 1 440 STUDENTEN		ca. 9 000 EW + 1 440 STUDENTEN		ca. 12 000 EW + 1 440 STUDENTEN		15 924 EW + 1 440 STUDENTEN	
EINRICHTUNG	KE	NOTWENDIG 1)	ZU REALISIEREN	NOTWENDIG 1)	ZU REALISIEREN	NOTWENDIG 1)	ZU REALISIEREN	NOTWENDIG 1)	ZU REALISIEREN
KK/KG 90/180	STÜCK	2	2	3	1	4	1	5	1
POS	ZUG	2	2	4	2	6	2	6	
TURNHALLE	m^2 SPFL	16,6 x 30	24 x 42	18 x 36				24 x 36	
KAUFHALLE MIT SONDERVERKAUF	m^2 VRFL	475	1 272	710		920		1 200	
MEHRZWECKSAAL 18 x 18 UND SAALERWEITERUNGEN MIT SCHÜLERSPEISUNG	SSPL	150		300	450	450		450	
GASTSTÄTTE	GPL	88		130	120	170		220	
ESPRESSO	GPL				30				
BIERSTUBE	GPL				50				
KLUB	KPL	40		60	100	77		100	
KAFFEE	GPL								40–50
BIBLIOTHEK	Bd	6 800		10 000		13 000		17 000	17 000
FRISEUR	APL	7		10		14		18	18
DLK-ANNAHMESTELLE	m^2 LFL	120		178		230	300	300	
VST OBST UND GEMÜSE	m^2 VRFL	80		120		155	200	200	
VST FISCH- UND FISCHWAREN	m^2 VRFL	20		30		38	50	50	
(ALTSTOFFE)	m^2	60		90		117	150	150	

1) ENTSPRECHEND BESTÄTIGTEN KAPAZITÄTEN
1 440 STUDENTEN ca. 400 EW

→ ZEITWEILIGE ZUORDNUNG ZU ANDEREN EINRICHTUNGEN
▭ GESAMTKAPAZITÄT
- - -→ MITNUTZUNG ANDERER EINRICHTUNGEN
▭ TEILKAPAZITÄT



2

den Wirkung nicht durch die Errichtung zusätzlicher Funktionen zu erzielen, sondern durch kooperative Mehrzwecknutzung das geplante Raumangebot besser auszunutzen und durch bessere Zuordnung der Funktionen den Verflechtungsprozeß zu begünstigen.

Die Randbedingungen für die Zentrumslösung waren in der für die Wohnbebauung bestätigten Bebauungskonzeption vorgegeben, die den Standort des Zentrums und dessen Flächenausdehnung fixierte.

Da die Verkehrserschließung festlag und ein Regenwassersammler vorhanden war, der nicht überbaut werden konnte, blieben nur begrenzte Möglichkeiten für die Organisierung des Anlieferverkehrs und für die Zuordnung der einzelnen Einrichtungen offen.

Gleichzeitig war die städtebauliche Bedeutung des Zentrums als Gelenk und Hauptanbindung zwischen beiden Teilen des Wohngebietes, dem Sportzentrum, dem Volksstadion und dem Naherholungsgebiet am Ostseeviertel sowie seine Lage am Schnittpunkt von zwei Grün- und Kommunikationsachsen einschließlich der unmittelbaren Anknüpfungen an die F 109 zu berücksichtigen (Abb. 2).

Die eingangs erwähnte neue Qualität dieser Lösung kommt besonders neben der Absicht einer einheitlichen Gestaltung, in der Verflechtung der dafür geeigneten Funktionen zum Ausdruck.

Der Schwerpunkt ist dabei der neue Charakter einer Wohngebietsgaststätte, der auf der Basis der Mehrzwecknutzung kulturelle und gastronomische Einrichtungen einschließlich Einrichtungen der Schülerspeisung und des Freizeitsports vereinigt. Das Café ist Bindeglied zwischen Friseursalon und Bibliothek durch die Funktionsverflechtung zwischen Gastronomie, Wartebereich und Leseraum. Einbezogen in die räumliche Komposition wurden Freiplätze und Elemente der bildkünstlerischen Gestaltung (Abb. 3).

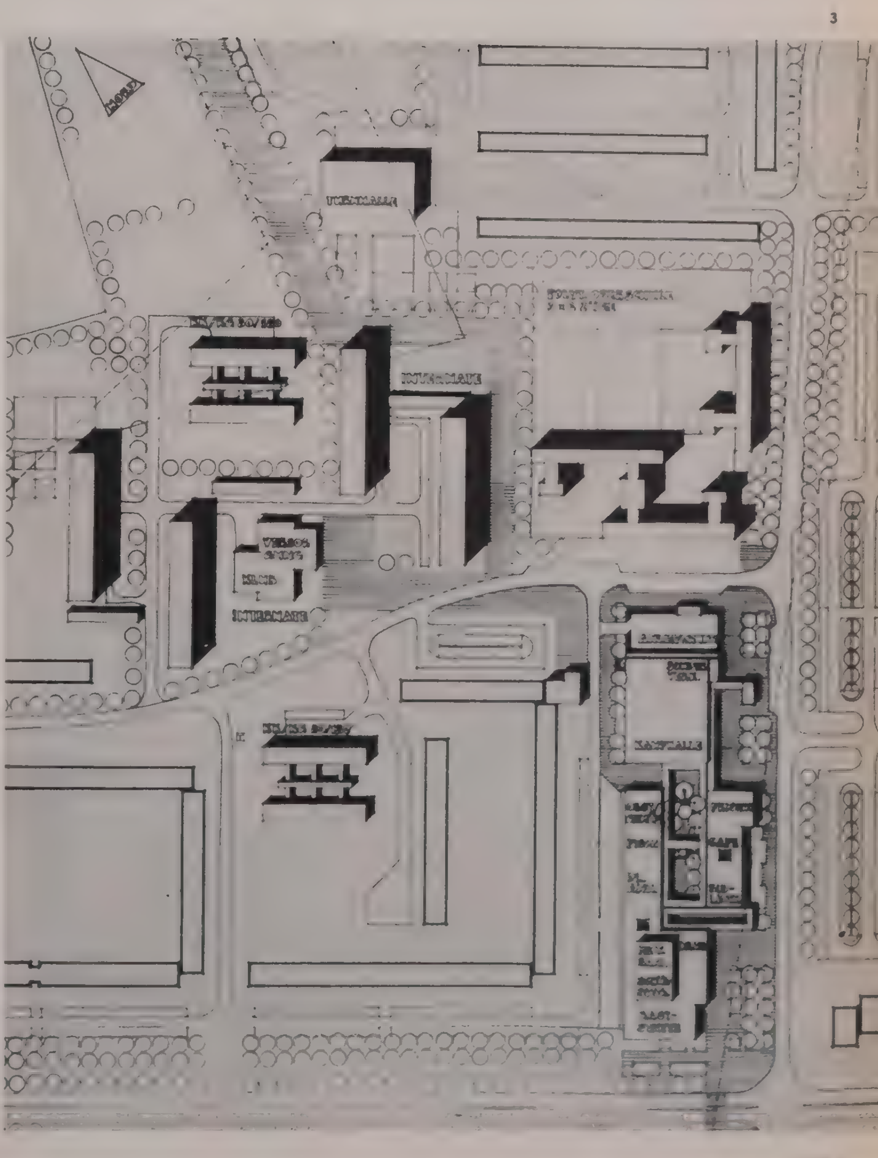
Da zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Lösungsvorschlages noch keine Klarheit über den Realisierungszeitpunkt für das ganze Zentrum bestand, die Kaufhalle aber als erste Einrichtung sofort ausgeführt werden mußte und der Wohnungsbau kontinuierlich weiterläuft, wurden Vorschläge unterbreitet, inwiefern in den einzelnen Bauabschnitten verschiedene gesellschaftliche Einrichtungen bei Nichtauslastung zwischenzeitlich anstelle der noch fertigzustellenden Bauten genutzt werden können.

1 Schaubild des Eingangsbereiches von der Fernverkehrsstraße F 109

2 Abwicklungen

3 Einordnung der gesellschaftlichen Einrichtungen in das Wohngebiet

3



4 Lageplan des gesellschaftlichen Zentrums

1 Kaufhalle	7 Eisverkauf	13 Gaststätte
2 Sonderverkauf	8 Saalerweiterung	14 Friseur
3 Anlieferung	9 Mehrzwecksaal	15 Espresso
4 Obst und Gemüse	10 Küche	16 Bibliothek
5 Fisch	11 Bar	17 Haltestelle
6 Dienstleistungen	12 Klub/Zirkel	18 Kiosk

5 Funktionsschema

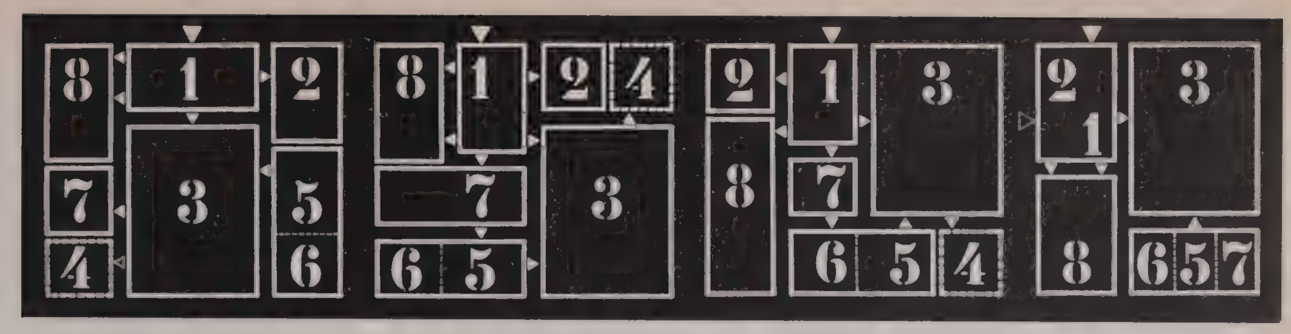
●●● Hauptfußgängerbeziehungen

öffentliches Grün

Bus-Haltestelle

6 Schaubild zur Eingangssituation von der Südost-Seite des Wohngebietes





Schemata der Funktionsordnung

Für zeitgemäße Jugendklubs

Dipl.-Ing. Bernd Fischer, Leipzig

Die große erzieherisch-ideologische Bedeutung, die dem Jugendklub in unserem gesellschaftlich-kulturellen Leben zukommt, ist nicht hoch genug zu veranschlagen. Es gilt, zeitgemäße Klubs zu schaffen, in denen die Jugendlichen sich wohl fühlen und ihre Neigungen und Talente entwickeln können.

Die dieser Zielsetzung am besten entsprechenden räumlichen Bedingungen zu entwickeln, ist eine Aufgabe, die alle Beteiligten — also auch die Architekten — angeht.

Im allgemeinen sind Jugendklubs kleine Kulturhäuser. Auch wenn die Vielzahl von musischen Zweckräumen auf ein Minimum reduziert ist, muß diese Einrichtung im entsprechenden Größenverhältnis, doch in bestimmter Reihenfolge, die Funktionen als Raumteile oder Räumlichkeiten besitzen, die erst eine dauernde Nutzung möglich machen. Wie die Zuordnungsschemata (Abb. 1) zeigen, sind etliche Grundrißvarianten möglich. In diesen Klubs sind im Durchschnitt folgende Funktionsräume mit folgender Grundausstattung notwendig und üblich (die Zahlen gelten für die Abb. 1 und 2):

1 Vorraum: Einlaß (Tisch, Stuhl), Klubordnung, Veranstaltungsplan, Klubbriefkasten

2 Garderobe: Garderobenständer und -schwenkarme

3 Mehrzweck- oder Klubraum (auch mehrere): Sitzgruppen und Tanzfläche (a), Diskothek (b), kleine Imbißbar oder Theke in der Nähe des Küchen-Lager-Teils, Sonderbeleuchtungen, Vorführtechnik, individuelle großflächige Gestaltungselemente

4 Klubleitungsbüro: Kleiner Roll- oder Stahlschrank, Tisch oder Schreibtisch

5 Küche: Geschirrschrank, Anrichte für kalte Küche, Kühlschrank, Getränkeausgabe (Flaschen) mit Kleinkasse

6 Spüle: Doppelspüle, Warmwasserspeicher, Abfallbehälter, bei fehlendem Lager ein Besenschrank

7 Lager: Geräteschrank für Vorführ-, Beleuchtungs- und sonstige Geräte und für Ersatzteile, Schrank für Reinigungsgeräte, Regal für Konserven und Getränkekästen, Ersatzsitzmöbel, Regal für Bücher und Gesellschaftsspiele (oft mit 4 zusammen)

8 Toiletten

Bewährt haben sich jene Jugendklubs, in denen diese Funktionsbereiche in einer räumlichen Einheit untergebracht sind. Das gewährleistet auch die größte Betriebssicherheit. Als günstigste Standorte für die Errichtung von Jugendklubs haben sich Räumlichkeiten unmittelbar in der Nähe von Betriebszugängen oder an häufig frequentierten Verkehrswegen erwiesen.

Ein Klub ist in erster Linie ein Treffpunkt für die Freizeitgestaltung der Jugendlichen. Um ihn jedoch so rationell wie möglich zu nutzen, können die Räume während der Arbeitszeit — zumindest in einer Übergangslösung — als Konferenz- oder Weiterbildungszimmer, als Warte- oder Aufenthaltsräume und zum Teil auch als Kantinen oder Leseräume von Betriebsbibliotheken genutzt werden.

Zusätzliche Aufwendungen für eine sinnvolle Mehrzwecknutzung amortisieren sich für einen Betrieb in moralischer Hinsicht in kurzer Zeit und dienen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen.

Warum nun eigentlich die steigende Zahl von Jugendklubs? Seit einigen Jahren besteht bei vielen Jugendlichen verstärkt der Wunsch nach solchen Einrichtungen. Man könnte sagen: Die Zwei- bis Siebenjährigen brauchen ihren Spielplatz, die 8- bis 16jährigen ihren Tobeplatz und die 14- bis 20- oder 25jährigen ihren Klub. Diese Formel ist nur insofern richtig, als sie einfach ist und den Klub lediglich als **Treffpunkt** ansieht.

Er muß jedoch auch ein **Verweilpunkt** für die betreffende Altersgruppe sein, ein Aufenthaltsort für den einzelnen unter Gleichaltrigen, fern der unmittelbaren Beeinflussung der „Erwachsenenwelt". Das Bestreben, sich selbst zu behaupten, ernst genommen zu werden und einen festen Platz im gesellschaftlichen Leben einzunehmen,

2



3



2
Jugendklub der Leipziger Außenhandelsbetriebe
Grundriß



3
Innenansicht des Leipziger Jugendklubs



4

4
Das Ünglinger Tor in Stendal

5
Mehrzweckinstallationsprofil

6
Stapelbank

7
Selbstgefertigte Sitzmöbel

8
Umbaustudie zum Ünglinger Tor
Grundrisse des Erdgeschosses, des dritten, vierten und fünften Obergeschosses
8b – drittes O. G. 1 = Weinstube
8c/d – viertes und fünftes O. G.
1 = Arbeitsgemeinschaften

9
Ünglinger Tor – Innenraum im zweiten Obergeschoß

10
Umbaustudie zum Ünglinger Tor – Schnitt

führt unterschiedlichste Charaktere zusammen, die außer diesen Zielen zunächst nur ihre gleiche Altersstufe gemeinsam haben.

Bei einer großen Zahl unserer Tanzgaststätten, großen Klubhäusern (wenn keine geschickte Leitung dem Umstand der Differenzierungsnotwendigkeit Rechnung trägt), öffentlichen Freizeitzentren und Sporteinrichtungen bleiben die Jugendlichen gegenüber den älteren, bewußtseinsmäßig und charakterlich gefestigteren jungen Männern und Frauen in der Minderheit und anonym. Sie brauchen ein kleineres Kollektiv Gleichgesinnter, in dem der Jugendliche seine Aufgaben hat, wo er gedanklichen Austausch pflegen kann, wo er durch Gleichaltrige zu den kollektiven Verhaltensweisen der Gesellschaft veranlaßt wird.

Erhard Mai schreibt dazu im „Sonntag" (Nr. 17/73): „Keinesfalls wollen sich die Jugendlichen als Untermieter fühlen. Sie wollen eigene Verantwortung, eigene Rechte und Pflichten!" Sie benötigen also als „Übungsgelände" einen **überschaubaren Erfahrungsraum** für ihre Lebens- und Umweltgestaltung.

Das geschieht am wirkungsvollsten in einem noch überschaubaren Klub für rund 80 bis 120 Jugendliche. Hier kann der einzelne sowohl fest umrissene als auch gelegentliche Aufgaben übernehmen, deren Erfüllung zur Kräftigung seines Selbstbewußtseins führt. Dieses Selbst-Können führt dann auch zum Anleiten und Auffordern passiver Klubmitglieder.
Natürlich schließt die Selbstverwaltung der Jugendlichen nicht das „Unbemerkt-Führen" als Grundzug der Pädagogik aus. Hierbei übt der sozialistische Jugendverband großen Einfluß aus. Doch trotz gut, manchmal kostspielig eingerichteter Jugendklubs, hinreichender Aufgabenverteilung und abwechslungsreichem Programm treten bei den neugegründeten Klubs nach etwa anderthalb bis zwei Jahren gewisse „Ermüdungserscheinungen" auf. Diejenigen, die lange Zeit auf das durch sie Geschaffene, auf das originell-individuell Gestaltete stolz waren, bleiben plötzlich fort, und es macht sich eine gewisse Ruhelosigkeit bemerkbar, ein Suchen nach etwas Unbestimmtem, ein psychisches Unwohlsein, das auch Bewohner monotoner Wohnsiedlungen befällt. Monotonie – das ist es! Unversehens ist die ursprüngliche spezielle Note des Jugendklubs zur Routine geworden.

Um diese Gefahr auszuschließen, gibt es nur zwei Wege: Erstens ein interessantes, abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm und zweitens eine weitgehend variierbare Raumgestaltung. Beide Bedingungen müssen gemeinsam geplant werden, zum zweiten Weg sollte der Architekt Vorschläge anbieten. Er muß sich bei der Gestaltung von folgenden Absichten leiten lassen, die für die meisten Jugendeinrichtungen gelten können:

1. Es ist in den Räumen eine spezielle Originalität zu schaffen, die durch Überraschungseffekte „Phantasie" erzeugt.

2. Die Gestaltung darf nicht durchgehend harmonisch sein, sie sollte vielmehr zum Widerspruch reizen, die Wahrnehmungskritik schulen und zu Veränderungen anregen.

3. Die Raumeindrücke sollten mannigfaltig sein, die Funktionen sollten klar gegliedert und auch bei gestalterischen Veränderungen voll nutzbar sein.

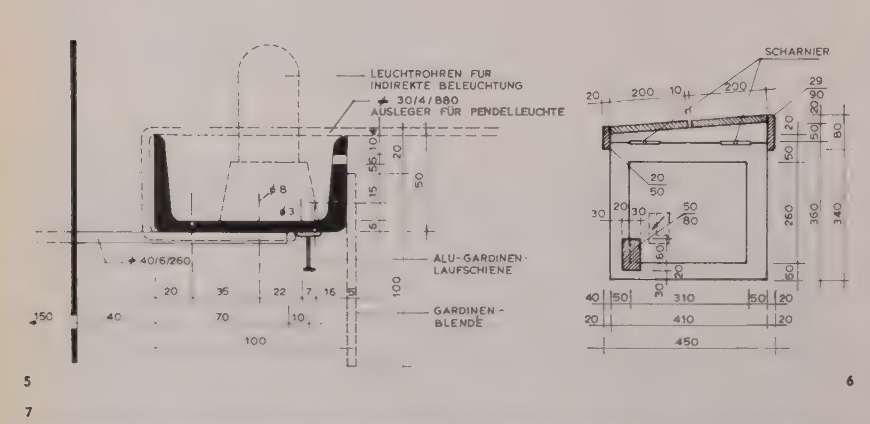
Die Gestaltung der Räume soll die Jugendlichen veranlassen, in zweierlei Hinsicht ihre Aktivitäten auszubilden. Einmal sollen die räumlichen Bedingungen die Aufgeschlossenheit der Jugendlichen für das Klubprogramm und die kollektiven Aussprachen und Diskussionen fördern. Zum anderen sollen diese Bedingungen den Jugendlichen ermöglichen, die räumlichen Gegebenheiten den Erfordernissen ihrer gewachsenen Einsichten und Interessen leicht anzupassen.

Während die in älteren Bauwerken – wie Türmen, Kellern oder Scheunen – untergebrachten Klubs die Möglichkeit besitzen, ihre vielfältigen Aktivitäten in einer Vielzahl von Räumen oder aber auf einer großen Fläche realisieren zu können, sind Jugendklubs – die auch als Mehrzweckräume genutzt werden – darauf angewiesen, über eine Ausstattung zu verfügen, die schnell variierbar ist.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß der Jugendklub im Gegensatz zu einer Gaststätte eben keinen starren Bestuhlungsplan aufweisen soll. In dieser Beziehung sollte ein guter Jugendklub immer ein im positiven Sinn verstandenes Provisorium sein, das sich an jede Situation anpassen kann. Der Jugendliche wünscht nicht Exklusivität, sondern Originalität und Improvisation; nur so kann sein kreatives Verhalten gefördert werden, ohne daß in einer Gruppe Langeweile oder Aggressivität entstehen, die den Zusammenhalt des Kollektivs zerstören können.

Im folgenden seien hier zwei Jugendklubs vorgestellt, die in gewisser Weise als mögliche Modelle für die Errichtung und die Arbeitsweise von Jugendklubs angesehen werden können. Dabei handelt es sich um den FDJ-Jugendklub der Leipziger Außenhandelsbetriebe und zum anderen um den Jugendklub „Ünglinger Tor" in Stendal.

Im FDJ-Jugendklub der Leipziger Außenhandelsbetriebe (Abb. 2 und 3) wurde rund um die Klubräume eine Mehrzweckschiene (Abb. 5) unterhalb der Decke angebracht. In dem U-Profil können die elektrischen Leitungen liegen, die zu den wechselnden Standorten der verschiebbaren Pendelleuchten führen; an das Profil können Leuchtröhren zur indirekten Beleuchtung, Scheinwerfer zur direkten Bestrahlung und Lautsprecher der Diskothek montiert werden.

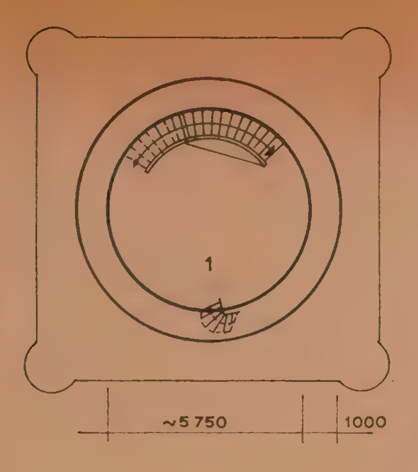


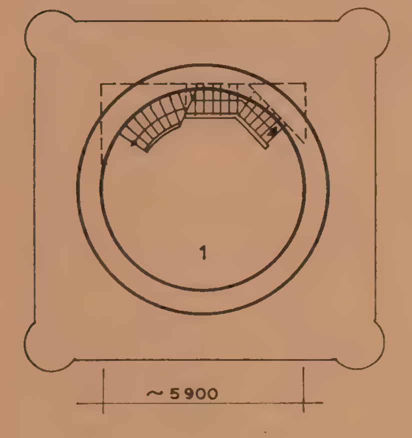
5

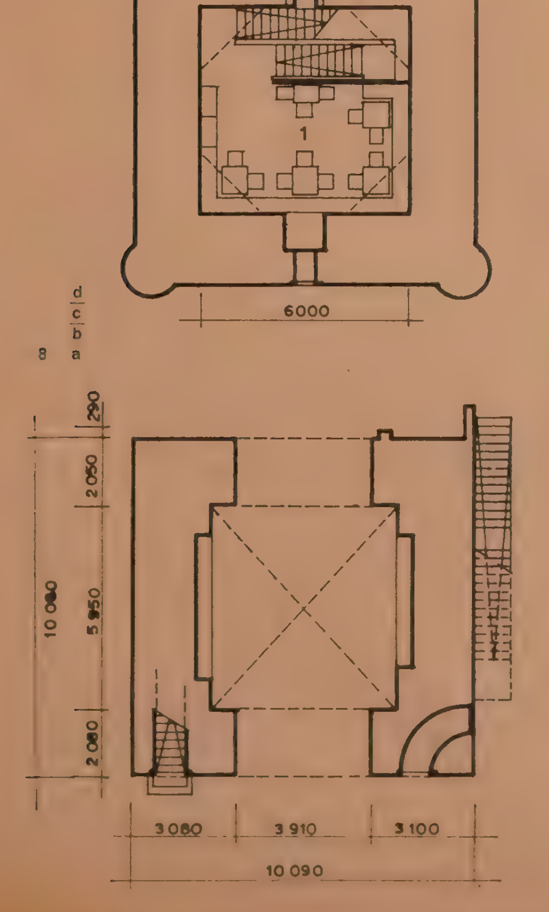
6

7





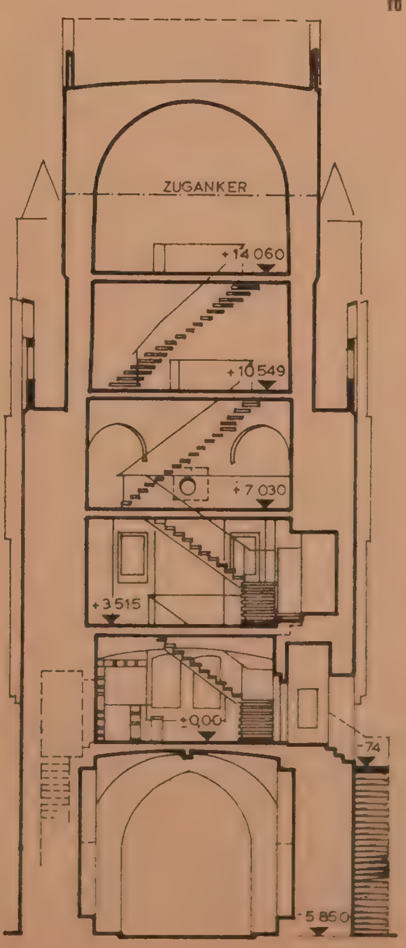






9

Eine Gardinen-Laufschiene kann wechselnde Vorhänge, abgehängte Papierbahnen, die die Projektionsflächen, Regale oder gestalteten Wandflächen verdecken sollen, halten. Von dem Profil können Gestaltungsflächen, Bilder und Girlanden abgehängt werden. Mobile leichte Trennwände, variationsreich zusammenstellbares Mobiliar können kurzfristig neue Raumeindrücke vermitteln. Sind Lagermöglichkeiten vorhanden, sollte man – auch aus Gründen der Mehrzwecknutzung – leicht stapelbare, selbst anzufertigende Möbel anschaffen. Abbildung 6 zeigt als Beispiel eine Bank mit einklappbarem Fußrahmen. Es ist auch möglich, Sitze aus Baumstümpfen, alten Fässern oder Eimern zu fertigen, die man farbenfreudig bemalt und mit einem aus Flicken zusammengesetzten Kissen versieht (Abb. 7). Solch billiges Inventar kann nach seinem moralischen Verschleiß weggeworfen und durch andere Dinge ersetzt werden. Als Tanzfläche kann wie im angezogenen Beispiel eine verschiebbare, aus mehreren Teilen zusammengesetzte Sperrholzplatte dienen, deren Dicke fünf bis zehn mm beträgt (Durchmesser 3 bis 4 m).



Nicht unerwähnt bleiben soll eine Möglichkeit, die Betriebe, Institutionen und Gemeindevertretungen für die Jugend nutzen sollten. In vielen Orten stehen historische, auch denkmalgeschützte Bauwerke vergangener Zeit, die zwar einmal renoviert wurden, aber nun ohne lebendige Nutzung und ständige Pflege wieder Merkmale des Zerfalls zeigen. Aufgrund ihrer baulichen Struktur eignen sich diese Bauwerke oft vorzüglich zum Ausbau für einen Jugendklub.

Wenn man dabei bedenkt, daß durch die Übernahme solcher Objekte seitens der FDJ-Organisationen bestimmter Betriebe der Ausbau und die Pflege eines historisch wertvollen Bauwerkes gesichert werden kann ist eine solche Maßnahme auch volkswirtschaftlich nur anzuraten.

Als Beispiel sei hier die lobenswerte Initiative eines Stendaler Betriebes und des Rates der Stadt Stendal erwähnt, die auf Grundlage einer Studie des Verfassers für einen Jugendklub einen mittelalterlichen Torturm der Stadt zum Jugendobjekt erklärt haben.

Dieses „Ünglinger Tor" (Abb. 4) soll völlig entkernt werden. Neue Decken und Treppen gliedern die Räume in der Vertikalen. Der Grundriß der Innenräume verändert sich vertikal vom Quadrat über das Achteck bis zum oberen Kreis. Damit wechselt auch das Erscheinungsbild der Treppen, dem dominierenden Element, das den Charakter des Turmes unterstreicht (Abb. 8). Von den fünf Etagen sollen nur das erste und dritte Obergeschoß mit festem, allgemein üblichem Mobiliar ausgestattet werden, während die übrigen Geschosse nach den dargelegten Grundsätzen nur in ihrer Substanz hergerichtet werden und sonst für die verschiedensten Zwecke disponibel bleiben sollen.

Rationelle stadttechnische Erschließung von Wohngebieten

Dipl.-Ing.-Ök. Ing. Hilmar Bärthel
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Es gibt eine interessante Erscheinung. Diskussionen und Beratungen über die Entstehung neuer Wohngebiete hatten vor noch nicht allzulanger Zeit ausschließlich ihren Schwerpunkt in Fragen der Gestaltung, der Funktion, der Aufteilung der Flächen, der Anordnung gesellschaftlicher Einrichtungen usw., während über technische Probleme, wie die Erschließung, meist nur am Rande gesprochen wurde. Heute führen solche Gespräche – ganz gleich, in welchem Kreis und zu welcher Phase der Vorbereitung neuer Wohngebiete sie stattfinden – unbedingt in kurzer Zeit zu Problemen, die mit der stadttechnischen Erschließung zusammenhängen.

Der Begriff „Stadttechnik" – in der Vergangenheit noch ausschließlich Domäne weniger Spezialisten – ist heute Gegenstand der Sorgen und der progressiven Überlegungen nicht weniger Architekten, aber auch von Funktionären örtlicher Räte und vieler anderer Menschen, die verantwortlich an der Realisierung des Wohnungsbauprogramms arbeiten.

Und das ist gut so.

Die Stadttechnik kostet uns Millionen

Mit der Investitionsvorentscheidung wird über volkswirtschaftlich bedeutende Summen beschlossen. Im Durchschnitt der DDR betragen die Kosten des komplexen Wohnungsbaus an einem der 63 größeren Standorte, die ab 1973 bebaut werden, 143 Millionen Mark. Etwa 27 Millionen davon entfallen je Standort auf die Maßnahmen der Sekundärerschließung; Beträge von 6 bis 40 Millionen Mark nimmt die durch den Wohnungsbau ausgelöste Erweiterung von Anlagen und Netzen der Primärerschließung je Standort in Anspruch. Im Prinzip wird also bei jeder Festlegung eines Wohnungsbaustandortes über volkswirtschaftliche Aufwendungen für den Tiefbau mitbeschlossen, die in der Größenordnung von durchschnittlich 30 bis 70 Millionen Mark liegen. Während die Kosten des Hochbaus weitgehend als normierte Festkosten angesehen werden können, sind die Erschließungskosten, wie die o. a. Zahlen zeigen, sehr variabel. Hier liegen große volkswirtschaftliche Einsparungsmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt. Sie werden in dem Maße genutzt werden können, wie sich alle für den Wohnungsbau Verantwortlichen mit dem prinzipiellen Handwerkszeug, den technischen und planerischen Bedingungen progressiver Erschließungslösungen vertraut machen.

Der Sammelkanal hat sich durchgesetzt

Seit der erstmaligen Veröffentlichung der „Grundsätze und Empfehlungen" für die stadttechnische Erschließung von Wohngebieten (1) sind fast 1½ Jahre vergangen. Es ist nützlich, einmal festzustellen, wie weit dieses Gedankengut inzwischen in der städtebaulichen Praxis der DDR Fuß gefaßt hat und welche Erfahrungen in seiner Weiterentwicklung aufgetreten sind.

Zunächst kann man als positive Erscheinung registrieren, daß die immer wieder, vor allem in den örtlichen Räten, aufgetauchten Diskussionen für oder gegen die Anwendung von Sammelkanälen (Finanzierungsproblem) im wesentlichen überwunden sind. Der Sammelkanal als Hauptform der stadttechnischen Erschließung größerer Wohngebiete hat sich durchgesetzt. Sammelkanäle werden trotz der gegenüber der Erdverlegung von Leitungen etwas höheren Investitionskosten überall dort angewendet, wo Wohngebiete ab etwa 700 WE neu erschlossen werden, Fernwärmeversorgung vorgesehen ist (ein wesentliches Kriterium für die Wirtschaftlichkeit des Sammelkanals) und wo die geologischen, hydrologischen und topographischen Verhältnisse nicht schwerwiegende Argumente gegen die Anwendung bieten.

Vom Ministerium für Bauwesen, Abteilung Tiefbau, wurden inzwischen alle Bezirksbauämter beauftragt, Konzeptionen oder Maßnahmepläne für die optimale Erschließung von Wohnungsbaustandorten unter Anwendung der Sammelkanalbauweise aufzustellen. Inzwischen sind in einer Reihe von neueren Bebauungsplänen ausgesprochen gute, rationelle Trassierungen von Sammelkanälen entworfen und zur Bestätigung vorgelegt worden.

Es gab jedoch auch Lösungen, die noch Verbesserungsmöglichkeiten enthielten. In Karl-Marx-Stadt wurde vom Institut für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR für das Baugebiet Helbersdorfer Hang eine Variantenuntersuchung durchgeführt, bei der ohne Veränderung der Gebäudestellung – lediglich durch Verlegung der Haupttrassen, teilweise in die Gebäude hinein – Einsparungsmöglichkeiten von fast 40 Prozent am Erschließungsaufwand nachgewiesen werden konnten (2).

Der Leitungsgang als gleichberechtigtes Element progressiver Erschließungslösungen

Wie die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse zeigen, ist es eigentlich nicht ganz exakt, ausschließlich von der „Durchsetzung der Sammelkanalbauweise" zu sprechen.

Der außerhalb der Gebäude verlegte Sammelkanal ist nur ein Element progressiver Erschließungslösungen. Andere, nicht weniger wichtige Elemente sind Leitungsgänge in der Kellerzone der Wohngebäude, die heute als kostengünstige „Umhüllungsbauwerke" auch für Hauptleitungen der Sekundärerschließung von Wohngebieten eine größere Bedeutung im Erschließungssystem gewonnen haben. Insofern ergibt sich eine Weiterentwicklung der in Heft 41 der Schriftenreihe „Städtebau und Architektur" dargelegten Grundsätze.

An dieser Stelle sei nochmals der Grundgedanke dieser Veröffentlichung ins Gedächtnis zurückgerufen:

Der Sammelkanal ist die Hauptform der stadttechnischen Erschließung größerer Wohngebiete. Er führt das Hauptnetz konzentriert in das Wohngebiet. An seiner möglichst kurzen Trasse sind bedeutende Verbraucher (z. B. die gesellschaftlichen Einrichtungen des Wohngebietszentrums) anzuordnen. Die Versorgung der Wohngebäude erfolgt über Nebennetze, die überwiegend in der Kellerzone der Gebäude zu führen sind (Abb. 1).

Heute müßte dieser Grundsatz etwa wie folgt lauten:

Die Hauptform der stadttechnischen Erschließung größerer Wohngebiete sind in Sammelkanälen und Leitungsgängen geführte Hauptnetze. Die Versorgung der Wohngebäude erfolgt über Nebennetze, die ebenfalls in den Leitungsgängen oder (bei geringer Zahl und Dimension der Leitungen) frei im Keller verlegt sind.

Im Gebäudetyp vorgesehene oder durch Rationalisierungsmaßnahmen neu angeordnete Leitungsgänge stellen also gegenüber Sammelkanälen gleichberechtigte Elemente der Haupterschließung von Wohngebieten dar.

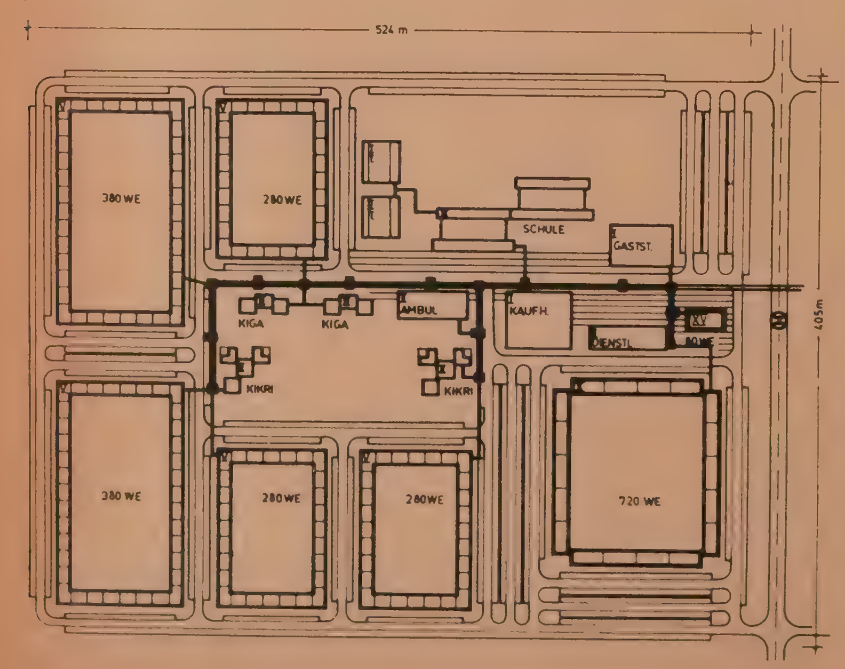
Die zu wählenden Lösungen sind abhängig von den Querschnitten der in den Leitungsgängen unterzubringenden Leitungen und Kanäle, von der hierfür in Verbindung mit dem Städtebauer gemeinsam festgelegten Stellung der Gebäude und natürlich von ökonomischen Vergleichsrechnungen.

Die bauliche Hülle eines Sammelkanals (Trog-Haube) kostet je Meter 1900 bis 2600 Mark, die zusätzlichen baulichen Aufwendungen für 1 Meter Leitungsgang liegen zwischen 300 und 600 Mark. Die Aufspaltung eines Hauptnetzes in zwei oder drei Leitungen, die hauptsächlich innerhalb von Leitungsgängen untergebracht sind, kann also billiger sein als der Bau einer entsprechend langen Sammelkanalstrecke, zumal wiederum die Anschlüsse der Nebennetze kürzer gehalten werden können.

Hieraus wird ersichtlich, daß zur Festlegung optimaler, also kostengünstigste Haupterschließungstrassen immer die gemeinsame Arbeit von Städtebauer, Tiefbauer und Hochbauer erforderlich ist.

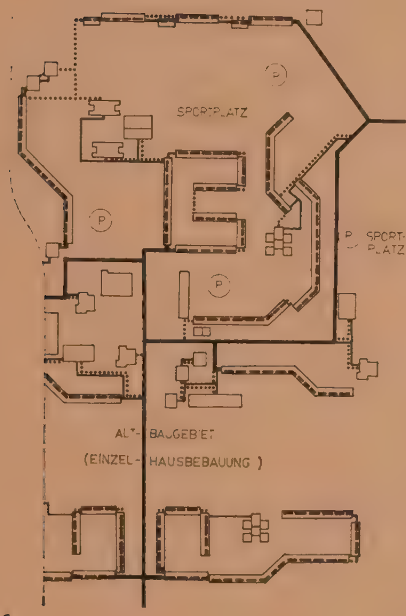
In zwei Beispielplanungen des Instituts für Städtebau und Architektur (3) wurden Kombinationen von Sammelkanälen und Leitungsgängen in überzeugender Weise angewendet.

1

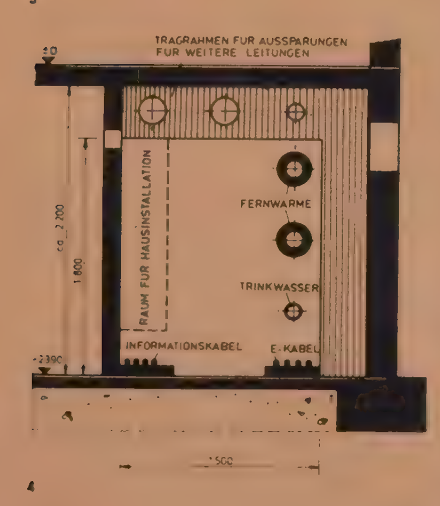




2



3



4

Als gutes Beispiel aus der Praxis des Städtebaues der DDR ist eine für ein Wohngebiet in Eisenach ausgearbeitete Bebauungsplanung anzusehen (Abb. 2).

Die hier vorgesehene, ausgesprochen „tiefbaufreundliche" Bebauung läßt zu:

- Kurze konzentrierte Führung der Haupterschließung im zentralen Bereich des Wohngebietes im Sammelkanal
- Konsequente Fortführung der Haupterschließung in der Kellerzone der Gebäude
- Anschluß gesellschaftlicher und sonstiger einzeln stehender Gebäude durch Erdverlegung der Leitungen

1 Schematische Darstellung der Erschließungslösung für ein Wohngebiet von 2400 WE. Die Führung der Nebennetze in den Kellern der Wohngebäude ist nicht dargestellt (1).

2 Ausschnitt aus einem Beispiel für eine erschließungsgünstige Bebauungsplanung (Eisenach)

Sammelkanal

Leitungsführung in der Kellerzone (= 3 Leitungen)

erdverlegte Anschlußleitungen oder Ringschlüsse

3 Beispiel für eine Bebauungsplanung, die relativ hohen Erschließungsaufwand fordert (Magdeburg).

Sammelkanal

Leitungsgang

Heizkanal

erdverlegte Leitungen

4 Querschnitt des im rationalisierten P2-Typ in Halle angewandten Leitungsganges (entnommen aus (1))

Ökonomischer Maßstab für die Qualität dieser Planung sind die nachfolgend aufgeführten erreichten Kennwerte:

Sammelkanal:	0,17 m/WE
Kellerverlegte Trassen: (3 oder mehr Leitungen)	0,43 m/WE

Andere zum Teil in den Büros für Städtebau angewendete Lösungen sind durchaus noch verbesserungswürdig.

Die für ein Wohngebiet in Magdeburg ausgearbeitete Erschließungskonzeption ergibt eine heute als zu hoch anzusehende Kennziffer von 0,67 m Sammelkanal je WE. In dieser Konzeption (Abb. 3) sind Sammelkanalstrecken enthalten, die parallel zu längeren Gebäudeblöcken verlaufen oder lediglich als Verbindungsstücke zu betrachten sind. Zusätzlich sind relativ lange Heizkanalstrecken vorhanden. Natürlich gibt es dafür Begründungen, beispielsweise die Dimensionen der Leitungen und die Lage der Primär-Einspeisepunkte. Jedoch wären bei intensiver Gemeinschaftsarbeit von Städtebauer, Tiefbauer und Hochbauer hier noch ökonomisch günstigere Lösungen denkbar.

Daß die Forderung der Erschließung von Wohngebieten mit Sammelkanal nicht als Dogma aufzufassen ist, zeigt folgendes Beispiel:

Für ein Wohngebiet in Oschersleben wurde ein Sammelkanal geplant, dessen Führung etwa dem im Beispiel Eisenach geschilderten Prinzip entspricht. Das gegenüber dem Beispiel Eisenach wesentlich kleinere, jedoch über 1000 WE umfassende Wohngebiet ist nach einem Vorschlag des Instituts für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR effektiver zu erschließen, wenn auf den Sammelkanal verzichtet wird, da die geringe Zahl von Leitungen mit relativ kleinen Dimensionen kostengünstiger in den anliegenden Gebäuden untergebracht werden kann. Die erzielbaren Einsparungen betragen etwa 1,4 Millionen Mark.

Für die kombinierte Anwendung von Sammelkanal und Leitungsgängen bei der Erschließung von Wohngebieten ist natürlich Voraussetzung, daß die verfügbaren Wohnungsbauserien die Anordnung von Leitungsgängen zulassen.

Das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der Bauakademie der DDR hat für die Wohnungsbauserie 70 jetzt einen Katalog neu erarbeitet, in dem Prinziplösungen für Leitungsgänge in verschiedenen Varianten sowohl für den mehr- als auch für den vielgeschossigen Wohnungsbau konstruktiv und belegungsmäßig dargestellt sind (4). Die Querschnitte wurden auf das Vorzugsmaß 2100 × 1750 vergrößert, so daß auch Hauptleitungen bis zur NW 250 mm in den Leitungsgängen geführt werden können.

Rationalisierte P2-Typen mit Leitungsgang werden in Halle verwendet (Abb. 4). In anderen Bezirken sind Rationalisierungsbestrebungen für die bezirklich noch verwendeten Wohnungsbauserien in Verbindung mit der Rekonstruktion der Plattenwerke im Gange. Hier könnte eine zentrale Lenkung und schnelle Veröffentlichung der günstigsten Lösungen für die DDR Nutzen bringen und Parallelarbeiten vermeiden helfen.

In Anlehnung an das Prinzip Sammelkanal/Leitungsgang sind folgende, weitere in der DDR vorhandene Entwicklungsrichtungen von Interesse:

■ Die Fundamentverlegung von Versorgungsleitungen

In Berlin wurde von einem interdisziplinär zusammengesetzten Neuererkollektiv des Hauptauftraggebers Wohnungsbau, der Berliner Baukombinate und Versorgungsträger und des Instituts für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR ein System der Fundamentverlegung von Versorgungsleitungen entwickelt, das gegenwärtig in einem Stufenprogramm im Wohngebiet Weißenseer Weg angewendet wird (Experimentalbau und Großversuch). Die Verlegung in der Fundamentplatte der Wohn- und gesellschaftlichen Gebäude erfolgt in Aussparungen an einer Längsseite nach folgender Anordnung:

Die Energieversorgungsleitungen (MS- und NS-Kabel) werden in Metall-Hüllrohre eingezogen, die dafür vorgesehene Fundamentaussparung wird mit Beton vergossen. Abwasserleitung, Wasserversorgung und Fernmeldeleitungen (in Plastrohrpaketen) sind in einer zweiten Fundamentaussparung angeordnet, die mit Betonfertigteilen abgedeckt ist. Die Führung der Fernwärmeleitungen erfolgt wie üblich an der Innenseite der Kelleraußenwand (Abbildung 5). Diese Lösung hat ihre unbestreitbaren Vorteile in der Entflechtung von Tiefbau und Hochbau. Es gibt keine Überschneidungen mehr, gleichzeitig sind die immer wieder kritischen Fragen der Hausanschlüsse unkompliziert gelöst, und es wird mit der Lage der Leitungen innerhalb der Längsachse der Gebäude die kürzestmögliche Trassenführung erreicht. Noch nicht in gleichem Maße „elegant" gelöst sind die Verbindungselemente zwischen den Gebäuden, wobei als Nachteil anzusehen ist, daß solche Elemente überhaupt benötigt werden. Dieser Nachteil entsteht dadurch, daß für die in Berlin angewendeten Wohnungsbauserien bisher keine Eckverbindungen geschaffen wurden, so daß im Prinzip jeder Gebäudeblock für sich dasteht. Die Wirtschaftlichkeit dieses bei der gegenwärtigen Ausführung mit vielen manuellen Prozessen verbundenen neuen Erschließungssystems wird noch in der Praxis nachzuweisen sein (theoretisch sind 300 Mark Einsparung je WE errechnet).

■ Verlegung von Leitungen in einem Sockelgeschoß

In Rostock wurde, abhängig von den örtlichen-hydrologischen Verhältnissen (hoher Grundwasserstand) ein System der Verlegung von Leitungen in einem technischen Sockelgeschoß entwickelt. Aus der neuesten Zeit ist eine Variante bekannt geworden, die — entsprechend den in Heft 41 der Schriftenreihe „Städtebau und Architektur" vertretenen Prinzipien — ebenfalls eine fast durchgehende Führung der Leitungen innerhalb der Gebäude ermöglicht (Abbildung 6). Man könnte dieses System als eine Art aufgeteilten Leitungsgang bezeichnen, bei dem die Nachteile der vorher angewandten Variante (Sockelgeschoß nur bekriechbar, viele Konfliktpunkte zwischen innerhalb und außerhalb der Gebäude geführten Leitungen) weitgehend überwunden wurden.

■ Flachverlegung von Versorgungsleitungen

Im Institut für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR wird seit längerer Zeit an einem Forschungskomplex für flachverlegte Versorgungsleitungen gearbeitet. Das Prinzip besteht darin, zur Einsparung von Tiefbauaufwand, besonders

von Erdarbeiten, die Leitungen in Flachkanälen oder mit minimalen Abständen von der Geländeoberkante erdverlegt nebeneinander anzuordnen.
Dazu notwendige Versuche über das Betriebsverhalten der durch die Leitungen beförderten Medien sind im Gange, erste Experimentalbauten zur Erschließung von Wohngebieten sollen 1974 erfolgen. Dieses neue Erschließungssystem kann vor allem dort an Bedeutung gewinnen, wo aus den verschiedensten Gründen die Anwendung von Sammelkanälen nicht zweckmäßig ist, möglicherweise auch bei der Rekonstruktion von Altbaugebieten.
Es werden hohe Einsparungen an Investitionskosten, speziell an Arbeitszeitaufwand, für die Leitungsverlegung erwartet.

■ Zum System der Abwasserableitung in Wohngebieten

Eine besondere Beachtung bei der Ausarbeitung der Bebauungskonzeption für neue Wohngebiete verdient das System der Abwasserableitung. Sein Anteil an den Kosten der stadttechnischen Erschließung kann bis zu 20 Prozent betragen. In der Regel erfolgt eine von den übrigen Leitungen getrennte Führung, da hier Gefällerichtung, Lage der Vorflut und weitere topographisch-hydrologische Voraussetzungen zu berücksichtigen sind.
Hier sind folgende Bedingungen zu berücksichtigen:

■ Kürzestmögliche Trassenführung zum Hauptsammler für Schmutzwasser oder zu Vorflutern für Regenwasser
■ Kreuzungsfreie Lage zu Sammelkanälen oder Reduzierung notwendiger Kreuzungen auf wenige, geeignete Stellen
■ Keine Parallelführung mehrerer Leitungen in Straßenräumen
■ Möglichst hoch liegende Gebäudeanschlüsse
■ Anschluß mehrerer Gebäudesektionen an eine, in der Regel innerhalb der Gebäude geführte Sammelleitung.

Die Nichtbeachtung dieser Bedingungen im städtebaulichen Entwurf kann hohen Erschließungsaufwand verursachen. In Dresden-Tschertnitz wurde infolge nicht genügender Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse eine Kennziffer von 5,6 m/WE nachgewiesen, das ist etwa das Doppelte eines auch unter ungünstigen Bedingungen erreichbaren Wertes. Natürlich hat auch die Bebauungsform wesentlichen Einfluß auf die Netzlänge. Wenn ein Straßenzug nur einseitig bebaut wird, steigt automatisch die benötigte Länge an Abwasserleitungen je WE.
Der Anschluß einzelner oder von jeweils nur zwei Gebäudesektionen an Sammelleitungen, die unmittelbar am Gebäude entlangführen, ist nicht mehr länger vertretbar. Die Verwendung von PVC-Leitungen mit geringem Reibungsbeiwert, die Ausnutzung der dafür zulässigen Mindestgefälle einerseits und der vollen Kellergeschoßhöhe andererseits ermöglichen theoretisch den Anschluß von 12 Gebäudesektionen an eine, innerhalb des Gebäudes liegende Sammelleitung.
Werden Schmutzwasser und Regenwasser innerhalb der Gebäude getrennt abgeleitet (auch, wenn außen Mischsystem liegt), können zufolge der größeren Förderkapazität von zwei Rohren noch mehr Gebäudesektionen angeschlossen werden. Der gleiche Effekt tritt ein, wenn in hängigem Gelände die Gebäudeblöcke vertikal abgestuft sind und der dadurch vorhandene Höhengewinn ausgenutzt werden kann. Bei fast jeder entwurfsmäßigen Bearbeitung solcher Situationen kann eine generelle Hebung des Abwassernetzes erreicht und damit eine weitere Reserve im Erschließungsaufwand ausgenutzt werden.
In einer vom Verkehrs- und Tiefbaukombinat Dresden für das Institut für Ingenieur- und Tiefbau der Bauakademie der DDR durchgeführten Studie wird an einem Beispiel aus Dresden demonstriert, welche Einsparungen erreichbar sind (6).

Ausschnitte der untersuchten Bebauungsplanung sind in den Abbildungen gegenübergestellt.
Während in der Bebauungskonzeption sektionsweiser Anschluß der Gebäude und die Führung von außenliegenden Sammelleitungen vorgesehen war (Abb. 7), erbrachte die konsequente Anwendung der obengenannten Prinzipien folgende ökonomische Effekte (Abb. 8):

■ Verkürzung des erdverlegten Schmutzwassernetzes auf weniger als die Hälfte der ursprünglich vorgesehenen Länge
■ Einsparung von 85 Prozent aller vorgesehenen Hausanschlüsse
■ Hebung des Netzes um 0,5 m, Hebung der Leitung zum Vorfluter um 1,8 m
■ Verringerung des Investitionsaufwandes um 270 M WE.

Organisatorisches Vorgehen bei der Vorbereitung der Investvorentscheidung

Das bereits mehrfach erwähnte notwendige Zusammenwirken der Städtebauer, Tiefbauer, Hochbauer und natürlich auch der Fachleute aus den Versorgungsbetrieben bei der Entstehung neuer Wohngebiete muß organisiert werden. Entsprechend der in den Städten vorhandenen verschiedenartigen Konstellationen und Zuständigkeiten sind dafür vielfältige Wege möglich. In der Praxis hat sich folgender Weg bewährt:

■ Die für die Ausarbeitung der Investitionsvorentscheidung (IVE) verantwortliche Stelle gibt einen Auftrag an das Büro des Stadtarchitekten/Bezirksarchitekten zur Ausarbeitung der Bebauungskonzeption und sichert gleichzeitig über den Generalauftragnehmer vertraglich die Mitwirkung der Ausführungsbetriebe, z. B. des Tiefbaukombinates, ab.
■ Der Investitionsauftraggeber oder das von ihm beauftragte Büro des Stadtarchitekten oder des Bezirksarchitekten stellt die wichtigsten Bedingungen für die Bebauung des neuen Standortes auf der Grundlage von Stellungnahmen (z. B. des VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung, des VEB Energiekombinat usw.) zusammen, also

– Kapazitätsforderungsprogramm Wohnungsbau, gesellschaftliche Bauten
– Grobaussagen über Anschlußmöglichkeiten an die Primärerschließung
– Grobaussagen zur Verkehrserschließung
– Grobaussagen über geologische, hydrologische, topographische Verhältnisse
– notwendige Folge- oder Koordinierungsmaßnahmen (Beseitigung von Altgebäuden oder sonstigen gegenwärtigen Nutzungen, Mitversorgung oder Nutzung der Versorgungsreserven benachbarter Wohn- und Industriegebiete usw.).

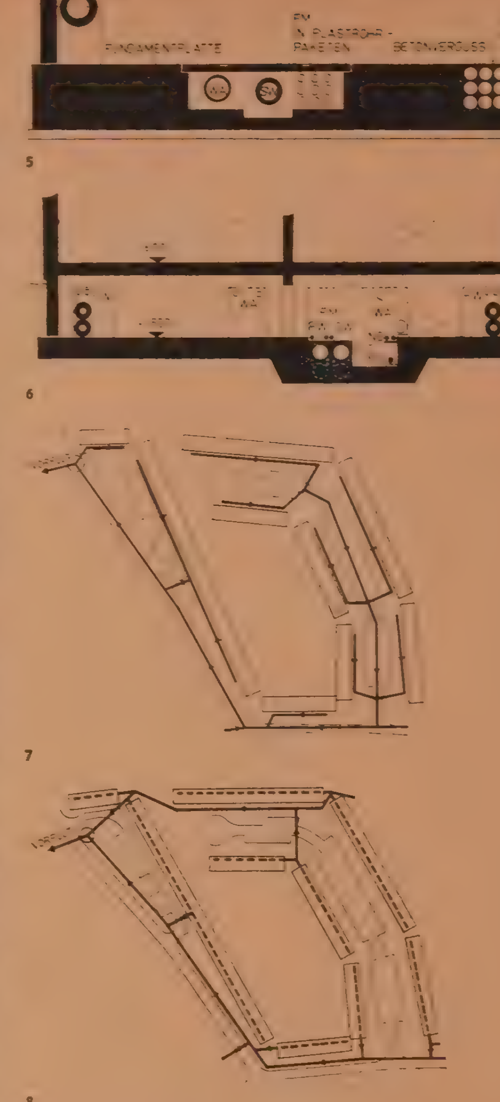
■ Auf dieser Grundlage werden vom Tiefbaukombinat mögliche Erschließungshaupttrassen vorgeschlagen und Gesichtspunkte schriftlich und zeichnerisch fixiert, die von der Erschließung her bei der Ausarbeitung der Bebauungskonzeption zu beachten sind.
■ Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wird die Bebauungskonzeption erarbeitet, zu der wiederum vom Tiefbaukollektiv die Erschließungskonzeption gemacht wird.
■ Aus beiden konzeptionellen Ausarbeitungen entsteht unter gegenseitigen Konsultationen der Bebauungsplan.

Probleme, die noch einer weiteren Bearbeitung bedürfen

Es gibt noch eine ganze Reihe von Fragen, die die durchgehende Anwendung rationeller stadttechnischer Erschließungslösungen im Wohnungsbau hemmen und die immer wieder zu örtlichen Sonderlösungen führen, für die viel geistige Kraft aufgewendet wird.
Eines dieser Probleme ist die Anwendung technischer Stationen für die verschiedenen Aggregate zur Umformung und Verteilung der Versorgungsmedien. Gegenwärtig werden sie im Prinzip individuell projektiert, wobei Lösungen als frei stehende oder angebaute Stationen mit der verschiedensten technischen Ausstattung dominieren.
Benötigt werden Standardlösungen

■ für die bauliche Hülle (aus Fertigteilen der angewendeten Wohnungsbauserien) und
■ für die technische Ausrüstung,

die als frei stehende, angebaute, eingebaute, halbversenkte oder unterirdische Stationen angeordnet werden können.
Abzustimmen sind die Einzugsbereiche zwischen den verschiedenen Aggregaten (120, 240, 480 WE).
Zu entwickeln sind geräuscharme Aggregate (Pumpen, Druckerhöhungsanlagen, Trafos) in mit dem Wohnungsbau abgestimmten äußeren Abmessungen.
Zu klären ist die Kombinationsmöglichkeit mit sonstigen, im Wohngebiet benötigten



5 Verlegung von Leitungen in der Fundamentplatte der Gebäude (Berlin)

6 Verlegung von Leitungen in einem technischen Sockelgeschoß (Rostock)

7 Führung von Schmutzwasserleitungen, Trassenvorschlag nach Bebauungskonzeption (Dresden)

8 Führung von Schmutzwasserleitungen bei gebäudekomplexweisem Anschluß (Dresden)

Einrichtungen (Müllsammlung, Paketboxen, Funktionsräume für Sammelkanalwartung usw.).
Vor allem aber ist festzulegen, wer diese Entwicklung, bei der sehr viele Kooperationspartner einbezogen werden müssen, verantwortlich übernimmt.
Noch nicht genügend geklärt ist der Einsatz moderner Energieträger, wie Erdgas, für die Wärmeversorgung von Wohngebieten. Das beginnt mit der Grundsatzentscheidung über Einzel- oder Blockheizung. Möglichkeiten der Geräte herstellenden Industrie, Fragen der verfügbaren Brenner (Lärmpegel!), technische Durchführung, Einzugsbereich, bauliche Einordnung der Blockheizanlagen (z. B. in technische Stationen) und ökonomische Effekte der technischen Varianten sind abzuwägen und progressive Lösungen für alle Bezirke zur Verfügung zu stellen.
Bei fernwärmeversorgten Wohngebieten sind von den Energieversorgungsbetrieben Voraussetzungen zu schaffen, die einheitliche Erzeugerparameter und eine von den Außentemperaturen abhängige gleitende Regelung der Vorlauftemperaturen gewährleisten, damit Umformungen weitgehend vermieden werden können und die kostengünstigere Direkteinspeisung durchgesetzt werden kann.
Weitgehend ungeklärt ist die Problematik, die aus der stadttechnischen Erschließung komplex zu rekonstruierender Altbaugebiete auf uns zukommt.
Die DDR ist ein Land mit einem hohen Durchschnittsalter der Wohnbausubstanz. Von unseren reichlich 6 Millionen Wohnungen sind 2,6 Millionen modernisierungswürdig.
Der Begriff Modernisierung von Wohnungen oder Wohngebieten ist aber von der Stadttechnik her gleichzusetzen mit höheren Verbrauchszahlen an Wasser, Energie usw.
Welche Teile der vorhandenen Netze können diese Leistungen noch übertragen, welche müssen erneuert, erweitert oder zusätzlich verlegt werden? Besteht die Notwendigkeit der komplexen Rekonstruktion der stadttechnischen Erschließung in Altbaugebieten, kann man eventuell flachliegende Leitungen über die alten legen und diese in der Erde lassen?
Im Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR werden jetzt in Zusammenarbeit mit dem Institut für Ingenieur- und Tiefbau einige Beispielplanungen für Rekonstruktionsgebiete bearbeitet, aus denen erste Erkenntnisse auch in dieser Richtung gewonnen werden sollen.

Der Tiefbau muß die Effektivität des Wohnungsbauprogramms sichern helfen

Das 10. Plenum des ZK der SED hat ein Wohnungsbauprogramm mit hohen Zielen beschlossen. Für ihre Erfüllung zu kämpfen ist ein lohnender gesellschaftlicher Auftrag für die Bauschaffenden. Die noch auf längere Zeit bestehende schwierige Situation in der verfügbaren Tiefbaukapazität zwingt uns, jede Möglichkeit zu nutzen, den Tiefbauaufwand im komplexen Wohnungsbau zu senken. Das, was die Tiefbauer selbst dazu tun können, durch Rationalisierung und weitere systematische Steigerung des Anteils industriemäßiger Produktion, ist jedoch nur der kleinere Teil dessen, was erreicht werden muß.
Der größere Anteil an Einsparungsmöglichkeiten kann jedoch durch geschickte Trassierung, Ausnutzung der Lage und Kapazität vorhandener Leitungen, „tiefbaufreundliche" Gebäudestellung in den Bebauungsplanungen und erschließungsgünstige Gestaltung der Kellerzonen der Gebäude erreicht werden.
In diesem Sinne tragen alle mit der Vorbereitung und Durchführung von Wohnungsbauvorhaben betrauten Fachleute und Kollektive einen Teil der Verantwortung dafür, daß rationelle Erschließungslösungen von der Standortwahl bis zur Baudurchführung weiter und stärker im Mittelpunkt des Interesses stehen und mit ihrer Anwendung die Effektivität des Wohnungsbaus bedeutend verbessert wird.

Literatur

(1) Autorenkollektiv:
Stadttechnische Erschließung von Wohngebieten. Grundsätze und Empfehlungen.
Schriftenreihen der Bauforschung, Reihe Städtebau und Architektur, Heft 41, Berlin 1972
(2) Institut für Ingenieur- und Tiefbau der BA/DDR, Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau, Ergebnis 033 c:
Die Durchsetzung optimaler Varianten der stadttechnischen Erschließung von Wohngebieten in der DDR. November 1972, A4-maschinenschriftliche Vervielfältigung
(3) Frenzel, Valentina:
Prinzipielle Fragen der stadttechnischen Erschließung von Wohngebieten.
deutsche architektur 22 (1973) 5, S. 276–277
(4) Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau der BA/DDR und VE (B) WBK Halle, Betrieb 5, Bereich Angebotsprojektierung: WBS 70 – Kellergeschoßzone.
A3-maschinenschriftliche Vervielfältigung, 1973
(5) Jestremski, W.:
Wirtschaftliche Ausbildung von Abwasserleitungsnetzen. Forschungsarbeit des VE (B) Verkehrs- und Tiefbaukombinats Dresden für das Institut für Ingenieur- und Tiefbau der BA/DDR, November 1972, A4-maschinenschriftliche Vervielfältigung

---

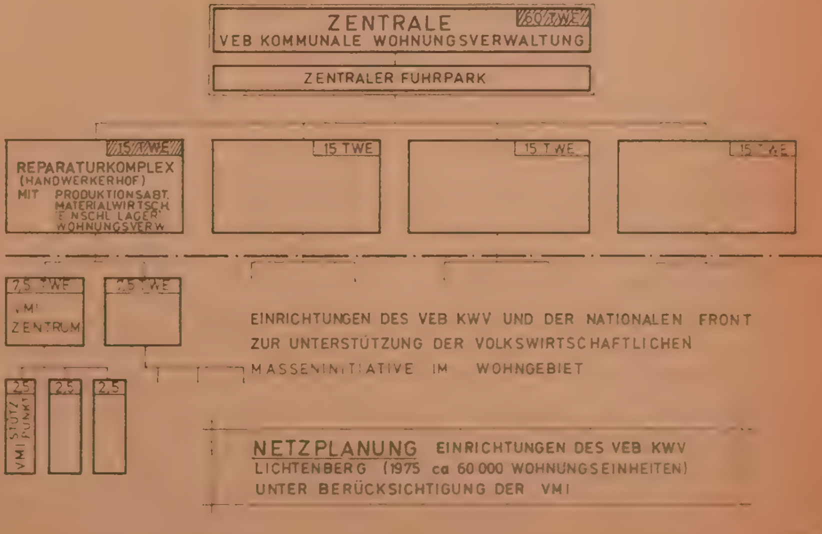
Einrichtungen zur Instandhaltung der Gebäudesubstanz

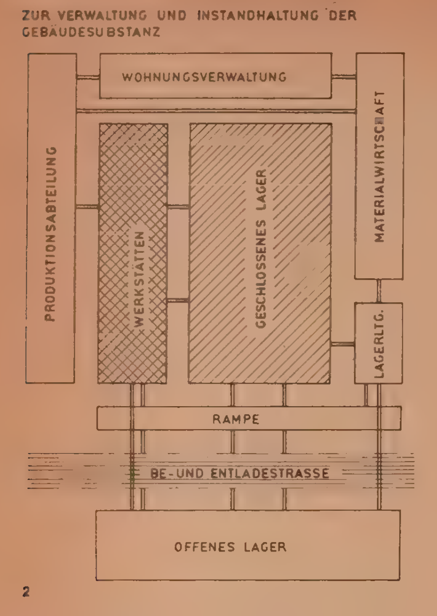
Dipl.-Ing. Karola Olschowsky
Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur

Die bisherige Planungspraxis berücksichtigt noch in unzureichendem Maße gesellschaftliche Einrichtungen zur Wohnraumwerterhaltung.
Seit dem VIII. Parteitag der SED sind in einigen Städten der DDR neue Wege beschritten worden, über die hierbei berichtet werden soll.
Da dem VEB Kommunale Wohnungsverwaltung (Gebäudewirtschaft) die Gebrauchswerterhaltung obliegt, ist auch der Aufbau eines Netzes von Einrichtungen für diese Betriebe mit einer zentralisierten Basis zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Durchsetzung der planmäßig vorbeugenden Instandhaltung von großer Bedeutung. Die Praxis kann dazu kaum Beispiele aufweisen, denn die Entwicklung verlief unterschiedlich und isoliert. Zur Zeit gibt es hinsichtlich der Standortwahl und Bemessung der notwendigen Einrichtungen noch keine klaren Vorstellungen. Außerdem wirkt sich erschwerend aus, daß zwischen Rechtsträger und Projektant nicht unmittelbar, sondern nur über mehrere Zwischenstationen (Hauptplanträger bzw. -auftraggeber, Rat des Bezirkes, Rat der Stadt und der Abteilung Wohnungspolitik) Kontakte zustande kommen.
Hier sollen nur die Einrichtungen im Wohngebiet erörtert werden (Abb. 1)

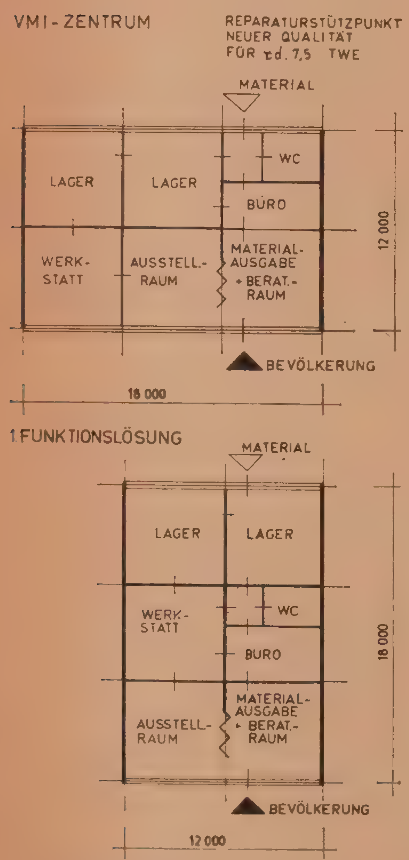
Reparaturkomplex (Handwerkshof) – eine neue Form der Betreuung der Bausubstanz

Durch die Reparaturabteilungen der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung werden gegenwärtig in Berlin nur etwa 25 Prozent aller eingeplanten Instandhaltungsleistungen für volkseigene und in Treuhand befindliche Wohnungseinheiten erbracht; zudem ergaben Analysen, daß vielfach eine unzureichende materiell-technische Basis vorhanden ist. Da aber im 5-Jahrplanzeitraum die Zahl der Wohnungen, die durch Neubau, Um- und Ausbau gewonnen werden, in der Regel für die VEB KVW und die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften (AWG) eine Vergrößerung der Zahl der zu betreuenden Wohnungen bedeutet (z. B. für den VEB KWV Berlin-Lichtenberg eine Verdopplung innerhalb von 5 Jahren), müssen diese Betriebe ihre Produktionskapazität erweitern, ihre Netze umgestalten und erweitern sowie neue ökonomische Formen der Baubetreuung anwenden. Für das Neubaugebiet Berlin, Landsberger Chaussee/Weißenseer Weg (etwa 15 TEW) wurde von einer Expertengruppe eine Aufgabenstellung für einen Handwerkerhof, als eine neue ökonomi-





2



3

sche Form der Baubetreuung, erarbeitet, (Abb. 2) auf die in diesem Beitrag noch näher eingegangen wird.

■ Funktion des Reparaturkomplexes

Durch einen Komplex, bestehend aus Werkstätten, kompaktem Lager, Verwaltungs- und Sozialteil, ist es unter anderem möglich, neben sofortiger Havariebeseitigung, Maßnahmen zur prophylaktischen Instandhaltung effektiver zu planen und sowohl schneller als auch mit geringerem Aufwand durchzuführen.

Die Reparaturkosten werden gemindert und die späteren Instandhaltungsmaßnahmen nehmen an Umfang und Aufwand ab. Eine solche Einrichtung wäre deshalb ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des Grundfonds, zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen, kurz: mit ihr könnte eine Lücke im komplexen Wohnungsbau geschlossen werden.

■ Aufbau des Reparaturkomplexes

In einem komplexen Gebäude sind unterzubringen:

■ Die Produktionsabteilung mit Büros und mit Werkstätten zur Vorfertigung. Der Vorfertigungsgrad beträgt rund 19 Prozent des Umfanges der gesamten Reparaturen. Für ein Wohngebiet mit etwa 15 TEW, überwiegend Neubauten, sind nach Schätzungen 15 Gewerke mit insgesamt 120 Produktionsarbeitern (Handwerker) erforderlich. Die durchschnittliche Werkstattfläche/Arbeitskraft beträgt rund 7,00 m².

■ Die Materialwirtschaft mit Büros und dem kompakten geschlossenen und offenen Lager.

Die Größe der Lagerfläche ist abhängig vom Vorhandensein eines zentralen Lagers und von der Technologie der Lagerhaltung.

(In der besprochenen Arbeit wird eine Gesamtlagerfläche von rund 4000 m² angenommen.) Von diesem Lager werden zusätzlich alle umliegenden Zentren der volkswirtschaftlichen Masseninitiative und Stützpunkte beliefert.

■ Die Wohnungsverwaltung mit den notwendigen Verwaltungskräften. Die Eingliederung der Wohnungsverwaltung ist notwendig, da sie Bindeglied zwischen den Mietern und der Produktionsabteilung ist und ein reibungsloser Ablauf nur durch das Zusammenwirken aller Struktureinheiten entstehen kann.

■ Städtebauliche Anforderungen

■ Standort innerhalb des zu versorgenden Gebietes, möglichst kurze Wege

■ Keine unmittelbare Nähe zu Wohngebäuden, da ständiger Anlieferverkehr

■ Kombination mit nichtstörender Industrie und anderen stadtbedienenden Einrichtungen

■ Gute Anbindung an das öffentliche Straßennetz ist Voraussetzung für die Funktionstüchtigkeit des Objektes

■ Haltestelle Nahverkehrsmittel

■ Randlage, da relativ großer Flächenanspruch (etwa 1 ha).

Zentren und Stützpunkte der volkswirtschaftlichen Masseninitiative (VMI)

Zur Verbesserung der Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen haben immer mehr Bürger das Bedürfnis, im Rahmen der volkswirtschaftlichen Masseninitiative, an der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes teilzunehmen.

Auf dem volkseigenen Sektor werden gegenwärtig durch freiwillige, bezahlte Tätigkeit und durch die volkswirtschaftliche Masseninitiative mehr als 25 Prozent Instandhaltungsleistungen erbracht. Um den Umfang der VMI zu steigern und ihre Effektivität zu erhöhen, müssen in allen Städten und Gemeinden Netze von Zentren der volkswirtschaftlichen Masseninitiative und Stützpunkte entstehen. Die Verantwortlichkeit für diese Einrichtungen obliegt den VEB KWV beziehungsweise den Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften oder ihren Trägerbetrieben. Sie haben mit Unterstützung der Nationalen Front die Aufgabe übernommen, alle Bürger durch Einzel- oder Kollektivleistungen in die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben mit einzubeziehen.

Aufgabe der Zentren im Wohngebiet:

■ Kostenlose fachliche Beratung und Anleitung der Bürger und Hausgemeinschaften an Hand von Publikationen, Vorträgen, Anschauungsobjekten und durch persönliche Gespräche.

■ Bereitstellung von Materialien und Werkzeugen
(Das Sortiment des Lagers und die Zahl der Werkzeuge und elektrischen Geräte ist gegenüber den Stützpunkten zu erweitern.)

■ Bereitstellung von Selbsthilfewerkstätten.

■ Städtebauliche Anforderungen

Eine Einrichtung ist jeweils für rund 7,5 TWE (WE aller Eigentumsformen) eines geschlossenen und dichtbesiedelten Wohngebietes zu planen, und die maximale Wegeentfernung zur Einrichtung sollte 1,5 km nicht überschreiten.

Die massenpolitische Wirksamkeit dieser Einrichtungen ist nicht zuletzt von ihrer Lage im Wohngebiet (visuelle Agitation) abhängig. Die Zentrumsnähe ist anzustreben. In Altbau- und Mischgebieten sind große ehemalige Läden mit mehr als 150 m² Nutzfläche geeignet. Bei Neubau- und Umgestaltungsgebieten ist eine Rasterfläche von 12,00 m × 18,00 m ausreichend. (Abb. 3)

■ Raumprogramm

2 zusammenhängende Räume mit für Material- und Werkzeugausgabe, Beratung, Schulung und Ausstellung,	etwa	72 m²
2 zusammenhängende Lagerräume mit	rd.	72 m²
1 Selbsthilfewerkstatt	rd.	36 m²
1 Büro	rd.	18 m²
1 WC und Waschanlage	rd.	10 m²
1 Flur	rd.	8 m²
		216 m²

Stützpunkte der volkswirtschaftlichen Masseninitiative

Sie entsprechen etwa den bisherigen Reparaturstützpunkten und haben folgende Aufgaben zu erfüllen:

■ Individuelle fachliche Anleitung der Bürger und Hausgemeinschaften durch ehrenamtliche Helfer oder Mitarbeiter der Wohnungsverwaltung

■ Bereitstellung von Materialien und Werkzeugen

■ Bereitstellung einer kleinen Selbsthilfewerkstatt

Diese Einrichtungen sind jeweils für etwa 2,5 TWE (aller Eigentumsformen) konzipiert. Sie sollten im gesamten Wohngebiet ein dichtes Netz bilden und sowohl in Neu- als auch in Altbaugebieten in für Wohnzwecke ungeeigneten Räumen mit einer max. Nutzfläche von 100 m² untergebracht werden.

Als Lagerfläche werden etwa 40 m²; als Materialausgabe und Informationsraum etwa 20 m² benötigt. Diesen Räumen sollte ein Büro, ein etwa 15 m² großer Raum zum Unterstellen von Materialien und Werkzeugen für die Reparaturbrigaden, ein WC und eine Umkleide- und Waschgelegenheit zugeordnet werden.

Literatur

Forschungsberichte „Bereich Sozialistische Demokratie" 1972 und 1973 bei dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR
Neuerervereinbarung: Aufgabenstellung für einen Handwerkerhof. Beschluß des Magistrats von Groß-Berlin Nr. 0152 vom 19. 7. 1972 Beschlußvorlage des Magistrats von Groß-Berlin Nr. 110/73 vom 23. 5. 1973
Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise für die Zentren und Stützpunkte der volkswirtschaftlichen Masseninitiative in den VEB KWV der Hauptstadt der DDR (1. Entwurf)

Verkehrssichere Wege für den Fußgänger

Dipl.-Ing. Andreas Elliesen

Der größte Teil aller Bewegungen in einem Wohngebiet sind Bewegungen von Fußgängern. Auch die Haltepunkte der Verkehrsmittel werden zumeist fußläufig erreicht. Aber zu Fuß gehen die Menschen nicht nur, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen – sie bewegen sich beispielsweise auch, um sich zu erholen, um Kontakte herzustellen, um Informationen aufzunehmen, um die Umgebung zu erkunden oder um zu spielen. Seine vielfältigen Bedürfnisse oder Funktionen erfüllt der Mensch als Fußgänger. Die Rolle des Fußgängers als des wichtigsten Verkehrsteilnehmers muß immer wieder betont werden. Daher beschäftigen sich Soziologen, Mediziner, Städtebauer und Verkehrsplaner aus unterschiedlicher Sicht mit dem Fußgängerverkehr.

Die Planung und Gestaltung der neuen Wohngebiete und die Umgestaltung der Altbauwohngebiete in der DDR haben die immer bessere Befriedigung der Lebensbedingungen der Menschen zum Ziel. Es gilt daher auch, die Anforderungen des Fußgängerverkehrs gegenüber dem Autoverkehr vorrangig zu berücksichtigen.

In den Wohnbereichen muß dem Fußgänger größtmögliche Freizügigkeit geboten werden. Maßgebend für die Planung der Bebauung und ihrer Verkehrserschließung sind die Beziehungen und Funktionen des Fußgängerverkehrs. Die Fußwege und Flächen für den Fußgänger müssen kurz, bequem und sicher sein.

Darüber hinaus sollten die Räume für die Fußgänger so gestaltet und geplant werden, daß sich zielgerichtetes Gehen mit ungerichtetem Aufenthalt im Freien in vielfältiger Weise berührt, vermischt oder durchdringt. So entsteht ein attraktives Fußwegenetz im Wohngebiet, das freizügige und ungestörte Bewegungen der Einwohner gestattet. Das Maß, in dem Fußgänger Freizügigkeit und Ungestörtheit in ihren Bewegungen genießen können, ist ein gutes Kriterium für die Beurteilung der Lebens- und Umweltbedingungen in Wohngebieten.

Diese Freizügigkeit und Ungestörtheit des Fußgängers wird vor allem durch das Auto gestört. Jedes Wohngebäude muß für den Fahrzeugverkehr durch Straßen in maximal 20 m Entfernung erschlossen werden. An diesen Straßen kommt es zu Konflikten zwischen Fußgänger- und Fahrzeugverkehr – die Verkehrssicherheit ist häufig beeinträchtigt. Die ideale Lösung, den Fußgänger- und Fahrverkehr vollständig voneinander zu trennen, läßt sich nur mit Hilfe aufwendiger mehrgeschossiger Verkehrseinrichtungen erreichen. Bei der Wohngebietsplanung werden daher Verkehrsräume und verkehrsfreie Räume unterschieden, um so die Zahl der Konfliktpunkte zu verringern. Die trotzdem unvermeidlichen Konfliktpunkte müssen auf ihr Sicherheitsrisiko für Fußgänger hin untersucht werden.

Hierzu liegt eine vom Autor entwickelte „Methode zur Bewertung der Konfliktpunkte zwischen Fußgängern und Fahrverkehr bei der städtebaulichen Planung von Wohngebieten" vor (1). Mit dieser Methode kann das Sicherheitsrisiko quantitativ bestimmt werden, das für Fußgänger beim Überqueren von Erschließungsstraßen besteht. Danach ist die Größe des Sicherheitsrisikos von folgenden fünf Faktoren abhängig:

- Verkehrstüchtigkeit der Fußgänger
- Ziel oder Grund für die Bewegung der Fußgänger
- Art des Verkehrsraumes hinsichtlich der zu erwartenden Aufmerksamkeit der Fußgänger gegenüber der Verkehrssituation
- Fahrbahnbreite
- Belegung des Straßenquerschnittes durch den Fahrverkehr.

Der Einfluß der Faktoren wird im folgenden erläutert.

Verkehrstüchtigkeit der Fußgänger

Vor dem Überqueren schätzt der Fußgänger seine Chance, die Straße vor einem herannahenden Fahrzeug sicher passieren zu können, ab. Die Fähigkeit, die Verkehrssituation richtig einschätzen zu können, ist bei den Fußgängern unterschiedlich vorhanden. Unfallsituationen entstehen, wenn der Fußgänger seine eigene Gehgeschwindigkeit oder die Geschwindigkeit des Fahrzeuges falsch einschätzt. Auch muß berücksichtigt werden, daß Fußgänger Verkehrsregeln und Verkehrszeichen unterschiedlich gut kennen. Besonders Kinder und ältere Menschen sind in dieser Hinsicht weniger verkehrstüchtig. Sie bilden daher die Gruppe der stark verkehrsgefährdeten Fußgänger. Je größer der Anteil der Gruppe stark gefährdeter Fußgänger am Fußgängerstrom ist, desto sorgfältiger müssen die auftretenden Konfliktpunkte bewertet werden.

Ziel oder Grund für die Bewegung der Fußgänger

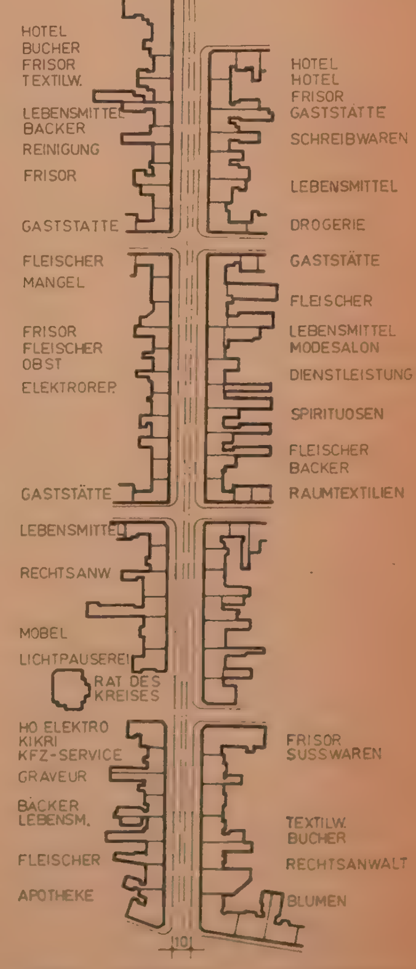
Es besteht beim Fußgänger eine unterschiedlich große Risikobereitschaft, je nachdem, aus welchem Grund er unterwegs ist. Dabei lassen sich Ziele oder Motive für Bewegungen, bei denen sich der Fußgänger ruhig und aufmerksam bewegt, unterscheiden von solchen Zielen oder Gründen für Bewegungen, die den Fußgänger zu besonderer Eile oder Unaufmerksamkeit veranlassen. Hinsichtlich der zu erwartenden Aufmerksamkeit gegenüber dem Fahrverkehr werden Ziele und Motive von Bewegungen in Zielgruppen eingeteilt.

Art des Verkehrsraumes hinsichtlich der zu erwartenden Aufmerksamkeit der Fußgänger gegenüber der Verkehrssituation

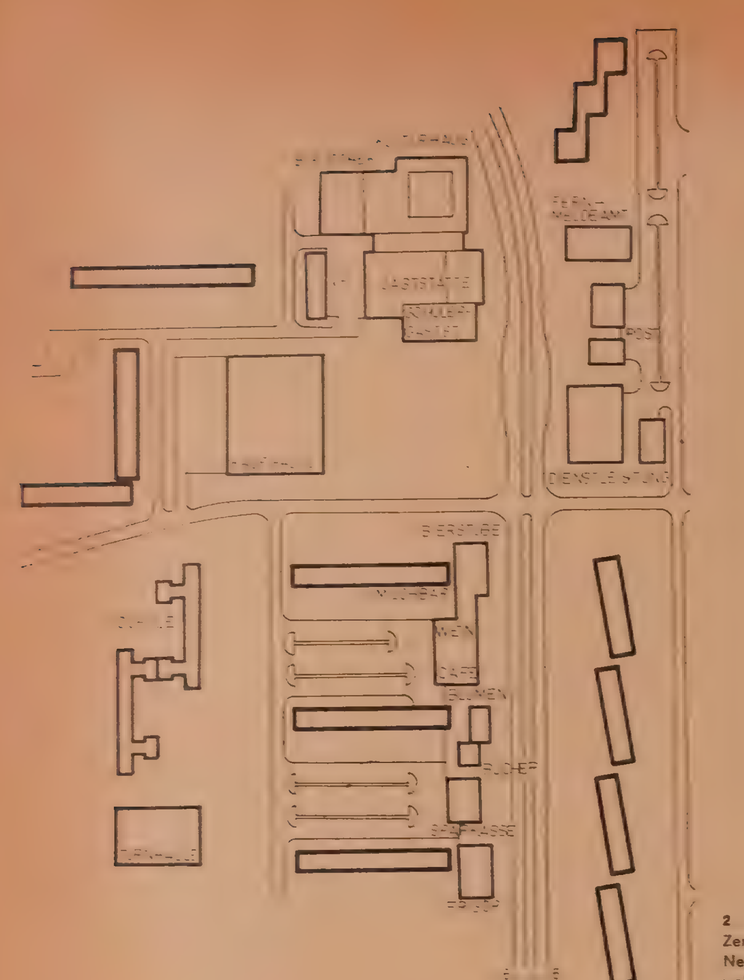
Innerhalb der Wohnbereiche, auf Wohnwegen oder Anliegerstraßen, in Räumen mit Spielplätzen oder Kindereinrichtungen kann nur eine geringe Aufmerksamkeit der Fußgänger gegenüber dem Fahrverkehr erwartet werden. Ebenso verhält es sich in Verkehrsräumen, in denen eine große Freizügigkeit für die Fußgänger notwendig ist (Einkaufsstraßen, städtebauliche Erlebnisbereiche). Dagegen muß an Sammelstraßen oder in Räumen mit starkem Fahrverkehr eine hohe Aufmerksamkeit der Fußgänger gefordert werden. Das sollte im Verlauf starker Fußgängerströme durch Schutzwege, Fußgängerampeln, Brücken oder Tunnel unterstützt werden. Ungesicherte Fußgängerüberwege sind als ungünstige Lösungen zu betrachten: Der Fußgänger wird zu größerem Risiko verleitet, da er hier eine hohe Sicherheit zu haben glaubt, die aber nach dem in der Praxis von vielen Kraftfahrern gezeigten Verhalten nicht gegeben ist.

Entsprechend dem Anteil der Gruppe stark gefährdeter Fußgänger am Fußgängerstrom und der Art des Verkehrsraumes ergeben sich mehrere Kombinationen. (Für die Bewertungsmethode werden drei unterschiedliche Fälle angenommen.)

Einem am Fahrbahnrand wartenden Fußgänger kann nur eine gewisse Wartezeit zugemutet werden. Es ist zu befürchten, daß eine längere als die zumutbare Wartezeit die Risikobereitschaft der Fußgänger erhöht und durch Fehlverhalten einen Unfall verursacht. Dieses Ungeduldigwer-



1 Zentrale Einkaufsstraße in einem Altbauwohngebiet



2
Zentrum eines Neubauwohngebietes

den nach Ablauf der zumutbaren Wartezeit tritt je nach Zielgruppe und Fall unterschiedlich früh auf. Dabei ist den Zielen, die die Fußgänger zu größerer Risikobereitschaft veranlassen, und dem Straßenraum mit geringer zu erwartender Aufmerksamkeit eine kleine zumutbare Wartezeit zugeordnet.

Fahrbahnbreite

Mit größerer Fahrbahnbreite wird die Aufenthaltszeit des Fußgängers auf der Fahrbahn größer, und dadurch steigt die Unfallwahrscheinlichkeit. Als Fahrbahnbreite geht dabei die Strecke in die Methode ein, die ein Fußgänger zurücklegen muß, bis er einen sicheren Standort erreicht hat (die andere Straßenseite, einen Mittelstreifen oder eine Fußgängerinsel).

Belegung des Straßenquerschnittes durch Fahrverkehr

Mit der Methode (1) läßt sich auch die zulässige Belegung der Erschließungsstraßen mit Fahrzeugen je Stunde im Spitzenverkehr bestimmen, bei der das Sicherheitsrisiko für Fußgänger noch zumutbar ist. Diese zulässige Belegung wird in Abhängigkeit von der Zielgruppe, der jeweiligen Situation, der zumutbaren Wartezeit und der Fahrbahnbreite mit Hilfe eines Diagramms bestimmt.

An einigen Beispielen soll die Anwendung erläutert werden. In einem zentrumsnahen Altbauwohngebiet befindet sich eine 10 m breite Straße (Abb. 1). Sie muß folgenden Funktionen dienen: Sammelstraße des Gebietes mit öffentlichem Nahverkehr (Straßenbahn), Zufahrtsstraße zum Bahnhof der Stadt und zu den Bushaltestellen der Überlandlinien, Fußgängerverbindung vom Bahnhof zum Stadtzentrum (etwa 1000 m) und Einkaufsstraße mit gesamtstädtischer Bedeutung. Außerdem befinden sich in dieser Straße Dienstleistungs- und Verwaltungseinrichtungen. Die Straße ist mit 550 bis 600 Kfz je Stunde belegt; gleichzeitig ist starker Fußgängerverkehr vorhanden. Nach dem Bewertungsschema darf die Straße maximal mit 270 Kfz je Stunde belegt sein. Soll diese Straße in ihrer Bedeutung für die Fußgänger erhalten bleiben, so muß die Belegung mit Kfz beschränkt werden. Dies könnte erreicht werden, indem die Straße für den Fahrverkehr gesperrt wird (also Ausbau zum Fußgängerbereich) oder durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen im Straßennetz, so daß nur Anlieger- und Anlieferverkehr in der Straße liegen.

Im zweiten Beispiel wird die Sammelstraße eines geplanten Neubaugebietes bewertet (Abb. 2). Aus dem Bebauungsplan läßt sich der Querschnitt entnehmen:

Richtungsfahrbahnen je 6 m breit mit Mittelstreifen. Die Straße hat Hauptsammelfunktion für das Gebiet. Nach Lage und Ausbau ist hier ein starker und schneller Verkehrsstrom zu erwarten. Aus dem Bebauungsplan läßt sich weiter ablesen, daß sich zu beiden Seiten der Straße gesellschaftliche Einrichtungen und vielgeschossiger Wohnungsbau befinden. Es ist also mit regem Fußgängerverkehr zu rechnen, sowohl entlang der Straße als auch über sie hinaus.

Entsprechend der Erschließung des Gebietes und seiner Anbindung und Lage in der Stadt wurde eine Belegung von 500 bis 850 Kfz je Stunde und Richtung ermittelt (unterer Straßenabschnitt 500, oberer Straßenabschnitt 850 Kfz je Stunde und Richtung). Die Bewertung der Straße ergibt eine zulässige Belegung mit 350 Kfz je Stunde und Richtung.

Das Problem ist hier ähnlich wie im ersten Beispiel: Starke Verkehrsfunktionen und Funktionen des Fußgängerverkehrs überlagern sich im gleichen Raum. Die Lösung kann nur in der Verlagerung der Sammelfunktion für den Fahrverkehr oder in der Verlagerung der gesellschaftlichen Einrichtungen an einen besseren Standort bestehen. Wird die Sammelfunktion durch neue Netzorganisation verlagert, so bleibt eine Verkehrsfläche für Anlieger- und Anlieferverkehr, die einen dementsprechenden Querschnitt erhalten kann. Durch die Überarbeitung der Bebauungskonzeption kann aber auch den gesellschaftlichen Einrichtungen ein besserer Standort zugewiesen werden, wo sie möglicherweise in einem fahrverkehrsfreien Fußgängerbereich angeordnet werden können. Eine generelle Lösung kann sicher nicht angeboten werden; auf jeden Fall läßt sich das Problem nur durch die Trennung der Funktionen lösen. Eine Funktionsüberlagerung – in anderen Bereichen des Städtebaus wünschenswert – führt bei diesem Beispiel zu gehäuften Unfallsituationen oder starken Reglementierungen des Fußgängerverkehrs, was in Wohngebieten abzulehnen ist.

Als weiteres Beispiel sei die Gefährdung der Kinder auf dem Schulweg behandelt. Aus dem gleichen Bebauungsplan (Abb. 2) läßt sich ersehen, daß die Kinder eine 6 m breite Anliegerstraße überqueren müssen, um zur Schule zu gelangen. Die Bewertung ergibt eine zulässige Belegung mit 130 Kfz je Stunde. Daraus folgt ein wichtiger Hinweis für die Bebauungsplanung: die Wohnbebauung und die Anlagen des ruhenden Verkehrs, die durch diese Anliegerstraße erschlossen werden, dürfen in der Spitzenstunde nur einen Verkehrsstrom von 130 Kfz je Stunde ausweisen.

Mit der dargestellten Methode läßt sich die Forderung nach der Verkehrssicherheit quantitativ bewerten. Es ist aber notwendig, weitere Planungsgrundlagen zu erarbeiten, die es ermöglichen, die Anlagen des Fußgängerverkehrs im Sinne aller dieser Anforderungen zu planen und zu bewerten. Dazu müssen Untersuchungen zu weiteren Problemen des Fußgängerverkehrs durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, Unterlagen zu erarbeiten, mit denen Aufkommen, Art und Richtung des Fußgängerverkehrs und das Annehmen von Fußwegen durch den Fußgänger in Abhängigkeit von verschiedenen Zielen bestimmt werden können. Das wird auch dazu führen, daß für den Fußgängerverkehr im notwendigen Umfang Planungsgrundlagen vorhanden sein werden.

So kann erreicht werden, daß Lage und Stellung der Gebäude, Ausbildung und Anordnung der Grünanlagen, Verteilung der gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet und die Verkehrserschließung im Sinne der Fußgänger, das heißt der Einwohner aufeinander abgestimmt sind. Das Fußwegenetz darf nicht als Nebenprodukt des fertig geplanten Straßennetzes entstehen.

Literatur

(1) Elliesen, A.,
„Verkehrssicherheit für Fußgänger", Berlin, Mai 1973
Sonderdruck der Bauakademie der DDR
Institut für Städtebau und Architektur
Forschungsvorhaben Sozialistischer Städtebau

Technologische Linien für den Einsatz der Reprotechnik bei der Herstellung von Angebotsprojekten

Architekt BdA/DDR Hans Richter
Architekt BdA/DDR Günter Luthardt
VE Wohnungsbaukombinat Erfurt

Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bauwesens erfordert vom bautechnischen und bautechnologischen Projektanten, den Projektierungsprozeß rationeller zu gestalten, um die Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung für den Produktionsprozeß effektiver wirksam werden zu lassen. Durch Anwendung der effektivsten Methoden bei maximaler Nutzung der verfügbaren Gerätetechnik ist der Aufwand manueller Tätigkeit zu Gunsten schöpferischer Leistungen einzuschränken.

Die Reprotechnik ist neben der Rechentechnik immer mehr zu einem entscheidenden Projektierungsmittel geworden. Es kommt aber darauf an, die in den einzelnen Projektierungseinrichtungen entwickelten technologischen Linien zu vervollkommnen und die zugehörige Gerätetechnik weiter auszubauen. In diesem Beitrag soll an einem Beispiel dargestellt werden, wie im VE Wohnungsbaukombinat Erfurt die Reprotechnik bei einer Reihe von Angebotsprojekten (Rationalisierung der Wohnungsbaureihe Erfurt) eingesetzt wurde.

Tabelle 1 Textunterlagen A 4

	TATIGKEIT	MASCHINEN UND GERATE	ARBEITSKRÄFTE	SCHICHTLEISTUNG
1	MONTAGE	PYLORYS KS 2	1	40 VORLAGEN
2	BELICHTEN			
3	PULVERBILD			
4	UBERTRAGEN AUF FOLIE	ZUSATZGERAT KS 2		
5	WARMEN	BACKROHRE		
6	FIXIEREN	ARBEITSTISCH		
7	DRUCKEN	BDA 4	1	25 VORLAGEN
8	SORTIEREN	EINZELBLATTZUSAMMENTRAG-MASCHINE UND RUTTELBOX	0,3	5000 BLATT

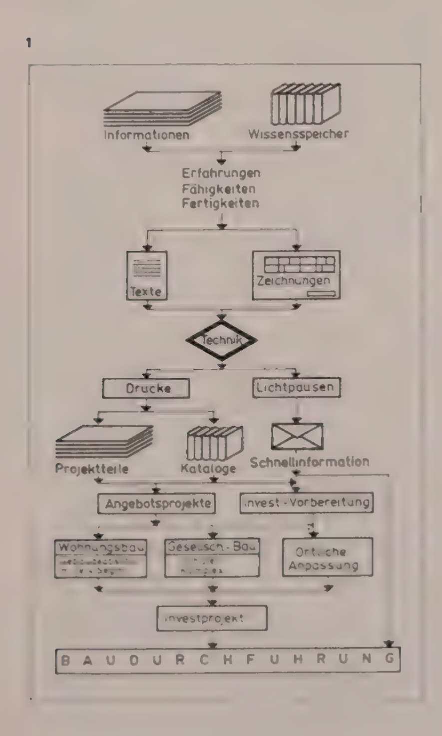
Anmerkung: Durchschnittliche Leistung je Schicht: 32 Vorlagen zu je 200 Blatt. 2,6 Arbeitskräfte
17,6 m² je Arbeitskraft in der Stunde. Selbstkosten: 4,23 M je Folie und 0,02 M je Blatt

Tabelle 2 Zeichnungen A 3

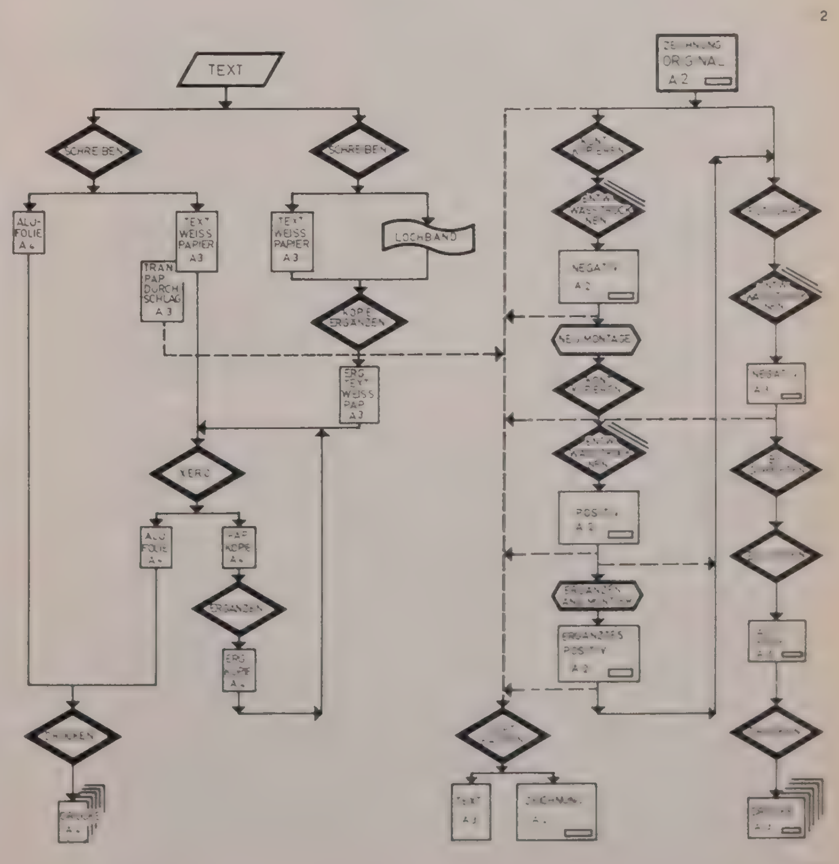
	TÄTIGKEIT	MASCHINEN UND GERÄTE	ARBEITSKRAFTE	SCHICHTLEISTUNG
1	MONTAGE	MONTAGETAFEL	1	35 VORLAGEN
2	AUFNAHME	REPROKAMERA		
3	ENTWICKELN	BECKEN FÜR BÄDER		
4	WÄSSERN			
5	TROCKNEN	TROCKENRAUM ODER SCHRANK		
6	AUSFLECKEN ODER MONTAGE	LICHTTISCH	0,6	35 VORLAGEN
7	MONTAGE IN MASKE	MONTAGETISCH	1,3	35 VORLAGEN
8	BESCHICHTEN DER FOLIE	SCHLEUDER „LIT-ROT"		
9	KOPIEREN	KOPIERGERÄT „LIT-COP"		
10	WÄSSERN, EINFÄRBEN, FIXIEREN	WASSERBECKEN		
11	DRUCKEN	ROMAYOR II	1	25 VORLAGEN
12	SORTIEREN	SORTIERTISCH	0,3	5000 BLATT

Anmerkung: Durchschnittliche Leistung je Schicht: 32 Vorlagen zu je 200 Blatt. 4,2 Arbeitskräfte.
22,85 m² Leistung je Arbeitskraft in der Stunde. Selbstkosten: 7,31 M je Folie und 0,036 M je Blatt

1



2



1
Einordnung der Reprotechnik in den Projektierungsprozeß

2
Nutzung der Reprotechnik

Zeichnungen A 3

3
Aufnahme mit Reprokamera „Projeka" an der Montagewand

4
Ausflecken der Filmnegative am Lichttisch

5
Waschen der Aluminium-Druckfolien nach dem Kopierprozeß

6
Druck mit der Offsetdruckmaschine „Ronayor II"



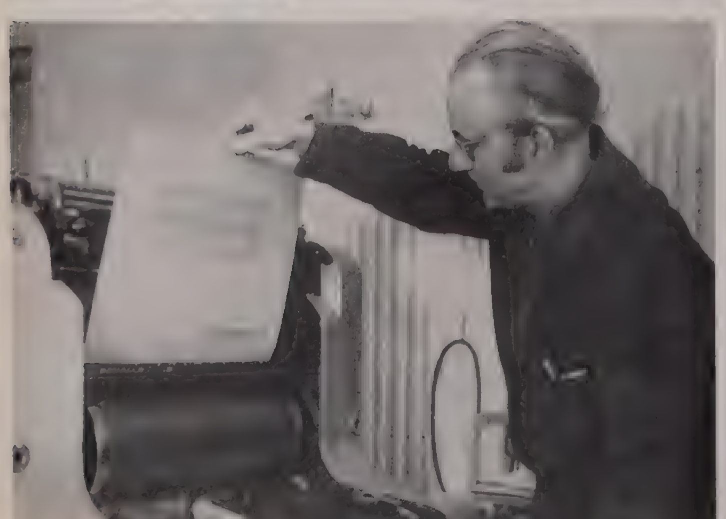
3



4



5



6

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, daß der ständig wachsende Informationsbedarf des Bauwesens mit den bisher eingesetzten Kopier- und Vervielfältigungsverfahren, wie Lichtpausen und Flächenumdruck (Ormig), nicht befriedigt werden kann. Daher wurde nach entsprechenden ökonomischen Untersuchungen dazu übergegangen, den Offsetdruck für die Herstellung der Angebotsprojekte und anderer Unterlagen in Auflagen von mehr als 25 Exemplaren einzusetzen. Gleichzeitig wurde damit eine Verkleinerung (z. B. Schreibmaschinenschrift von A 3 auf A 4) und Vereinheitlichung der Papierformate (z. B. Zeichnungen im Format A 3) verbunden. Voraussetzung war allerdings eine höhere Qualität der Text- und Zeichnungsvorlagen, was im wesentlichen einer strengen Einhaltung der diesbezüglichen Standards gleichzusetzen ist.

In der Abbildung 1 wird ein Überblick über die Einordnung der Reprotechnik in den Gesamtprozeß gegeben und gezeigt, in welcher Form die Ergebnisse vermittelt werden.

Die Nutzung der Reprotechnik ist in der Abbildung 2 detailliert dargestellt.

Es kommen drei technologische Linien zum Einsatz:

- Druck von Texten
- Druck von Zeichnungen
- Lichtpausen.

Beim Herstellen der Druckfolien für die Textunterlagen (Beschreibungen und Berechnungen) im Format A 4 wurde das Xerographiegerät „Pylorys KS 2" aus der VR Polen eingesetzt, was sich als sehr effektiv erwies, da die Offsetdruckfolien in einem Trockenkopierprozeß hergestellt werden.

Im Interesse einer guten Qualität der zeichnerischen Unterlagen und um eine große Informationsdichte auf den auf das Format A 3 verkleinerten Zeichnungen zu gewährleisten, wurde die fotografische Herstellung der Offsetdruckfolien gewählt. Dieses Verfahren ist wegen der damit verbundenen Naßprozesse aufwendiger.

Das allgemein bekannte Lichtpausverfahren wurde bei Projektunterlagen angewandt, für die nur eine geringe Anzahl von Ausfertigungen erforderlich war (z. B. Elementekonstruktionszeichnungen, statische Berechnungen, oder wenn während der Projektbearbeitung Zwischeninformationen für die Investitionsvorbereitung erforderlich waren).

Hieraus ergaben sich die dargestellten drei technologischen Linien, wobei für die Herstellung von Zwischenoriginalen zur Ergänzung oder Variierung bestimmter Texte oder Darstellungen weitere Nebenlinien wie unter Einsatz des Organisationsautomaten „Optima 528" oder des Kontaktko-

7
Belichten im Xerographiergerät „Pylorys KS 2"

8
Festigen des auf Aluminium-Folie übertragenen Bildes in einer Backröhre

9
Druck mit Offsetdruckmaschine „BDA 4"

10
Sortieren mit Einzelblattzusammentragmaschine und Rüttelbox

piergerätes „Lumoprint" genutzt wurden. Für die Herstellung von Zeichnungsvarianten kam vorwiegend das Negativmontage- und Positivergänzungsverfahren zur Anwendung, auf die hier nicht näher eingegangen wird.

In den beiden Tabellen auf Seite 753 sind die für die Herstellung von Textunterlagen und Zeichnungen erforderlichen Arbeitsschritte, Maschinen und Geräte, die eingesetzten Arbeitskräfte und die durchschnittlichen Schichtleistungen aufgeführt.

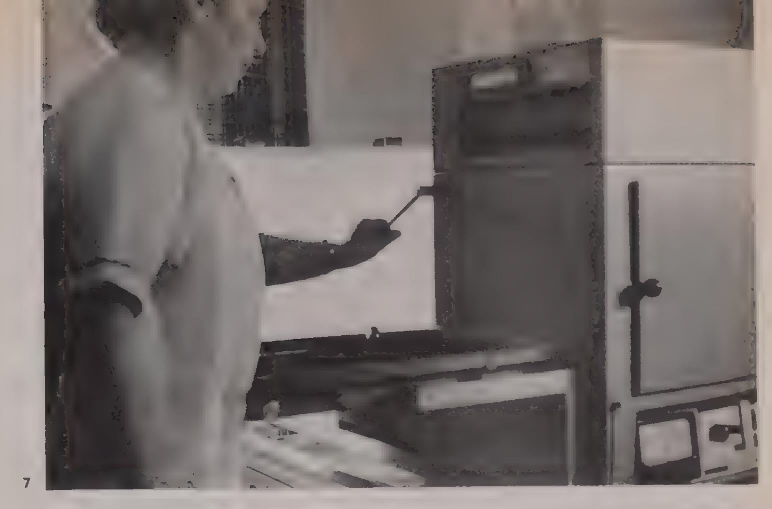
Für das Lichtpausen beträgt die Arbeitsleistung bei Verwendung von Formatblättern im Durchschnitt 1000 Blatt je Schicht. Für das Pausen, Entwickeln, Sortieren und Zusammenstellen werden dafür 2,6 Arbeitskräfte benötigt. Die Selbstkosten betragen

je Lichtpause Format	A 4	0,07 M
	A 3	0,10 M
	A 2	0,12 M.

Insgesamt wurden für die Unterlagen der rationalisierten Wohnungsbaureihe Erfurt 26 unterschiedliche Gebäudeabschnitte bearbeitet. Diese Zahl ergab sich aus den Anforderungen an unterschiedliche Wohnfunktionen und des Städtebaues. Insgesamt wurden 5160 Textoriginale und 2370 Zeichnungsoriginale angefertigt und bei einer unterschiedlichen Höhe der Druckauflage insgesamt 428 600 Blatt Textunterlagen im Format A 4 und 97 600 Blatt Zeichnungen im Format A 3 im Offsetdruckverfahren hergestellt.

Bei der Lösung dieser Aufgaben konnten durch Ausnutzung der beiden technologischen Linien für den Offsetdruck gegenüber einer Herstellung im Lichtpausverfahren 37 Prozent der Selbstkosten und 55 Prozent der Arbeitszeit eingespart werden. Erhebliche organisatorische Vereinfachungen sind mit der Herstellung bestimmter Druckauflagen, der Lagerhaltung von Angebotsprojekten und der damit jederzeitigen Verfügbarkeit der Unterlagen verbunden. Demgegenüber würde die Bereitstellung über Lichtpausen erfordern, bei Bedarf die Originale herauszusuchen, Pausaufträge zu erteilen, die Paus- und Zusammenstellungsarbeiten durchzuführen, bevor die Dokumentation zur Verfügung steht. Infolge des ständigen Kreislaufs der Originale sind diese nicht immer greifbar, und dadurch entstehen zusätzliche Schwierigkeiten und Verzögerungen.

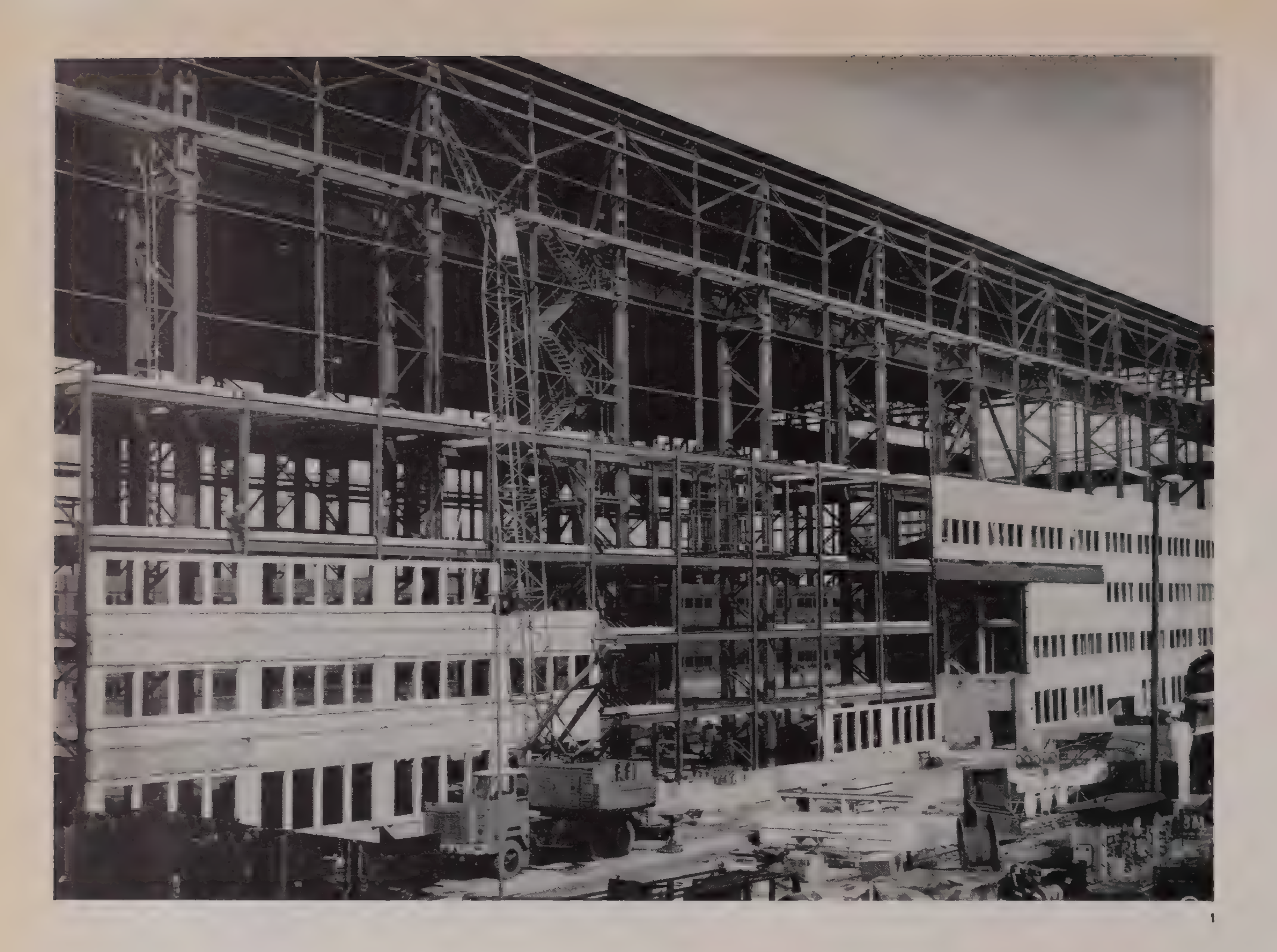
Wegen der vorher festgelegten Auflagenhöhe und unvorhergesehener Veränderungen im Investgeschehen und Aktualisierungen kann ein verlorener Aufwand an Drucken auftreten. Wir schätzen jedoch nach unseren Erfahrungen ein, daß dieser Mehraufwand wesentlich geringer ist, als der zusätzliche Aufwand bei der Auslieferung von Angebotsunterlagen über Lichtpausen.


7


8


9


10



1

Ein Vorbereitungsbetrieb im Industriebau

Oberingenieur Ulrich Wilken, Architekt BdA/DDR

**da veröffentlicht diesen Beitrag aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des ersten volkseigenen Projektierungsbetriebes am 1. Dezember 1973.
Der Verfasser ist seit etwa 25 Jahren Direktor dieses Industrieprojektierungsbetriebes im Bezirk Rostock. Der Betrieb war insbesondere für Bauten der Seewirtschaft tätig. Das größte projektierte Vorhaben war der Überseehafen Rostock. red.**

Die Beantwortung einer Frage möchte ich diesem Beitrag vorausschicken.

„Was war das entscheidende Ergebnis der 25jährigen Projektierungstätigkeit?"

Ich glaube, es wird am besten getroffen, wenn man feststellt — der im Projektierungsprozeß schöpferisch tätige Ingenieur und Architekt, der Projektant selbst. Es soll hier nicht darauf eingegangen werden, was er alles nach der Projektierungstätigkeit geworden ist, wie zum Beispiel Hochschulprofessor, Institutsdirektor, Bezirksbaudirektor, Betriebsdirektor und vieles andere mehr. Den Projektanten als Komplexverantwortlichen für ein Industriebauvorhaben kann man, wenn er seine Aufgabe qualitats- und termingerecht erfüllt, als die entscheidende Entwicklung in der Projektierung betrachten, die in den letzten 20 bis 25 Jahren entstanden ist. Hier verbinden sich politisch-ideologische Klarheit, eigenes hervorragendes fachliches Wissen, organisatorische Fähigkeiten und Leitungstätigkeit zu einem Ganzen.

Insbesondere nach der Vereinigung der Bauausführung mit der Projektierung kamen neben der Koordinierung der ausrüstungstechnologischen Leistungen noch die bautechnologischen Anforderungen hinzu, die von den Komplexverantwortlichen eine hohe Qualifikation und Leistungsbereitschaft verlangt.

Ihnen stehen auf den verschiedensten Gebieten die Spezialisten zur Seite.

In einem größeren Kollektiv, heute haben wir über 600 Betriebsangehörige — 1948 waren es knapp 20 —, gibt es im Grunde keine fachlichen Aufgaben, die nicht gelöst werden könnten. Der Betrieb verfügt heute in der EDV über Großrechner, mittlere und Kleinrechner, über elektronische Zeichenautomaten und anderes mehr. Diese Technik versetzt ihn in die Lage, volkswirtschaftliche und betriebliche Optimierungen für die Lösung seiner Aufgaben durchführen zu können.

Überblickt man die letzten 25 Jahre, so gab es vier Abschnitte von besonderer Wichtigkeit:

■ In den ersten Jahren ging es darum, den volkseigenen Sektor in der Projektierung aufzubauen. Dieser Vorgang war für den einzelnen mit der wichtigen Entscheidung verbunden, die sozialistische Entwicklung anzuerkennen und aktiv zu unterstützen.

Hier wurden die Voraussetzungen geschaffen, durch die schöpferische Mitarbeit an Vorhaben des sozialistischen Aufbaus, die politische und menschliche Reife zu fördern. Diese Mitarbeiter hatten und haben damit Anteil an der Schaffung der materiell-technischen Basis der Arbeiterklasse.

Darüber hinaus gelang es in diesem Abschnitt, eine zentrale staatliche Leitung für die Industrieprojektierung zu schaffen, die sehr wesentlich über den Erfahrungsaustausch dazu beitrug, eine planmäßige Entwicklung nach Quantität und Qualität zu fördern.

■ Es ging dann insbesondere darum, die beste Arbeitsteilung in der Projektierung zu finden, zu erproben und einzuführen. Diese Arbeitsteilung hatte sowohl eine vertikale als auch eine horizontale Komponente.

Es ging einmal darum, über ein gutes Verhältnis Ingenieur — Techniker — Teilkonstrukteur — Zeichner die jeweiligen besten Potenzen, besonders der Ingenieure, umfassend einsetzen zu können und ihnen gleichzeitig eine interessante Tätigkeit zu ermöglichen. Andererseits war fachspezifisch der Projektierungsumfang bestmöglich zu gliedern, die Leistungsbreite des Architekten, des Bauingenieurs, des Bauwirtschaftlers, des HLS-Ingenieurs, später des Bautechnologen und anderer so zu gestalten, daß sowohl der Effekt einer Spezialisierung eintrat als auch eine Überlappung in den Grenzbereichen möglich

blieb zur jeweils optimalen Auslastung jedes einzelnen. Darüber hinaus zeigte sich, daß es besondere Neigungen und Fähigkeiten für die verschiedenen Phasen der Projektierung gibt, die es im betrieblichen wie im persönlichen Interesse zu nutzen galt und gilt.

■ Besonders in den sechziger Jahren galt der Spezialisierung in der Projektierung die besondere Aufmerksamkeit.

Sie fand ihren Niederschlag vorwiegend in drei Richtungen der Spezialisierung:

Objektbezogene Spezialisierung

unter Einsatz von Wiederverwendungs- und Angebotsprojekten.

Verfahrensbezogene Spezialisierung

durch die Entwicklung und den Einsatz von Leichtbau-, Skelett- und Wandbauweisen.

Industriezweigbezogene Spezialisierung

durch die ständig wiederkehrende Bearbeitung von industriezweigtypischen baulichen Anlagen.

Sie erhöhte wesentlich die Qualität und die Arbeitsproduktivität in der Projektierung.

In diese Zeit fällt ebenfalls der Aufbau einer eigenen Forschung und Entwicklung, der Ausbau der technischen Information und der verstärkte Einsatz technischer Hilfsmittel.

Durch die Erprobung und Einführung einer leistungsabhängigen Entlohnung gelang es in ständig verbesserter Form Normative für die Projektierungsarbeit zu entwickeln.

■ Der letzte Abschnitt, nämlich die Integration von Bauausführung und Projektierung, begann um das Jahr 1970 und hat seine Vollendung noch nicht erreicht.

Dieser Verschmelzungsprozeß ist komplexer als zunächst abzusehen war, deshalb stehen die Aufgaben und die Organisation in einem Vorbereitungsbetrieb des Industriebaus im Mittelpunkt dieses Beitrages. In einer hochentwickelten Wirtschaft haben auch die Kombinate des Industriebaus von der Größe, den Aufgaben und den territorialen Verhältnissen her unterschiedliche Bedingungen, die sich auch in ihren Vorbereitungsbetrieben differenziert widerspiegeln.

Das Neue für die bautechnische Projektierung allgemein waren jedoch die Aufgaben aus der Erweiterung der Forschung und Entwicklung, der Einbeziehung eines Teils der bautechnologischen Bearbeitung, die Verantwortung für die Informations- und verbindlichen Angebote der Kombinate zu übernehmen.

Nicht zuletzt war das harmonische Einfügen in das größere Kollektiv und die engere Verbindung zur Bauproduktion von besonderer Bedeutung. Alles jedoch mußte unter dem Aspekt der Eigenverantwortlichkeit für den Reproduktionsprozeß der bauausführenden Betriebe und der bauvorbereitenden Betriebe gesehen werden. Will man die Bedingungen, unter denen etwas Neues und Effektiveres entsteht, beschreiben, will man es gleichzeitig vermeiden, strukturelle Fragen in den Vordergrund zu stellen, und kann man gleichzeitig voraussetzen, Verständnis zu finden, daß bei den nachfolgend angegebenen Zahlen im Einzelfall Abweichungen durchaus möglich sind, ohne den Gesamtzusammenhang zu ändern, so soll eine Quantifizierung für die weiteren Betrachtungen zugrunde gelegt werden (Abb. 1).

Die Maßeinheit, auf die sich alle weiteren Untersuchungen beziehen, sind 100 Millionen Mark Bausumme im Jahr als Hauptauftragnehmerleistung.



2



3

1 Ein bedeutendes Rekonstruktionsobjekt im Jahre 1970
Die Volkswerft Stralsund

2 Betriebsgebäude des Betriebsteiles Forschung, Projektierung und Technologie Stralsund

3 Blick in einen Arbeitsraum

4 Der im Betrieb eingesetzte elektronische Zeichenautomat

4





5

1. Zur Forschung und Entwicklung in einem Baukombinat

Geht man davon aus, daß in den Baukombinaten vorwiegend die Forschung und Entwicklung für die komplexe sozialistische Rationalisierung des eigenen Kombinates eingesetzt wird und durch die intensive Erweiterung der Produktion 5 bis 6 Prozent Steigerung der Arbeitsproduktivität jährlich erreicht werden soll, so müssen rund 0,6 Prozent der Bausumme für die Forschungs- und Entwicklungskräfte eingesetzt werden.

Da der Bereich Forschung und Entwicklung auf Selbstkostenbasis arbeitet (rund 20 TM Arbeitsproduktivität), können etwa 30 VBE, davon rund 15 Hochschulingenieure und 5 Fachschulingenieure, eingesetzt werden. Aus den Leistungen der Forschung und Entwicklung wäre erreichbar, etwa 60 Prozent der jährlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität abzudecken. Das würde bedeuten, daß die Forschung und Entwicklung die Voraussetzung schafft, um jährlich die Bauproduktion um rund 3,3 Mio M zu erhöhen. Damit wäre eine Effektivität von 1 : 5,5 erreichbar.

Diese günstige Effektivität wird jedoch durch erforderliche Investitionen, Kosten für Experimente und ähnliches gemindert. Es wäre anzustreben, rund 2 Prozent der Produktionsarbeiter (HAN) für die Forschung und Entwicklung einzusetzen.

Auf zwei wichtige Gesichtspunkte sei in diesem Zusammenhang hingewiesen.

- Die Themenfindung für die Forschung und Entwicklung bedarf größter Aufmerksamkeit. Hier sollte analytisches Material wie wissenschaftlich-technische Konzeptionen herangezogen werden, besonders beachtenswert sind Bauarbeiten mit hohem Anteil an lebendiger Arbeit oder mit hohem Kostensatz. Hierbei spielen die Betonarbeiten generell, aber auch in Anbetracht ihres prozentualen Anteiles im Industriebau eine wichtige Rolle.

Das gesamte Kollektiv zur Themenfindung heranzuziehen ist organisatorisch kompliziert, jedoch am effektivsten. Hierbei ist die Einordnung in Forschungs- und Entwicklungsthemen und in Neuererthemen beziehungsweise ihre Kombination entsprechend den jeweiligen Bedingungen notwendig.

- Die Themenüberleitung in die Praxis und ihre jährliche Abrechnung sollten ein Schwerpunkt jeder Leitungstätigkeit sein. Hierbei spielt die Verbundenheit des gesamten Kollektivs von der Forschung und Entwicklung über die Projektierung, die Bautechnologie, die Bauausführung und den Absatz eine wichtige Rolle. Es ist eine ideologische Erkenntnis, daß ohne die Forschung und Entwicklung auf die Dauer eine Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Produktion nicht möglich ist und ohne eine schnelle Einführung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Produktion diese nicht mehr wert sind als das Papier, auf dem sie stehen.

Es ist eine Übereinstimmung zwischen dem Nutzenausweis der Forschung und Entwicklung im Planjahr und den entsprechenden Festlegungen in den Rationalisierungskonzeptionen der bauausführenden Betriebe herzustellen und abzurechnen.

2. Zur Projektierung und Bautechnologie

Unter Berücksichtigung der eigenen komplexen Abarbeitung sämtlicher Phasen der Vorbereitung und Durchführung erbringt eine Arbeitskraft in der Projektierung, unter Berücksichtigung einer vorwiegend intensiven Erweiterung der Produktion in der Industrie, rund 0,8 Millionen Mark Bausumme im Jahr.

Anders gesagt, um 100 Millionen Mark Bausumme zu erbringen, werden rund 125 Projektanten benötigt. Da rund 5 Prozent an Projektierungsgebühren für alle Phasen erhoben werden, erbringt der Projektant rund 40 TM an Arbeitsproduktivität im Jahr. Hierbei kann es entsprechend der Aufgabenstruktur Abweichungen in den einzelnen Kombinaten geben.

Unter dem Begriff „Projektant" erfassen wir hierbei alle Kräfte im arbeitsteiligen Prozeß und die in den Hilfs- und Nebenabteilungen. Auf einen Ingenieur entfällt demnach ein Bausummenanteil von rund 1,6 Millionen Mark.

Was leistet nun der „Projektant" – hier wird der Bautechnologe einbezogen – unter den neuen Bedingungen? Wobei gesagt werden muß, daß es nicht erstrangig um ein Nebeneinander von Forschung und Entwicklung, Projektierung und Bautechnologie geht, sondern der Vorteil der organisatorischen Einheit gerade auch darin besteht, parallel zu arbeiten und während des Bearbeitungsprozesses durch die Wechselwirkung zu besseren Lösungen insgesamt zu kommen.

Der Auftraggeber ist gut beraten, wenn er bereits bei der Ausarbeitung seiner komplexen Grundfondskonzeption den Bauprojektanten in Form von Grobstudien, Gutachten oder Konsultationen mit heranzieht. Durch die in Jahrzehnten gewachsene Kenntnis der spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Industriezweige, die ständige aktuelle Übersicht über Baupreise und nicht zuletzt aufgrund der Voraussetzung komplex arbeiten zu können, können in stärkerem Maße realere Aufgabenstellungen für die Vorbereitung zum Nutzen der Volkswirtschaft und des Auftraggebers selbst entstehen.

Sowohl die zur Zeit knappe Projektierungskapazität als ein auch nicht immer ausreichendes Verständnis beim Auftraggeber erschweren es oft noch, hier schneller voranzukommen.

Die entscheidende neue Leistung des Vorbereitungsbetriebes ist das zeitgerecht bereitgestellte, bestätigte und verbindliche Angebot für den Hauptauftragnehmer Bau (Abb. 2).

Auf die vielfältigen Beziehungen zwischen Projektierung und Ausrüstung und des Baues soll hier nicht eingegangen werden; sie sind in ihrer Kompliziertheit bekannt und bleiben nach wie vor der entscheidende Ausgangspunkt für die bautechnische Industrieprojektierung.

Um ein bestätigtes Angebot dem bauausführenden Betrieb zur Verfügung zu stellen, bedarf es der Lösung einer Fülle von Verflechtungen, die hier nur in den wesentlichsten Abhängigkeiten dargestellt werden können.

Wenn es gelingt, 80 bis 90 Prozent der Bauproduktion des Folgejahres im zweiten Quartal des Vorjahres mit bestätigten Angeboten zu versehen und deren Beständigkeit gesichert ist, so können wir sagen, daß wir die Vorbereitung der Produktion voll im Griff haben.

Damit wären im Industriebau die stets berechtigten Anforderungen – schnell, billig und gut zu bauen – voll zu erfüllen. Die Kontinuität des Bauens und damit eine hohe Effektivität, gute Arbeits- und Lebensbedingungen wären in breitem Maße durchsetzbar. Die Einschätzung, wie weit die Verordnung über die Bilanzierung in den Planungsablauf voll Eingang gefunden hat, soll und kann nicht Gegenstand der Betrachtung sein. Wichtig ist es zu untersuchen, welche Hauptaktivitäten der Vorbereitungsbetrieb in diesem Zusammenhang auslöst. Eine Vorbilanzierung kann eigentlich nur aufgrund bestätigter Informationsangebote erfolgen. Eine konkrete Investitionsvorentscheidung kann unseres Erachtens jedoch nur getroffen werden, wenn der Vorbereitungsbetrieb eines Baukombinates bereits in dieser Phase mitwirkt. Nur der Vorbereitungsbetrieb verfügt über ausreichende Informationen, um einen Vorbilanzentscheid veranlassen zu können. Das gleiche gilt für die Bilanzentscheidungen. Da es sich hierbei noch um

5 Der 1950 errichtete Fischereihafen Saßnitz

6 Blick auf einen Teil des Überseehafens Rostock (1960)

7 Qualifizierung der Leistungen für ein Jahr (siehe auch Abb. 1)

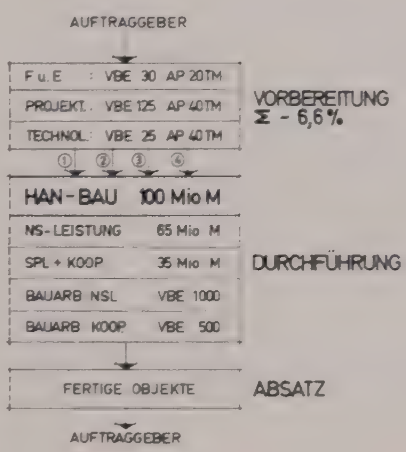
1 Überleitung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen und weitere Rationalisierungsmaßnahmen
2 Bautechnische und bautechnologische Unterlagen
Investitionsvorentscheidungen, Grundsatzentscheidung (Information), verbindliches Angebot
3 Hauptfristenplan mit Kooperations-, Material- und Maschineneinsatz. Bilanzierung nach Objekten und Teilkapazitäten
4 Bautechnische Ausführungsunterlagen

8 Hauptaktivitäten zur Herstellung des verbindlichen Angebotes (siehe auch Abb. 2)

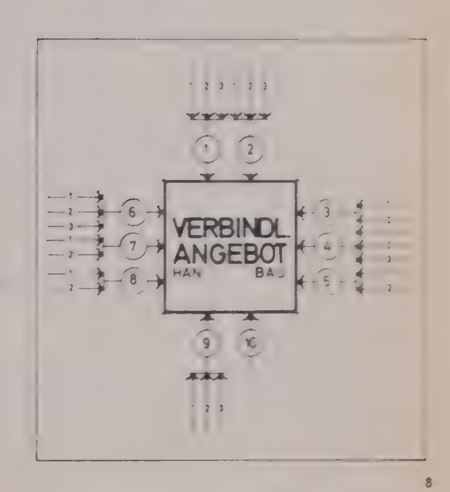
1 Bautechnische Dokumentation
  1.1. Ausrüstungen
  1.2 Entwurf – Statik – Konstruktion
  1.3 Sonderleistungen
2 Bautechnologische Dokumentation
  2.1 Baustelleneinrichtung
  2.2 Planungstechnologische Unterlagen
  2.3 Verfahrenstechnologische Unterlagen
3 Objektbilanzierung
  3.1 Vorbilanzentscheid
  3.2 Bilanzentscheid
4 Teilkapazitätsbilanz
  4.1 im Jahr
  4.2 im Quartal
  4.3 im Monat
5 Kooperationsbilanz
  5.1 zentrale Kooperation
  5.2 Kooperation im Bezirk
6 Angebot – Eigenleistungen
  6.1 nichtspezialisierte Leistung
  6.2 Spezialleistung
  6.3 eigener Ausbau
7 Kooperationsangebote
  7.1 zentrale Kooperationspartner
  7.2 Kooperationspartner im Bezirk
8 Forderung des Auftraggebers
  8.1 Investitionsvorentscheidung
  8.2 sonstige Auflagen
9 Prüfung der Unterlagen
  9.1 Staatliche Bauaufsicht
  9.2 Gutachten und Stellungnahmen
  9.3 eigene technische Kontrolle
Bestätigung des Angebotes durch den Auftraggeber



6



7



8

Prozesse handelt, ist der kurze Informationsweg entscheidend und nur in einem Betrieb, der eine organisatorische Einheit bildet, optimal zu beherrschen. Wenn die Zeitbezogenheit entsprechend dem Bilanzentscheid von einem Planjahr auf Monate gegliedert werden soll, das geplante Aufkommen von einigen Millionen Mark Bausumme auf Bauarbeiten mit differenzierten Arbeitsproduktivitäten auszuweisen ist, wenn die Bilanzierung der Hauptkooperationsbeziehungen, des Materials und der Maschinen mit einfließen soll, wenn letztlich die Spezialkapazitäten des Kombinates kontinuierlich ausgelastet werden sollen, so sind alle diese Untersuchungen und andere vorher notwendig, um ein für das Kombinat verbindliches Angebot mit Preis, Ablaufplan und anderen Positionen abgeben zu können. Darüber hinaus muß der bauausführende Betrieb wissen, welche Planselbstkosten dem Baupreis gegenüberstehen, denn letztlich muß der bauausführende Betrieb seinen Staatsplan erfüllen und sollte bestrebt sein, ihn überzuerfüllen.

Da die zeitabhängige Ablaufplanung für Vorhaben und Objekte und die Bilanzierung nach Teilkapazitäten voneinander abhängig sind und es sich auch hierbei wieder um Prozesse handelt, kann man sie organisatorisch nicht voneinander trennen, sondern muß sie mit der bautechnischen Projektierung verbinden. Zur Bewältigung dieser Verflechtungen ist ein Algorithmus zielstrebig abzuarbeiten, wobei uns für die Planung der Mengen, des Preises, der Selbstkosten, des Materials, des Bauablaufes und der Bilanzierung nach Teilkapazitäten eingefahrene EDV-Programme zur Verfügung stehen.

Ein besonderes Augenmerk ist der weiteren Verbesserung der Kennzahlen über die Auswertung von Nachkalkulationen ausgewählter Objekte zu schenken. Zur Vervollständigung des Angebotes aus der Eigenleistung des Kombinates, das sich im allgemeinen aus nichtspezialisierter-, spezialisierter- und Ausbauleistung zusammensetzt, sind die Angebote der wesentlichsten Kooperationspartner einzufügen.

In den vergangenen Jahren hat es sich gezeigt, daß die Beibringung von Kooperationsangeboten besonders zeitaufwendig ist und deshalb sehr frühzeitig Maßnahmen zur Kooperationssicherung eingeleitet werden müssen. Die Kooperationssicherung sollte bereits anläßlich der Mitwirkung des Bauprojektanten zur Investitionsvorentscheidung beginnen. Es bedarf noch während der Abstimmung – besonders des Preises – mit dem Auftraggeber zwischen Abgabe und Bestätigung des Angebotes einer Zeitreserve. Die bautechnologische Mitwirkung des bauvorbereitenden Betriebes schließt zweckmäßig mit der Abgabe des verbindlichen Angebotes ab. Unter dieser Voraussetzung kann man davon ausgehen, daß ein Bautechnologe etwa vier Millionen Mark Bauwirtschaftsleistungen bearbeiten kann.

In unserem Beispiel würden 25 Bautechnologen benötigt. Unter Berücksichtigung der gleichen Arbeitsproduktivität, wie sie für den Bauprojektanten ausgewiesen wurde, würde ein Prozent der Bausumme für die Finanzierung der Bautechnologie benötigt werden.

3. Einige Bemerkungen zum Vertragswesen und zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Bis zur Abgabe des verbindlichen Angebotes bestehen Vertragsverhältnisse zwischen dem Auftraggeber und dem Vorbereitungsbetrieb des Kombinates. In dieser Phase nimmt der Vorbereitungsbetrieb für das Kombinat die Funktion des General-



9



9|10 Ferienbungalows für die Mitarbeiter des Betriebes auf Rügen und Hiddensee

auftragnehmers oder die des Hauptauftragnehmers Bau wahr. Nach der Bestätigung des Angebotes tritt der GAN-HAN-Betrieb der Bauausführung durch den Investitionsleistungsvertrag als Vertragspartner gegenüber dem Auftraggeber bis zum Absatz der Vorhaben oder der Objekte auf. Die Ausarbeitung des Angebotes liegt in der Zuständigkeit des Vorbereitungsbetriebes, die Abgabe des Angebotes erfolgt durch die Vorbereitung und Ausführung gemeinsam. Um die Eigenverantwortung für den Reproduktionsprozeß des bauausführenden Betriebes zu gewährleisten, kann es nicht anders sein, daß alle weiteren Vertragsbeziehungen für Kooperationsleistungen, für den Materialeinsatz, für den Maschineneinsatz und zu den örtlichen Organen von ihm selbst hergestellt werden. Dem Vorbereitungsbetrieb obliegt es, diese Leistungen in der Bilanz abzusichern. Für den verbindlichen Baupreis muß der vorbereitende Betrieb die Verantwortung übernehmen. Positive und negative Abweichungen, soweit sie aus der Vorbereitung resultieren, haben Auswirkungen auf das Betriebsergebnis des Vorbereitungsbetriebes.

In diesem Zusammenhang steht die Lögung der Fragen aus der Nutzungsbeteiligung und der Bildung eines Fonds beim Vorbereitungsbetrieb zur Abdeckung von Risiken auf der Tagesordnung. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedoch bewiesen, daß bei allen notwendigen administrativen Regelungen die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in der Phase zwischen der Vorbereitung und der Durchführung ein entscheidendes Moment für die erfolgreiche und schnelle Einführung der effektiveren Arbeitsteilung ist. Die Formen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit sind vielfältig. Über einen entscheidenden Bereich soll hier einiges vermerkt werden.

Durch die Verteidigungen der Vorbereitungs- und Durchführungsunterlagen vor dem Baustellenkollektiv werden frühzeitig Informationen vermittelt, die dazu dienen sollen, eine verbindliche Übereinstimmung zu erreichen.

In der Regel werden vier Verteidigungen durchgeführt.

Eine erfolgt im Rahmen der Mitwirkung zur Investitionsvorentscheidung, zwei weitere im Rahmen der Mitwirkung zur Grundsatzentscheidung und die vierte schließlich im Rahmen der Entscheidung über die Durchführungsunterlagen.

Neben den wichtigen sachlichen Wechselwirkungen, die erreicht werden, scheinen uns die verbesserten zwischenmenschlichen Beziehungen ausschlaggebend zu sein.

Verteidigungen werden im „technologischen Rat" behandelt; sie binden sich organisch in den betrieblichen Entwurfsrat und die technische Kontrollorganisation ein. Die letzten Jahre haben bewiesen, daß die Integration der Bauausführung und Projektierung positive Ergebnisse zu verzeichnen hatte.

Einige Fragen sollten in nächster Zeit noch eine verbesserte Regelung erfahren.

1. Die volkswirtschaftliche Verantwortung des Projektanten in ökonomischer und ästhetischer Hinsicht kann voll durch die verbindliche Mitwirkung an der Industrieplanung, der komplexen Grundfondskonzeption und der Investitionsvorentscheidung durch Variantenvergleiche erfüllt werden. Die Forderung nach der Effektivität des Baukombinates – als eines Teils der Volkswirtschaft – sollte insbesondere in den Phasen der Grundsatzentscheidung und der Entscheidung über die Durchführungsunterlagen beachtet werden. Damit kann die Doppelfunktion der Vorbereitung ohne Einschränkung in breitem Maße wahrgenommen werden.

2. Die Spezialisierung der Bauprojektierung als wichtiges Element der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Projektierung und einer günstigeren Bauvorbereitung sollte auch unter den heutigen Bedingungen fortgesetzt werden.

3. Die verbindliche Einflußnahme des Projektanten bis zur Übergabe des Objektes an den Auftraggeber entspricht den Bedürfnissen der Volkswirtschaft, des Kombinates und den Vorstellungen der Entwurfsverfasser selbst. Verbesserte Materialinformationen über einen längeren Zeitraum würde Projektänderungen vermeiden und zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität führen.

Die übergroße Fülle von Zustimmungen und Genehmigungen anderer Stellen für die Projektierung entspricht nicht mehr unserem anzustrebenden Qualitätssicherungssystem und sollte wesentlich rationalisiert und die Verantwortung der Projektierungsbetriebe erhöht werden. Letztlich wird das Projektierungsdefizit durch die intensive Erweiterung und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu überwinden sein, was jedoch nicht ausschließt, gewisse extensive Erweiterungen insbesondere in der HLS und der Baukostenplanung vorzunehmen.

4. Die Nutzenbeteiligung sowohl im Kombinat als auch die gegenüber dem Auftraggeber, sowie die Bildung eines Risikofonds in der Projektierung als die Voraussetzungen klare Ware-Geld-Beziehungen im Kombinat zu schaffen, sollten für den Industriebau konkretisiert werden.

5. Die Preisregelung für Projektierungsleistungen erfordert eine Ergänzung für die bautechnologischen Regelleistungen.

6. Der erweiterte Erfahrungsaustausch zwischen den vorbereitenden Betrieben der Kombinate würde zu einer schnelleren Realisierung der Aufgaben führen.

Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen dem Bauarbeiter und dem Projektanten, die gemeinsame Verantwortung für den Plan des Kombinates, das Anliegen, durch die Erhöhung der Leistung in der Bauindustrie, die Hauptaufgabe des VIII. Parteitages schneller verwirklichen zu helfen, erfüllen uns mit Optimismus und verpflichten uns, unsere neuen Aufgaben noch zielstrebiger zu erfüllen.

Sozialistischer Wettbewerb im Projektierungsbetrieb

Dr. Wilfried Mollenhauer

Als fester und wesentlicher Bestandteil der Leitungs- und Planungstätigkeit des Betriebes wird im VEB Projektierung und Bauleitung der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der sozialistische Wettbewerb umfassend geführt.
Wir bemühen uns laufend um seine weitere Vervollkommnung und Qualifizierung. Die Hauptaufgabe des Betriebes liegt als Spezialprojektant in der qualifizierten Aufbereitung von Entscheidungsvorlagen für eine effektive, struktursichernde Grundfondspolitik in der Agrarforschung einschließlich einiger Überleitungsaufgaben (Schaffung vergegenständlichten Wissenschaftspotentials, Produktionsanlagen in den Lehr- und Versuchsgütern) sowie in der Anfertigung technologischer und bautechnischer Investitionsdokumentationen, der Bauinspektion und Baubetreuung.
Der Anteil Projektierungsleistungen (aller Vorbereitungsphasen und der Durchführungsphase) beträgt etwa zwei Drittel der Gesamtleistungen.
Seit Bestehen des Betriebes (Gründung 1969) haben sich nicht nur die konkret meßbaren Leistungs- und Beurteilungskriterien gut entwickelt, sondern sind vor allem auch gleichzeitig in einem Niveauanstieg des sozialistischen Denkens und Handelns bei der überwiegenden Mehrzahl der Mitarbeiter erkennbar.

Die wichtigsten Entwicklungskennzahlen

Erfüllung des geplanten Bruttoumsatzes

1969	101 %
1970	108 %
1971	103 %
1972	112 %

Entwicklung der Arbeitsproduktivität

Jahr	Betrieb insgesamt	Steigerung zum Vorjahr	Produzierende Mitarbeiter
1969	25,1 TM	—	26,6 TM
1970	25,7 TM	2,5 %	29,9 TM
1971	27,7 TM	10,5 %	33,4 TM
1972	28,2 TM	5,5 %	36,2 TM

Entwicklung des Verhältnisses Bruttoumsatz/Bruttolohn (Betrieb insgesamt)

1969	2,08 : 1
1970	2,27 : 1
1971	2,52 : 1
1972	2,49 : 1

Kostensatz der betrieblichen Gesamtleistungen

1969	81 %
1970	82 %
1971	76 %
1972	69 %

Die geplanten Kosten und Aufwendungen wurden in allen Jahren unterboten, das geplante Betriebsergebnis wesentlich überboten.
Der sozialistische Wettbewerb wird in unserem Betrieb auf drei Ebenen geführt:
auf der Ebene des Betriebskollektivs, im Vergleich zu anderen, gleichgelagerten Einrichtungen
auf der Ebene der Arbeitskollektive (Gruppen), untereinander
auf der Ebene der Mitarbeiter (innerhalb der Arbeitskollektive und auch nach Berufsgruppen), untereinander
Dabei gilt für alle gleichermaßen als einheitliche Grundlage: Plan – Betriebskollektivvertrag – Wettbewerbsbeschluß.

■ Maßstab für die erfolgreiche Führung des sozialistischen Wettbewerbs für den Gesamtbetrieb sind
Planerfüllung und -überbietung
bessere ökonomische und arbeitsökonomische Ergebnisse als vergleichbare Betriebe
Erfüllung der im BKV und im Wettbewerbsbeschluß verankerten Aufgaben und Verpflichtungen
Hauptkriterien:
– Planerfüllung Bruttoumsatz und ständige Steigerung der Gesamtleistungen
– Steigerung der Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Vorjahr
– Erhöhung des Bruttoumsatzes gegenüber dem eingesetzten Durchschnittslohn
– Verbesserung des Kostensatzes und Senkung der Kosten
– Verminderung des Anteils Betriebsgemeinkosten an den Selbstkosten
– Beteiligung und gesellschaftlicher Nutzen in der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung
– Gewährleistung einer hohen Gebrauchswertqualität der projektierten Vorhaben in konstruktiver, funktioneller und gestalterischer Hinsicht einschließlich der Schutzgüte
– Erreichung und Verbesserung der in der technisch-technologisch-funktionell-organisatorischen Aufgabenstellung für wissenschaftlich-technische Dokumentationen gestellten Prämissen
– Senkung des spezifischen Investitionsaufwandes sowie Einhaltung und Unterbietung staatlicher, technischer und ökonomischer Normative
– Verkürzung der Bearbeitungsfristen für wissenschaftlich-technische Dokumentationen und Einhaltung der geplanten Termine
– Intensivierung der Baubetreuung und Beratungstätigkeit
– Aufgabenorientierte Qualifizierung auf weltanschaulich-politischem und fachlichem Gebiet
– Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen
Die Kontrolle hierüber erfolgt monatlich, eine exakte Auswertung und Rechenschaftslegung des Direktors vor der Gesamtbelegschaft findet halbjährlich statt.

■ Der sozialistische Wettbewerb zwischen den Kollektiven erfolgt auf der Grundlage des Produktionsplanes für die Gruppen und der Wettbewerbsprogramme und -verpflichtungen sowie auf der Grundlage einer betrieblichen Kriterienliste in der Wettbewerbsordnung zum BKV.
Hauptkriterien:
– Planerfüllung Bruttoumsatz, Warenproduktion und Unvergütete Dienstleistungen
– Einhaltung der Kostenvorgaben
– Senkung Materialverbrauch
– Einhaltung und Verbesserung des Verhältnisses Bruttoumsatz zu Bruttolohn
– Einhaltung und Erhöhung des Anteils produktiver Arbeitszeit
– Einhaltung Vertragstermine
– Qualität und Schutzgüte der wissenschaftlich-technischen Dokumentationen (konstruktiv, funktionell, gestalterisch)
– Einhaltung und Unterbietung von Aufwandsnormativen
– Investitionseinsparungen
– Einhaltung von Berichts-, Informationsterminen für die Rechenschaftslegung
– Form, Qualität und Wirksamkeit der Führung des sozialistischen Wettbewerbs
– Initiative und Wirksamkeit gesellschaftlicher Veranstaltungen
– Aufgabenorientierte Qualifizierung
– Initiative und Wirksamkeit in der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung
– Öffentlichkeitsarbeit
– Gewährleistung der Prinzipien von Ordnung, Sicherheit und Arbeitsdisziplin
Auch für das Kollektiv der Direktionsgruppe gelten mit einigen Ausnahmen die oben aufgeführten Kriterien; es kommen hinzu:
– Unterbietung der Gemeinkosten
– Qualität und Quantität der materiell-technischen Versorgung der Kollektive
– Gewährleistung der Liquidität und fristgerechte Abwicklung des Rechnungswesens und der Statistik
Die Auswertung der Wettbewerbsergebnisse der Kollektive wird monatlich vorgenommen. Vierteljährlich werden die besten Kollektive ideell und materiell ausgezeichnet. Die Arbeitskollektive legen jährlich einmal Rechenschaft ab.

■ Zwischen den Mitarbeitern wird ebenfalls abrechenbar der sozialistische Wettbewerb auf der Grundlage persönlicher Arbeitspläne und zunehmend durch persönlich-schöpferischer Pläne geführt und abgerechnet.
Hauptkriterien:
– Quantitative und qualitative Erfüllung der geplanten Arbeitsaufgaben
– Quantitative und qualitative Erfüllung der operativen Arbeitsaufgaben
– Wirksamkeit im Arbeitskollektiv und im Territorium
– inner- und außerbetriebliche gesellschaftliche Aktivitäten
– Aktivitäten bei Bildung, Kultur und Sport
– Ergebnisse in der Öffentlichkeitsarbeit
– Mitarbeit und Ergebnisse im Neuererwesen
– Einhaltung und Ausnutzung der Arbeitszeit, Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Arbeitsdisziplin
Die Wertung nach Berufsgruppen wird vierteljährlich vorgenommen. Die berufsbesten Bauleiter, Projektanten, Teilkonstrukteure und Sachbearbeiter werden ideell und materiell ausgezeichnet.
Die Schaffung einer echten Wettbewerbsatmosphäre führte unter anderem zu folgenden Ergebnissen:
Anteil der Mitarbeit an der Gesamtbelegschaft, die den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" erhielten oder erneut erfolgreich verteidigen:

1969	–
1970	15,6 %
1971	42,0 %
1972	51,0 %

Beteiligung der Mitarbeiter am Neuererwesen, bezogen auf Gesamtbelegschaft (in VBE):

1969	–
1970	7,8 %
1971	20,2 %
1972	30,2 %

Anteil der Mitarbeiter, die Mitglied der DSF sind (Stichtag 31. 12.):

1969	29,0 %
1970	31,0 %
1971	40,0 %
1972	81,0 %

Höhe des Solidaritätsaufkommens, bezogen auf den gezahlten monatlichen FDGB-Beitrag:

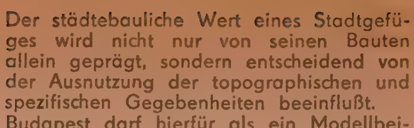
1971	56,0 %
1972	61,0 %

Durch die umfassende und konsequente Führung des sozialistischen Wettbewerbs

wurden alle Planvorgaben des Betriebes erfüllt oder überboten. Diese kontinuierliche und stabile Entwicklung in der Produktion fand aber auch gleichzeitig ihren Niederschlag in einer ebenfalls kontinuierlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitarbeiter, indem zum Beispiel zunehmend Sozialleistungen gewährt werden konnten.
Die quantitativ meßbaren Leistungen des Betriebes, der Arbeitskollektive und der einzelnen Mitarbeiter lassen sich über das betriebliche Rechnungswesen gut ermitteln und werten.
Weitaus komplizierter ist die Wertung qualitativer Kriterien. Wir bedienen uns dabei
– der Selbsteinschätzung der Kollektive
– einer betrieblichen Kommission für Qualität und Schutzgüte
– der BGL Kommission „Ständige Produktionsberatung und Sozialistischer Wettbewerb"
Wenn auch bei Selbsteinschätzungen der Trend immer etwas zu sehr zum Positiven neigte, so waren die Arbeitskollektive immer veranlaßt, selbst Vorzüge und Nachteile angebotener technischer Lösungen herauszuarbeiten und für die Wertungen, die funktionelle, konstruktive, gestalterische, bautechnologische und ökonomische Aspekte berücksichtigen, vorzuarbeiten.
Die Wertung der architektonisch-gestalterischen Qualität ist am schwierigsten, weil hier in hohem Maße subjektiv-ästhetische Einstellungen mitwirken. Für unsere Aufgabenstellung – Vorbereitung von Wissenschaftsbauten (Labore, Technika, Gewächshäuser, Tierproduktionsanlagen) nicht zu unterschätzen, aber andererseits nicht so vorrangig zu behandeln wie beim Gesellschafts- und Wohnungsbau oder bei städtebaulichen Ensemblelösungen.
Ein tieferes Eindringen in die „Aufgabenproblematik" eines Investitionsvorhabens ist unserer Kommission „Qualität und Schutzgüte" dadurch möglich, daß sie in allen Bearbeitungsphasen – beginnend beim ersten Ideenentwurf – „Verteidigungen" der Projektleiter und der beteiligten Kollektive unter Mitwirkung der Auftraggeber abnimmt.
Die Arbeit der Kommission trug dazu bei,
– daß bisher keine berechtigten Qualitätsmängelrügen von den Auftraggebern geltend gemacht wurden,
– die schöpferische Atmosphäre des sozialistischen Wettbewerbs hier besonders deutlich wurde und
– sich viel Neues im politisch-fachlichen Meinungsstreit erfolgreich durchsetzte.
Die sich aus dem Beschluß des Präsidiums des Ministerrats vom 28. 3. 1973 zur Qualifizierung der Leitung und Planung der Projektierung für die Führung des sozialistischen Wettbewerbs im Betrieb ergebenden Aufgaben sehen wir wie folgt:
– Abschluß der grundfondswirtschaftlichen Untersuchungen im Bereich der Akademie und ständige Aktualisierung der Recherchedokumente
– Verstärkte Mitwirkung bei der wissenschaftstechnologischen - wissenschaftsorganisatorischen Formulierung der Aufgabenstellungen durch die Investitionsauftraggeber
– Konzentration der technologischen und bautechnischen Projektierungskapazität auf Schwerpunktvorhaben, insbesondere RGW-Vorhaben
Weiterentwicklung und Spezialisierung des Betriebes für die Vorbereitung und Betreuung von Wissenschaftsbauten
– Verstärkte Anwendung bewährter betrieblicher und überbetrieblicher wiederverwendungsfähiger technischer Teillösungen und Angebotsprojekte
Der Wettbewerbsbeschluß unseres Betriebes, die Kollektivprogramme und die persönlich-schöpferischen Pläne der Mitarbeiter werden im Zusammenhang mit der Plandiskussion 1974, die aus dem Beschluß des Präsidiums des Ministerrates und aus der praktischen Führung des sozialistischen Wettbewerbs abgeleiteten Erkenntnisse berücksichtigen.

Budapester Reiseskizzen

Dipl.-Architekt BdA/DDR Werner Lonitz


Der städtebauliche Wert eines Stadtgefüges wird nicht nur von seinen Bauten allein geprägt, sondern entscheidend von der Ausnutzung der topographischen und spezifischen Gegebenheiten beeinflußt.
Budapest darf hierfür als ein Modellbeispiel von stadtkünstlerischer Bedeutung gewertet werden.
Die Einbeziehung des Stromlaufes, der Uferbebauung mit ihren Promenaden, der Hangbebauung und der Verkehrsadern mit acht Brückenbauwerken tragen hierzu sehr bestimmend bei.
Was liegt daher näher, als daß ein Architekt diese Besonderheiten in seinem Skizzenblock festhält und daraus Schlußfolgerungen für die eigene Arbeit ableitet.


1


2

1 Aufgang zur Burg

2 Fischerbastei

3 Neue Elisabethbrücke. Blick zum Gellert

4 Hofraum in Buda

5 Kettenbrücke mit Blick auf Pester-Uferpromenade


3


4

5


Ein „Sportbericht" und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis auf dem Gebiet des Wohnungsbaus

Dipl.-Ing. Roland Dietl, Halle

Beim Lesen des Beitrages von Dr. Kress „Einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis" (1) ergeben sich für den Aufmerksamen doch Zweifel an der Ernsthaftigkeit von Thema und Inhalt. An zwei Beispielen möchte ich dies klarstellen und zugleich auch andere Prioritäten setzen.

1. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis wird – „bei aller gebotenen Großzügigkeit" (2) – ähnlich beim Sport, mit einem Mannschaftskampf verglichen, „wo eine größere Anzahl von Einzelkönnern einer mannschaftsdienlichen Spielweise untergeordnet und so gemeinschaftlich der Erfolg angestrebt werden" (3). Diese Ausgangsbasis mag noch angehen. Jetzt fortfahrend schleicht sich jedoch bei Dr. Kress ein Denkfehler ein. Sofern man nun bei seinem Sportbericht bleibt, dann ist doch wohl der Beitrag von Dr. Schauer (4), auf den hier bezug genommen wird, als Teil einer Mannschaftsleistung aufzufassen, was Dr. Kress auch bestätigt. So schreibt er: „Prinzipiell ist ein solcher Artikel mit so fundierten Aussagen nur zu begrüßen. Er vermittelt aufschlußreiches Material zur Wohngebietsplanung" (5).

Wenn es bei dem Artikel von Dr. Schauer etwas zu bemängeln gibt, dann das, daß er den Quellennachweis nicht korrekt geführt hat. Was Dr. Kress an dem Artikel bemängelt, war also nicht das Ergebnis. Ein „Abseits" war der Beitrag von Dr. Schauer deshalb nicht, „bei aller gebotenen Einschränkung".

Um nun die Prioritäten bei der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis anders als angeboten zu setzen, möchte ich nun ein weiteres Beispiel anführen.

2. Unter der Überschrift „Beispielplanungen für Neubaugebiete auf der Grundlage neuer Forschungsergebnisse" wurden in da 5/73 Beispielplanungen für den Wohnkomplex VI in Halle-Neustadt (6) und für das Wohngebiet Neubrandenburg-Ost III (7) vorgestellt.

Waren es wirklich Beispielplanungen?

Der Städtebau als Teil der räumlichen Umwelt muß von der Einheit von Planung, Herstellung und permanenter Nutzung ausgehen; mit dem Städtebau organisieren und gestalten wir gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Aus der Prozeßhaftigkeit und Progressivität unserer gesellschaftlichen Entwicklung leitet Trauzettel auch folgerichtig ab: „Wir dürfen nicht Lösungen unifizieren, sondern Elemente, Systeme und Beispiele – Strukturen als Grundlage für optimale Ergebnisse" (8).

Bei Beachtung dieser Prämissen und unter besonderer Sicht der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis ergeben sich doch einige wichtige Aussagen zu den sogenannten Beispielplanungen. Bereits bei der Vorstellung der Beispielplanung Wohngebiet Neubrandenburg-Ost III wird darauf hingewiesen, daß „aufgrund neuer Standortentscheidungen der örtlichen Organe" die vorgestellte Planung nicht realisiert wird (9). Der Beispielplanung für den Wohnkomplex VI in Halle-Neustadt erging es ähnlich; zur Zeit wird eine Veröffentlichung der inzwischen verbesserten Planung vorbereitet.

Es wird zwar mitgeteilt, daß trotzdem einige „generelle wissenschaftliche Überlegungen, die unabhängig vom konkreten Standort wertvolle Anregungen zur rationellen Gestaltung von Wohngebieten vermitteln, gewonnen werden", befriedigen kann das Ergebnis vor allem in zwei Punkten nicht:

Die Beispielplanung Wohnkomplex VI in Halle-Neustadt erarbeiteten zwei Dr.-Ingenieure, elf Diplomingenieure, ein Diplomgärtner, ein Diplomarchitekt. Sieht man einmal darüber hinweg, daß die Bearbeiterkollektive in der Praxis durchweg geringer besetzt sind, so muß doch festgestellt werden, daß Aufwand und Ergebnis in keinem vertretbaren Verhältnis stehen.

Ich meine, es gibt gewissermaßen eine bestimmte optimale Zusammensetzung der Bearbeiterkollektive für Wohnungsbauvorhaben dieser Größe. Die Zusammensetzung des genannten Kollektivs ist in der Praxis nicht effektiv, weiterhin hat sich in der Praxis als notwendig herausgestellt, die bauausführenden Kombinate (WBK, SBTK) mit einzubeziehen.

Beide Beispielplanungen müssen angesichts der formulierten Aufgabenstellung und Zielstellung (10) als Planungen angesehen werden, die nicht realisiert werden. Planung wird nicht nur durch Planung besser! Letztlich zählt in der Praxis das Ergebnis.

Welche wissenschaftliche Erkenntnis bringen die Beispielplanungen dem Praktiker, wenn er von vornherein weiß, daß diese Planungen so nicht gebaut werden? Welche städtebauliche Qualität (11) wurde denn mit den Beispielplanungen erreicht? Welche Rückschlüsse ergeben sich daraus für die Planung weiterer Wohnkomplexe?

Ich bin der Meinung, daß es an der Zeit ist, eine neue Qualität in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im Städtebau unter Beachtung der aufgezeigten Prämissen zu erreichen. Wir dürfen bei aller Perfektionierung des Planungsmechanismus nicht die zu erreichende städtebauliche Qualität aus dem Auge verlieren und dies geht nicht ohne Studien am gebauten Beispiel.

Literatur:

(1) Kress, S.: Einige Bemerkungen zur Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis, deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 7, S. 438
(2) ebenda
(3) ebenda
(4) Schauer, H. H.: Zum Problem Einwohnerdichte, deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 3, S. 173–176
(5) Kress, S.: a. a. O., S. 438
(6) Autorenkollektiv: Beispielplanung für den Wohnkomplex VI in Halle-Neustadt, deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 5, S. 266/267
(7) Autorenkollektiv: Beispielplanung für das Wohngebiet Neubrandenburg-Ost III, deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 5, S. 268/269
(8) Trauzettel, H.: Dynamischer Funktionsbegriff und integrierte Prozeßgestaltung, deutsche architektur, Berlin 18 (1969) 1, S. 5
(9) Autorenkollektiv: a. a. O., S. 268
(10) Autorenkollektiv: a. a. O., S. 266
(11) Khurana, S. C.: Zu einigen Fragen der städtebaulichen Qualität, deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 3, S. 166–172

Ein notwendiger Katalog?

Dipl.-Ing. Walter Stridde
Architekt BdA/DDR

Da entdeckt man mit einigem Erstaunen (eingedenk der Seltenheit von Veröffentlichungen über Architektur außerhalb der Fachpresse) im Vorankündigungsdienst des Volksbuchhandels einen Katalog mit Erholungsbauten und -einrichtungen aus der Konsumgüterproduktion der Forstwirtschaft vom staatlichen Komitee für Forstwirtschaft, herausgegeben von der Landwirtschaftsausstellung der DDR, Bereich „Agrabuch".

Eben so groß wie das anfängliche Erstaunen ist die Enttäuschung, hält man sich die auf 32 Seiten gezeigten 12 Typen von Erholungsbauten vor Augen. Vom Unterstellplatz Typ „Berlin" (welch geniale Namensfindung) bis zu Wochenendhaus und Sauna ist alles enthalten, was den individuellen Freizeitbedürfnissen unserer Menschen den baulichen Rahmen geben soll.

Bei allem Lob für die Initiative der Autoren und deren Absicht, mit dieser Veröffentlichung einen Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages zu leisten, fällt es schwer, außer des Gesagten noch Löbliches an der Broschüre zu finden. Man stelle sich nur die „Harzer Köhlerhütte" (Katalog Nr. 10) am Ostseestrand von Ahrenshoop vor – vielleicht in Anpassung an funktionelle Erfordernisse als Umkleidekabine – oder, in welcher Funktion auch immer, am Hexentanzplatz im Harz; das Unbehagen über dieses Kleinod kunstgewerblichen Schaffens wird nicht geringer.

Aber auch an die Situation der Mitarbeiter der Stadtplanung ist zu denken. Sie nämlich haben die städtebauliche Zustimmung für diese Bauten zu geben und kämen da in echte Konflikte. Denn auch sie sind an der schnellen Umsetzung der Beschlüsse von Partei und Regierung interessiert, müßten jedoch bei einer berechtigten Ablehnung der Anträge aus städtebaulich-gestalterischen Gründen die Initiative der Bauwilligen hemmen, die sich für einen der hier vorgestellten Typenbau entscheiden.

Es bleibt die Frage offen, ob die Autoren den Entwurf der veröffentlichten Bauten nicht als eine architektonische Aufgabe verstehen. Wenn ja, ist es um so erstaunlicher, daß sie nicht den Weg zu Architekten, Büros oder Instituten gefunden haben, die sich speziell mit diesem Aufgabenbereich befassen (zahlreiche Veröffentlichungen in der „deutschen architektur" sind ein beredtes Zeugnis für deren Existenz); wenn nein, sollten sie ihre Meinung und danach den Katalog ändern.

Bleibt zu hoffen, daß diese Broschüre eine nicht zu weite Verbreitung erfährt und eine weitere Veröffentlichung, die vielleicht auf der Grundlage einer solchen vorgeschlagenen Zusammenarbeit basiert, mit erfreulicherem Inhalt erscheint.

Richtig gerechnet? Eine Kritik am „Zwölfeckhaus"

Dipl.-Ing. Manfred Schmidt

Die Suche nach neuen Wohnformen, die gegenüber den bereits bekannten eine höhere Qualität darstellen, muß vorbehaltlos unterstützt werden. Die Erhöhung der Ökonomie ist dabei ein wesentlicher Bestandteil.

Der Verfasser ist sehr bemüht, den Leser davon zu überzeugen, daß der Vorteil des „Zwölfeckhauses" eben gerade auf diesem Gebiet liegt. (Siehe da 5/73)

Zur Ökonomie eines Wohngebäudes gehört aber zweifellos auch der Wohnwert der Wohnung selbst. Diesem Gesichtspunkt wurde vom Verfasser offensichtlich zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Der Hinweis unter dem Abschnitt „Städtebauliche Gesichtspunkte", die Geschoßfläche des Zwölfeckhauses entspreche einem etwa 75 m langen und 11 m tiefen Gebäude, wirkt zwar oberflächlich betrachtet, führt aber leider keineswegs zu dem Schluß, daß dadurch eine mehr als doppelte Einwohnerdichte erzielt werden könnte.

Zur Gewährleistung eines normalen Wohnwertes sind bestimmte Gebäudeabstände erforderlich und nur unter Berücksichtigung dieser Gebäudeabstände kann der eigentliche städtebauliche Flächenaufwand ermittelt werden.

Rechnen wir doch einmal nach:

Der Gebäudemindestabstand vor Fenstern von Räumen, die zur Wohnhauptfläche gehören, betrage beispielsweise 30 m. Gehen wir von einem Giebelabstand untereinander von 10 m aus, so benötigen wir für den 75 m langen und 11 m tiefen Block eine Fläche von

$$\left(75 + 2 \cdot \frac{20}{2}\right)\left(11 + 2 \cdot \frac{30}{2}\right), \text{ das sind } 3485 \text{ m}^2$$

Unter den gleichen Voraussetzungen errechnet sich für das Zwölfeckhaus eine Fläche von

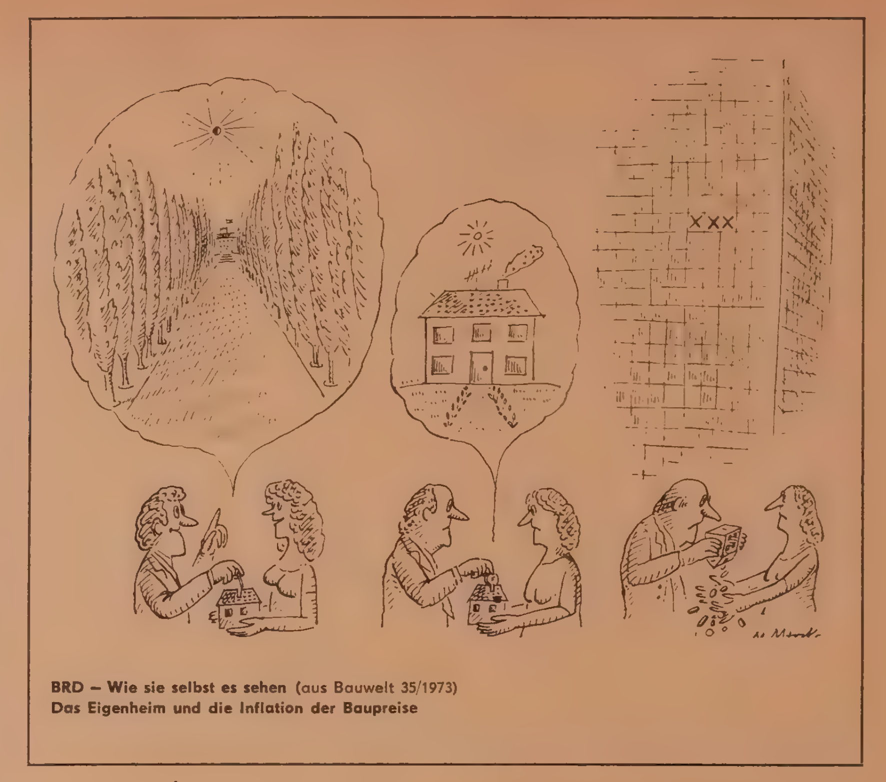
$$\left(32{,}4 + 2 \cdot \frac{30}{2}\right)\left(32{,}4 + 2 \cdot \frac{30}{2}\right), \text{ das sind } 3894 \text{ m}^2$$

bzw. 112 Prozent!

Somit ergibt sich für das Zwölfeckhaus sogar eine geringere Einwohnerdichte gegenüber der Bebauung mit dem herkömmlichen Typ P 2. Zwangsläufig wird damit der Aufwand für die stadttechnische Erschließung nicht geringer, sondern höher.

Zur Gewährleistung eines normalen Wohnwertes gehört weiterhin ein entsprechend niedriger Fremdgeräuschpegel innerhalb der Wohnung.

Die praktischen Erfahrungen zeigen, daß die Einhaltung des maximal zulässigen äquivalenten Dauerschallpegels außerhalb der Wohngebäude in der Regel nicht gewährleistet werden kann.



BRD – Wie sie selbst es sehen (aus Bauwelt 35/1973)
Das Eigenheim und die Inflation der Baupreise

Aus diesem Grunde wird angestrebt, die Blöcke so einzuordnen, daß Lärm- und Ruhezonen entstehen. Diese vorteilhafte Möglichkeit des Blockes bietet das Zwölfeckhaus nicht.

Es werden deshalb erhöhte Kosten durch den Einbau schalldämmender Spezialfenster nicht nur bei dem nahe der Schallemittenten stehenden Gebäude erforderlich.

Zur Gewährleistung eines normalen Wohnwertes gehört außerdem die ausreichende Beleuchtung der Wohnräume mit Tageslicht.

Durch die ungünstige Fensteranordnung und bis zu 3600 mm tiefe davorliegende Loggia ist die ausreichende Tageslichtbeleuchtung zumindest für einen großen Teil der Räume in Frage gestellt.

Nicht zuletzt gehört zur Gewährleistung eines normalen Wohnwertes auch die ausreichende Besonnung jeder Wohnung. Aber auch diese Voraussetzung wird durch das Zwölfeckhaus nicht erfüllt, und zwar für etwa die Hälfte aller Wohnungen. Schon allein aus diesem Grund ist die Einführung des Zwölfeckhauses in die Praxis konsequent abzulehnen.

Wenn der Verfasser von „echten Voraussetzungen für die Entfaltung sozialistischer Lebensformen" spricht, so wird er doch nicht ernsthaft meinen, daß ein Arbeiter das Bedürfnis hat, in seiner Freizeit einen „Gemeinschaftsraum" aufzusuchen, der sich von seinem vielleicht fensterlosen Arbeitsplatz lediglich durch einen anderen Lampenschirm unterscheidet.

Es sollte das Bemühen eines jeden Entwurfsverfassers sein, nicht nur die Vorteile seines Entwurfes in rosigsten Farben zu schildern, sondern auch ehrlich die Nachteile zu bekennen.

Im vorliegenden Fall sind die Nachteile auch ohne Experimentalbau offensichtlich und entscheidend.

Für die Erhaltung historischer Stadtbilder

Dipl.-Ing. Geyer, Cottbus

Sie haben im Heft 7/1973 ein Foto über das „Haus der Mode" in Bautzen veröffentlicht, wobei Sie es meines Erachtens versäumt haben, kritisch auf die Einordnung dieses Gebäudes in das historische Ensemble der Stadt Bautzen einzugehen. Im Urlaub habe ich die Stadt Bautzen besucht. Dabei war ich darüber erschrokken, wie man es zulassen konnte, daß die feingliedrige Silhouette der tausendjährigen Stadt Bautzen durch den massiven Block dieses Gebäudes so beeinträchtigt werden konnte. Sollten Sie bezüglich der Einordnung dieses Gebäudes in das gesamte Stadtbild anderer Meinung sein, empfehle ich Ihnen, aus Süden von Zittau auf der F 96 sich der Stadt Bautzen zu nähern, wo man die Störung des historischen Stadtbildes durch diesen Block am besten „bewundern" kann.

Ich befürchte, daß Sie durch diese unkritische Veröffentlichung die Stadtarchitekten anderer historischer Städte geradezu ermuntern, durch Nachahmung dieses Beispiels ähnliche, schwer wieder gut zu machende Fehler zu begehen. Deshalb würde ich es für richtig halten, wenn Sie in Zukunft die Einordnung von Bauten in historische Stadtbilder kritischer überprüfen würden und auch den Mut aufbringen, dabei gemachte Fehler offen auszusprechen.



Informationen

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Bauingenieur Walter Schmidt, Berlin,
2. Januar 1904, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Carl-Hermann Hopf, Gotha,
4. Januar 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Willy Schulze, Halle,
5. Januar 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Karl Rieck, Potsdam,
10. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Werner Riedel, Leipzig,
10. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Fritz Eisenwinter, Plauen,
15. Januar 1904, zum 70. Geburtstag

Innenarchitekt Fritz Hering, Rostock,
15. Januar 1914, zum 60. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Heinz-Dieter Karch, Weimar,
15. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Auguste Merkel, Neubrandenburg,
17. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Waldemar Schwarz, Berlin,
17. Januar 1904, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Georg Kittel, Cottbus,
20. Januar 1904, zum 70. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Gerhard Naundorf, Leipzig,
20. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Gerhard Baum, Brandenburg,
23. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Heinz Hübner, Sangerhausen,
23. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Hans Konrad, Dresden,
23. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Herbert Wagner, Leipzig,
26. Januar 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Gerhard Baars, Magdeburg,
28. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Gerhard Beyer, Flöha,
28. Januar 1924, zum 50. Geburtstag

Kammer der Technik

Dritter Informationstag „Ausbautechnik im Industriebau"

Im August 1972 wurde ein gemeinsamer Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates zur Erhöhung der Effektivität in Forschung und Entwicklung des Bauwesens gefaßt.

Der Maßnahmeplan des Ministers für Bauwesen zur Durchsetzung dieses Beschlusses mit den ergänzenden Präzisierungen für den Sektor des Ausbaues, war Anlaß zu entscheidenden Festlegungen hinsichtlich der Leitung und der Verantwortlichkeiten für den gesamten Ausbau.

Der Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik wurde hierbei die Verantwortung für die Entwicklung, Leitung und Kontrolle des Ausbaues und seiner Aufgabenanteile, in enger Verbindung mit den für die Wahrnehmung von Teilaufgaben verantwortlichen Betrieben und Kombinaten übertragen. Auf Grund umfassender Untersuchungen wurden Entscheidungen vorbereitet, die Anfang Oktober 1973 in einer wissenschaftlichen Tagung des Plenums der BA beraten wurden. Dabei wurde durch die Bestätigung eines langfristigen Forschungsprogramms auf dem Gebiete des Ausbaues die Voraussetzung für eine zielgerichtete Steigerung des Ausbauniveaus und für die Überwindung des Produktionsgefälles zur Errichtung der Tragkonstruktion geschaffen.

Der Fachverband Bauwesen der KDT führte den dritten Informationstag „Ausbautechnik im Industriebau" in Verbindung mit dem VEB Bau- und Montagekombinat Erfurt als Leitkombinat für die Prozesse der Ausbautechnik im Industriebau durch.

Anliegen dieses Informationstages war es, eine umfassende Information zu speziellen Schwerpunkten der Ausbautechnik und der damit verbundenen Probleme der Vorfertigung, der Baustellenprozesse einschließlich der Mechanisierung sowie der Aus- und Weiterbildung zu geben.

Das Programm umfaßte Beiträge führender Vertreter von Betrieben der Ausbautechnik, der Hersteller von Erzeugnissen für die Bauwerksteile und der für die Prozesse erforderlichen Mechanismen. Es gab Filmvorführungen über die Anwendung prozeßorientierter Neuentwicklungen sowie Erfahrungsberichte über Erstanwendungen von neuen Erzeugnissen und Verfahren. Es wurden Informationen über progressive Entwicklungen in der Ausbautechnik gegeben, die der Verbesserung des Ausbauniveaus, der Vereinheitlichung der Prozesse und zur Überwindung des Mißverhältnisses im Produktionsgefälle des Ausbaues zur tragenden Konstruktion beitragen.

Informationen gab es u. a. zu nachstehenden Problemen:

- Stand und Aufgaben der Ausbautechnik im Industriebau unter Berücksichtigung der bei der Vorbereitung der wissenschaftlichen Tagung des Plenums der Bauakademie der DDR über den gesamten Ausbau gewonnenen Erkenntnisse und aus der Sicht der verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Länder des RGW.
- Die weitere Gestaltung der Ausbauprozesse im Industriebau aus der Sicht des Leitkombinates
- Stand und Entwicklungstendenzen von Erzeugnissen der VVB Bauelemente und Faserbaustoffe für die Ausbautechnik im Industriebau
- Die Sicherung der Mechanisierung für die Prozesse der Ausbautechnik
- Erfahrungen bei der Entwicklung und Anwendung leichter Vorhangfassaden
- Prozeßorientierte Trennwände bis 7500 mm Höhe
- Demontierbare Trennwände aus Stahlbeton
- Mechanisierte Beschichtungsverfahren
- Erfahrungen bei der Anwendung von Gasbetonstreifenelementen in der Ausbautechnik
- Die neue Form der Aus- und Weiterbildung für das Gebiet der Ausbautechnik
- Möglichkeiten zur Optimierung des Ablaufes der Prozesse der Ausbautechnik

Anläßlich des Informationstages erfolgte eine Ausstellung von Exponaten und Modellen über Neuentwicklungen von Erzeugnissen und Verfahren in der Ausbautechnik sowie von Dokumentationen über nachnutzungsfähige Ergebnisse der Forschung und Entwicklung.

Dipl.-Ges.-Wiss., Ingenieur
Georg Bittniok

Weiterbildung

Weiterbildung der Kreisbaudirektoren

Zur Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages werden an die Kreis- und Stadtbauämter qualitativ höhere Anforderungen an die staatliche Leitungstätigkeit gestellt.

Zur effektiveren Durchsetzung dieser vielfältigen Aufgabenstellung erhielten die Kreis- und Stadtbaudirektoren durch diese Weiterbildung, die im März/April 1973 im Schulungszentrum des Ministeriums für Bauwesen in Warnitz durchgeführt wurde, Anleitung und Hilfe. Damit wurde gleichzeitig eine Forderung der Kreisbaudirektorenkonferenz in Halle 1972 erfüllt.

Unter Verantwortung des Ministeriums für Bauwesen wurden folgende Themenkomplexe behandelt:

- Die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED und ihre praktischen Auswirkungen für die Arbeit der Kreisbaudirektoren
- Die neue Qualität und Strategie bei der langfristigen Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aufgaben des Komplexen Wohnungsbaues unter Nutzung effektiver Formen der Zusammenarbeit der Partner des örtlichen Bauwesens
- Die Leitung der einheitlichen technischen, ökonomischen Baupolitik bei der Lösung der Aufgaben des Komplexen Wohnungsbaues im Kreis
- Grundfragen der sozialistischen Betriebswirtschaft
- Die Befugnisse und die Arbeitsweise des Ratsmitgliedes für Bauwesen und Kreisbaudirektors
- Die Ausschöpfung der Reserven zur weiteren Steigerung der Baumaterialienproduktion in den Bezirken und Kreisen als Grundlage der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Baumaterialien
- Aspekte der durchgängigen und einheitlichen Anwendung des sozialistischen Wirtschaftsrechts mit Problemdiskussionen
- Staatliche Führungsaufgaben des Kreisbaudirektors auf dem Gebiet der Berufsbildung.

Außerdem fanden Foren zu folgender Thematik statt:

- Das Zusammenwirken der örtlichen Baubetriebe insbesondere unter Einbeziehung der Baukapazitäten der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft,

■ Die materielle Sicherung der Bauaufgaben des Kreises durch die Baustoffversorgung,

■ Probleme der Baureparaturen und des Eigenheimbaus.

Die Themenauswahl entsprach den derzeitigen Schwerpunkten der Arbeit in den Bauämtern.

Als Referenten wirkten der Staatssekretär Dr. Schmiechen, Abteilungsleiter des Ministeriums für Bauwesen, Dozenten aus Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten und Bezirksbaudirektoren. Entsprechend dem Lehrplan entfielen 60 bis 70 Prozent auf Vortragstätigkeit, und 30 bis 40 Prozent blieben für die sehr konstruktive Diskussion. Es gelang den Referenten, den Lehrgangsteilnehmern die neuesten Erkenntnisse auf dem jeweiligen Gebiet zu vermitteln und den Lehrstoff praxisnah darzubieten. Durch Seminarbeiträge der Lehrgangsteilnehmer und Problemdiskussionen wurde die eigenschöpferische Mitarbeit der Kreis- und Stadtbaudirektoren an der Lehrgangsgestaltung gesichert.

Die Weiterbildungsveranstaltung wurde vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen in drei Lehrgängen durchgeführt.

Eine Auswertung und Einschätzung durch die Lehrgangsvertretung ergab, daß eine regelmäßige jährliche Wiederholung der Weiterbildung der Kreis- und Stadtbaudirektoren notwendig und vorteilhaft ist.

Diese Weiterbildung der Kreis- und Stadtbaudirektoren im Schulungszentrum des Ministeriums für Bauwesen in Warnitz stellte eine ausgezeichnete Vorbereitung der Kreisbaudirektorentagung dar, die im Mai 1973 in Leipzig stattfand.

Institut für Aus- und Weiterbildung
im Bauwesen.

Spezialisierte Ausbildung auf dem Gebiet der Ausbautechnik

Eine Analyse des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen zeigte, daß zum derzeit unbefriedigenden Stand im Ausbau eine zu geringe Anzahl von Ingenieuren bzw. die fehlende Spezialisierung und Weiterbildung der vorhandenen Ingenieurkader beiträgt. Die Mehrzahl der für den Ausbau verantwortlichen Kader hat keine ausreichende Qualifikation entsprechend der zunehmenden Kompliziertheit des Fachgebietes. Entsprechend den Anforderungen ist die Qualifikationsstufe „Ingenieur“ notwendig.

An der TU Dresden, Sektion Bauingenieurwesen, wird ab September 1973 ein postgraduales Studium „Ausbautechnik“ durchgeführt. Das postgraduale Studium hat das Ziel, Ingenieuren und Diplomingenieuren der Praxis, die auf dem Gebiet der Vorbereitung und Durchführung der Ausbauprozesse und der Entwicklung von Ausbauelementen tätig sind, eine Spezialausbildung zu geben. Diese befähigt sie, alle Aufgaben des Ausbaues im Wohnungs-, Gesellschafts- und Industriebau zu bearbeiten.

Voraussetzung für die Delegierung zu diesem postgradualen Studium ist der Abschluß als Fachschul- oder Hochschulingenieur des Hochbaues oder der Architektur. Bewerber anderer Fachrichtungen müssen über eine mehrjährige praktische Erfahrung auf dem Gebiet des Ausbaues verfügen. Nach erfolgreichem Abschluß des zweijährigen Studiums erhalten die Absolventen das Recht, die Berufsbezeichnung „Fachingenieur für Ausbautechnik“ zu führen.

Es sind für den Fachingenieur für Ausbautechnik unter anderem folgende Einsatzgebiete möglich:

■ Leitung von Prozessen und Teilprozessen im Ausbau, in der Rekonstruktion und in der Abrechnung und Kontrolle von Leistungen im Ausbau sowie Vorbereitung und Leitung von Komplettierungslinien der Vorfertigung

■ Technologische Vorbereitung von Ausbauprozessen

■ Bautechnische Projektierung.

Der Ingenieur für Ausbautechnik kann eine Tätigkeit als Bauleiter, Technologe, Kostenplaner und Projektbearbeiter aufnehmen.

Institut für Aus- und Weiterbildung
im Bauwesen

Rahmenprogramm für die Weiterbildung der Hoch- und Fachschulkader im Bereich Baureparaturen

Die Weiterbildung für die Hoch- und Fachschulkader im Baureparaturwesen aus den Tätigkeitsbereichen Produktion, Konstruktion und Projektierung, Technologie und Kostenplanung soll das Wissen und Können der hier tätigen Kader erweitern, vertiefen und aktualisieren und sie befähigen, die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben effektiver zu lösen. Sie erfolgt in Einheit von politisch-ideologischer und beruflich-fachlicher Bildung und Erziehung. Bei dieser Weiterbildung handelt es sich nicht um ein postgraduales Studium.

Die Durchführung kann in den Leitbetrieben für Baureparaturen im jeweiligen Bezirk unter Verantwortung der Betriebsakademie bzw. unter Verantwortung des Technischen Direktors erfolgen. Die Weiterbildung soll insgesamt nicht länger als ein halbes Jahr dauern und im Rahmen eines zweiwöchigen Intensivlehrgangs bzw. in einem 14täglichen Rhythmus nachmittags mit jeweils vier Stunden durchgeführt werden. Als Referenten sollen die besten Fachkader des jeweiligen Betriebes eingesetzt werden.

Inhaltliche Schwerpunkte der Weiterbildung sind:

■ Prognose im Städtebau und Wohnungsbau des Bezirkes, Aufgaben des Baureparaturwesens bis 1975

■ Methoden zur Bestandserfassung und Zustandsbeurteilung in Altbaugebieten

■ Grundrißuntersuchungen und Fassadenneugestaltung an Wohngebäuden der Gründerzeit

■ Konstruktionen und Technologien (darunter: Erzeugnislinie Dach, Erzeugnislinie Wohnung)

■ Ablaufplanung

■ Preisplanung und Kostenrechnung

■ Materialökonomie und Materialwirtschaft

■ Wissenschaftliche Arbeitsorganisation

Institut für Aus- und Weiterbildung
im Bauwesen

Baustoffe

Holzfaserplatten aus der VR Polen

In Volkspolen hat sich die Produktion von Holzfaser- und Holzwolle-Leichtbauplatten rasch entwickelt. In immer größerem Umfang werden diese Platten im Industrie- und Wohnungsbau sowie in der Möbelindustrie verwendet.

Gleichzeitig schuf man eine moderne Produktionsbasis für komplexe Ausrüstungen dieses Industriezweiges, dessen Exportlieferungen ständig steigen. Im Ausland gibt es bereits etwa 50 Holzfaserplattenwerke, die mit polnischen Maschinen ausgerüstet sind. Auftraggeber für diese Plattenfabriken ist die Sowjetunion, die komplexe technologische Linien für 20 derartige Betriebe kaufte. Vor kurzem wurde ein neuer Vertrag über die Lieferung von Ausrüstungen für weitere 20 Werke dieser Art an die UdSSR unterzeichnet.

(nach „Prawda“ (Moskau))

Bücher

Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten

Ein Beitrag zur Lösung der Aufgaben bei der Modernisierung von 115 TWE bis 1975
Gemeinsames Seminar der Zentralen Fachgruppe Rekonstruktion des BdA/DDR und der Zentralen Fachsektion Ausbau und Baureparatur des Fachverbandes Bauwesen der KDT am 23. und 24. März 1972 in Halle
Schriftenreihe der Bauforschung

Reihe Städtebau und Architektur, Heft 43
132 Seiten, 53 Abb., 2 Tab., 11,20 M
Bestellnummer: DBE 1528 (803 515 7)

Das Heft enthält folgende Beiträge:

■ Die Rolle der staatlichen Leitung
■ Aufgaben bei der Modernisierung der Wohnbausubstanz im Fünfjahrplan 1971 bis 1975
■ Erfahrungen bei der Modernisierung in Halle-Süd
■ Die Rolle der Architekten und Zentralen Fachgruppe Rekonstruktion des BdA/DDR bei der Erhaltung und Rekonstruktion der materiell und kulturell wertvollen Bauten
■ Aufgaben des Sektors Baureparaturen im Bauwesen bei der Modernisierung der Wohnbausubstanz
■ Städtebauliche Probleme bei der sozialistischen Umgestaltung der Städte (Beispiel Stadt Halle)
■ Vorbereitung der komplexen Modernisierung in Rostock
■ Städtebauliche Planung der sozialistischen Umgestaltung von Altbaugebieten zur Vorbereitung der komplexen Modernisierung
■ Rationelle Methoden bei der städtebaulichen Planung von Umgestaltungsmaßnahmen
■ Besonderheiten der Modernisierung in Klein- und Mittelstädten
■ Erfahrungen bei der Leitung, Planung und Ausführung der Rekonstruktion in Halle
■ Probleme und Methoden der Projektierung und Ausführung, erläutert an Modernisierungsbeispielen aus Halle
■ Probleme und Methoden der Projektierung und Ausführung, erläutert am Modernisierungsbeispiel Arkonaplatz in Berlin
■ Stand und Entwicklung der Modernisierungsmöglichkeiten im Funktionsbereich Küche–Bad–WC
■ Rekonstruktion und Stadttypisches
■ Rekonstruktion und Restaurierung von Baudenkmälern in Wohngebieten
■ Bemerkungen zur Ausbildung und Lehre

Kurzfassung

DK 728.1 : 351.778.5(430.2)
Junker, W.
**Ziel: Lösung der Wohnungsfrage
Wohnungsbauprogramm bis 1990**
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 708 bis 712

Auf der 10. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurde ein langfristiges Wohnungsbauprogramm bis zum Jahre 1990 beraten. Sozialpolitisches Ziel dieses Wohnungsbauprogramms ist die Lösung der Wohnungsfrage in der DDR.
Es werden wichtige Auszüge aus dem Referat des Ministers für Bauwesen, Wolfgang Junker, veröffentlicht.

DK 711.581
Domhardt, W.
Wohnkomplex Wismar-Friedenshof I
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 713 bis 716,
4 Modellfotos, 1 Funktionsschema

Der erste Teilabschnitt eines Neubauwohngebietes für 20 000 Einwohner im südwestlichen Randgebiet Wismars wird hier im Planungsstadium vorgestellt. Neben dem Wohnungsbau und den dazugehörenden gesellschaftlichen Einrichtungen werden auch Einrichtungen gesamtstädtischer und überregionaler Bedeutung in das Vorhaben mit einbezogen. Dabei handelt es sich vor allem um die Erweiterungsflächen für die Ingenieurhochschule, das medizinische Zentrum und die zentrale Kultur- und Sporthalle der Stadt Wismar. Der Wohnkomplex weist bei vorwiegend 5geschossiger Bebauung 2508 WE für 8659 EW aus. Die Entfernung des Baugebietes vom Stadtzentrum und zu den Arbeitsplätzen im Werft- und Hafenbereich beträgt rund 800 Meter. Erschlossen wird dieser Wohnkomplex durch zwei innerstädtische Hauptstraßen.

DK 73 + 711.6
Dielitzsch, Ch.
Bildende Kunst als ein Faktor zur Gestaltung der Wohnumwelt
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 717 bis 721,
1 Lageplan, 8 Abbildungen

Unter den Faktoren, die zu einer kulturvollen Gestaltung der Wohnumwelt beitragen, kommt der Einbeziehung der bildenden Kunst eine wachsende Bedeutung zu.
Am Beispiel von Wohngebieten der Stadt Schwedt wird dargelegt, wie das Zusammenwirken von Architektur und bildender Kunst sinnvoll organisiert wird.

DK 711.58 : 725 + 727
Prendel, W.
Eine neue Qualität für die gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohngebiet
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 722 bis 725, 5 Abbildungen

Die Aufgaben einer Verbesserung der Wohnbedingungen für breite Schichten der Bevölkerung in der DDR setzen für den komplexen Wohnungsbau der kommenden Jahre neue Maßstäbe. Das bedeutet aber auch, den gesellschaftlichen Einrichtungen, als wesentlichem Bestandteil unserer Wohngebiete, die entsprechende Bedeutung beizumessen. Der Autor versucht, an Hand von Erfahrungen, die bei Beispiellösungen gesammelt werden konnten, darzustellen, welche Forderungen die Bürger an die gesellschaftlichen Einrichtungen stellen und wie diesen Vorstellungen durch baulich-funktionelle Lösungen am besten entsprochen werden kann.

DK 725/727 : 711.58(–201)
Plaethe, R.
Zentrum des Wohngebietes Fischerkietz in Berlin
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 726 bis 731,
1 Lageplan, 3 Grundrisse, 1 Schnitt, 12 Abbildungen

Als Zentrum des neuen Wohngebietes auf der Fischerinsel in Berlin wurde ein Gebäudekomplex mit Einrichtungen der Bildung, des Handels, der Gastronomie und des Dienstleistungsbereiches errichtet. Besonders markant ist die Mehrzweckgaststätte, die am Tage für die Versorgung von Betrieben und die Schulspeisung eingerichtet ist und am Abend als Wohngebietsgaststätte und als Raum für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden kann.

DK 727.1.001.1
Grundmann, J.; Andrä, L.; Mees, G.; Barth, H.
Wo stehen wir mit der Entwicklung neuer baulicher Lösungen für die Projektierung und den Bau von allgemein bildenden Oberschulen?
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 732 bis 739,
3 Modelle, 16 Grundrisse, 5 Lagepläne, 6 Abbildungen

Die Weiterentwicklung des Schulbaus ist eine sehr komplexe Aufgabe, durch die in umfassender Weise immer günstigere materielle Bedingungen für die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten geschaffen werden sollen. Entwicklungen im Schulbau sind immer im Zusammenhang mit den realen Bedingungen der Bauproduktion, der Baukombinate und den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu wählen. Die baulichen Grundpositionen einer neuen Schulbaureihe müssen Bestandteil einer komplexen Entwicklungslinie der Bauweise sein. In diesem Zusammenhang übt die Schule als Massenbau einen maßgebenden Einfluß auf die Sortimentsentwicklung aus und ist deshalb für die Erprobung der neuen Bauweise für den Gesellschaftsbau in der WBS 70 zur Einführung einer einheitlichen technischen und technologischen Politik in den Baukombinaten der DDR vorgesehen.

DK 721.021(086.2)
Richter, H.; Luthhardt, G.
Technologische Linien für den Einsatz der Reprotechnik bei der Herstellung von Angebotsprojekten
deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, S. 753 bis 755,
2 Schemata, 5 Abbildungen

Der zweckmäßige Einsatz der Reproduktionstechnik kann erheblich zur Rationalisierung im Projektierungsprozeß beitragen. Im Wohnungsbaukombinat Erfurt wurde eine technologische Linie für die Reproduktion von Angebotsprojekten entwickelt, deren Anwendung, technische Mittel und ökonomische Vorteile hier erläutert werden.

Содержание

УДК 728.1:351.778.5(430.2)
Junker, W.
708 **Цель: Решение жилищного вопроса
Программа жилищного строительства до 1990 г.**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 708 до 712

На 10-ом пленуме Центрального Комитета Социалистической единой партии Германии обсудили долгосрочную программу жилищного строительства до 1990 г. Социалистической целью этой программы является решение жилищного вопроса в ГДР. Приведены важные части реферата Министра по строительству ГДР, Вольфганг Юнкер.

УДК 711.581
Domhardt, W.
713 **Жилой комплекс Висмар-Фриденсхоф I**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 713 до 716,
4 модельных фото, 1 схема функций

Представлена первая очередная часть жилого района новой застройки на 20 000 жителей в стадии планирования. Район расположен в юго-западной краевой области г. Висмара. Кроме жилищного строительства и принадлежащих общественных устройств включены также устройства, имеющие общегородское и сверхрегиональное значение. При этом прежде всего речь идет о площадях расширения инженерного вуза, медицинском центре и центральном зале культуры и спорта города Висмара. В условиях предпочтительно пятиэтажной застройки жилой комплекс имеет 2 508 жилищных единиц для 8 659 жителей. Расстояние области застройки до центра города и мест приложения труда в районе верфи и порта составляет ок. 800 м. Комплекс обслуживается двумя магистралями.

УДК 73 + 711.6
Dielitzsch, Ch.
717 **Изобразительные искусства как фактор оформления жилого мира**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 717 до 721,
1 план расположения, 8 иллюстр.

Среди факторов, способствующих культурному оформлению жилого мира, включение изобразительных искусств имеет все растущее значение. На примере жилых районов города Шведта показано, как организвуют взаимоотношения между архитектурой и образительным искусством.

УДК 711.58:725 + 727
Prendel, W.
722 **Новое качество общественных устройств в жилом комплексе**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 722 до 725,
5 илл.

Задачи, связанные с улучшением услобий жилья для широких слоев населения в ГДР, устанавливают новые масштабы для комплексного жилищного строительства будущих лет. Это, однако, также значит выделить общественным устройствам, как важной компоненте наших жилых районов, соответствующее значение. Автор пытается на основе опыта, полученного от моделей, показать требования граждан к общественным устройствам и указать на пути оптимального выполнения этих требований с помощью соответствующих строительно-функциональных решений.

УДК 725/727:711.58(–201)
Plaethe, R.
726 **Центр жилого района Фишеркиц в г. Берлине**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 726 до 731,
1 план расположения, 3 гориз. проекции, 1 чертеж в разрезе, 12 илл.

Как центр нового жилого района на острове Фишеринзель в г. Берлине возведен комплекс зданий с устройствами образования, торговли, гастрономии и служб обслуживания. Особый интерес представляет универсальный ресторан, который используется днем для снабжения заводов и школ и вечером как ресторан жилого района и место культурных мероприятий.

УДК 727.1.001.1
Grundmann, J.; Andrä, L.; Mees, G.; Barth, H.
732 **Как обстоят дела с разработкой новых строительных решений в области проектирования и строительства общеобразующих верхних школ?**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 732 до 739,
3 модели, 16 гориз. проекции, 5 плана расположения, 6 илл.

Дальнейшее развитие школьного строительства является очень комплексной задачей, решением которой должны быть созданы все более благоприятные условия для развития социалистических личностей. Разработки в области школьного строительства должны учитывать всегда реальные условия строительной продукции, строительных комбинатов и народнохозяйственные возможности. Строительные базисные позиции новой серии школьных зданий должны быть составляющей частью комплексной линии развития способа строительства. В этой связи школа как объект массового строительства решительно влияет на развитие сортамента. По этой причине школа предназначена для испытания нового способа строительства общественных зданий в рамках ВБС 70 с целью введения единой технической и технологической политики на стройкомбинатах ГДР.

УДК 721.021(086.2)
Richter, H.; Luthhardt, G.
753 **Технологические линии для применения репротехники при выработке проектов предложения**
дойче архитектур, Берлин 22 (1973) 12, стр. 753 до 755,
2 схем, 5 илл.

Целесообразное применение техники репродукции может значительно способствовать рационализации в процессе проектирования. На Жилстройкомбинате в г. Эрфурт разработана технологическая линия репродукции проектов предложения. Применение, технические средства и экономические преимущества этой линии рассмотрены в настоящей статье.

Summary

DK 728.1 : 351.778.5(430.2)

Junker, W.

Goal: Solution of Housing Problem – Housing Programme until 1990 708

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 708–712

A long-range housing construction programme, covering a period from now to 1990, has been discussed at the 10th Plenary Meeting of the Central Committee of the Socialist Unity Party of Germany. In terms of socio-political strategy, the programme is aimed at solving the housing problem in the GDR. Published are important extracts from the speech in which the programme was explained by Wolfgang Junker, Minister of Building.

DK 711.581

Domhardt, W.

Wismar-Friedenshof I Housing Estate 713

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 713–716,
4 model photographs, 1 functional diagram

A design model of the first part of a new housing area which will be located in the South-Western periphery of Wismar and provide accommodation for 20,000 dwellers is presented in this article. Items included in the project, in addition to actual housing and necessary amenities, are facilities and services of urban and even regional importance, for example, expansion of an existing institute of engineering, a medical centre, as well as a centralised culture and sports building for the City of Wismar. The housing estate will be made up mainly of five-storey buildings with 2,508 dwelling units for 8,659 inhabitants. Distances between the new built-up area, on the one hand, and the centre as well as the jobs of most dwellers in the local shipyards and port will be around 800 metres. Traffic access and connection will be provided by two urban main streets.

DK 73 + 711.6

Dielitzsch, Ch.

Fine Arts serve Design of Dwelling Environment 717

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 717–721,
1 layout, 8 illustrations

Growing importance is being assumed by fine arts as one of the factors which prove to be essential to cultured design of man's dwelling environment. Interaction of architecture with fine arts can be purpose fully organised, which is demonstrated by the example of some housing areas in the City of Schwedt.

DK 711.58 : 725 + 727

Prendel, W.

Higher Standards for Communal Services at Housing Area Level 722

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 722–725,
5 illustrations

The parcel of tasks oriented towards wholesale improvement of housing conditions for large strata of the GDR population is likely to establish brandnew criteria for complex housing construction in the forthcoming years. In this context, much more attention will have to be given to the quality of communal services, as major components of every housing area. Reference is made by the author to his own experience, gained from model solutions, in an attempt to summarise the demands made by the public on communal services and to show what constructional and functional approaches might be best suitable for meeting them.

DK 725/727 : 711.58(–201)

Plaethe, R.

Centre of Fischerkietz Housing Area in Berlin 726

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 726–731,
1 layout, 3 floor plans, 1 section, 12 illustrations

The centre of Fischerkietz, a new housing area on Fischerinsel in Berlin, includes a cluster of buildings with services in the fields of education, retail trade, gastronomy, as well as repair and maintenance. A multi-purpose restaurant was opened to supply factor and office canteen as well as school meals on daytime, while in the evenings it is available as public restaurant and community centre.

DK 727.1.001.1

Grundmann, J.; Andrä, I.; Mees, G.; Barth, H.

Present Position regarding New Structural Solutions for Design and Completion of Premises for General Polytechnical Secondary Schools 732

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 732–739,
3 models, 16 floor plans, 5 layouts, 6 illustrations

Continued progress in school building construction is a highly involved challenge, in order to provide ever better physical conditions for educating the socialist personality. Developments in school building construction must be conceptualised against realistic possibilities, i. e. actual resources in terms of building production, contractors' capacities, and national economy as a whole. School building concepts should be integrated with the complex trend of the given construction method. In this context, a school building may be interpreted as a highly repetitive structure with major influence on development and introduction of components. Therefore, it is intended to be a main item by means of which to test the new method which is to be applied to the public buildings of Housing Series 70, and it will also promote introduction of an integrated technological policy by all builders' groups throughout the GDR.

DK 721.021(086.2)

Richter, H.; Luthhardt, G.

Technological Lines for Using Copy Processes in Preparating Project Quotations 753

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) No. 12, pp. 753–755,
2 diagrams, 5 illustrations

Purpose-oriented use of copy processes can greatly contribute to rationalising the design process. A technological line for copying project quotations was developed by Wohnungsbaukombinat Erfurt. Application, technical aids, and economic benefit are described in this article.

Résumé

DK 728.1 : 351.778.5(430.2)

Junker, W.

Notre objectif: la solution des problèmes du logement. Programme de la construction résidentielle jusqu'à 1990

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 709–712

Un programme de la construction résidentielle à long terme jusqu'à l'année de 1990 fut discuté à la dixième session du Comité Central du Parti Socialiste Unifié d'Allemagne. La solution du problème du logement dans la RDA est le but déclaré socio-politique de ce programme de la construction résidentielle. Les extraits les plus importants du discours du Ministre du Bâtiment, Wolfgang Junker, sont publiés.

DK 711.581

Domhardt, W.

Unité de voisinage Wismar-Friedenshof I

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 713–716,
4 photos de maquettes, 1 schéma fonctionnel

L'auteur nous introduit dans l'étude du projet d'une première phase partielle d'une région de logements nouveaux pour 20 000 habitants à la périphérie sud-ouest de Wismar. A côté des immeubles d'habitation et des bâtiments publics appropriés, les facilités urbaines et supra-régionales sont intégrées au projet. Il s'agit au premier lieu des superficies prévues de l'extension de l'Ecole Supérieur des Ingénieurs, du centre médical et du hall central de la culture et du sport dans la ville de Wismar. L'unité de voisinage comprendra pour la majeure partie des immeubles à 5 étages et offrira 2 508 unités de logement pour 8 659 habitants. La distance entre la région de la construction nouvelle et le centre-ville et les lieux du travail aux chantiers navals et la région portuaire de la ville s'élève approximativement à 800 mètres. Deux rues principales urbaines serviront d'accès à cette unité de voisinage.

DK 73 + 711.6

Dielitzsch, Ch.

Les sculptures en tant que facteurs de la composition de l'ambiance résidentielle

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 717–721,
1 tracé, 8 figures

L'intégration des beaux-arts se jouit d'une importance accroissante parmi les facteurs contribuant à une composition culturelle de l'ambiance des logements. L'auteur explique, par l'exemple des unités de voisinage dans la ville de Schwedt, l'organisation raisonnable de l'interdépendance entre l'architecture et les beaux-arts.

DK 711.58 : 725 + 727

Prendel, W.

Une qualité nouvelle des bâtiments publics dans l'unité de voisinage

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 722–725,
5 figures

La construction complexe de logements pour la satisfaction, dans les années qui viennent, des tâches d'une amélioration des conditions du logement des couches les plus larges de la population dans la RDA revendique des échelles tout à fait nouvelles. Cela signifie de l'autre part que les bâtiments publics qui sont une proportion considérable de nos unités de voisinage assument une importance adéquate. Sur la base de ses expériences avec des solutions de prototype l'auteur essaye à expliquer les demandes que les citoyens posent aux bâtiments publics et comment les solutions fonctionnelles et constructives puissent le mieux recontrer celles-ci.

DK 725/727 : 711.58(–201)

Plaethe, R.

Centre de l'unité de voisinage Fischerkietz, Berlin

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 726–731,
1 tracé, 3 plans horizontaux, 1 coupe, 12 figures

Un complexe de bâtiments qui comprend des facilités de l'enseignement, du commerce, de la gastronomie et des services assume la qualité du centre de l'unité de voisinage nouvelle Fischerkietz, Berlin. Un symbol particulièrement distinctif en est le restaurant à l'usage multiple qui, pendant les heures du travail, sert à l'approvisionnement des travailleurs dans les entreprises et des élèves. Au soir, cependant, il est le restaurant de l'unité de voisinage où des événements culturels peuvent se dérouler.

DK 727.1.001.1

Grundmann, J.; Andrä, I.; Mees, G.; Barth, H.

Quelle est notre position dans le développement des solutions nouvelles constructives de l'étude du projet et de l'exécution des écoles secondaires polytechniques?

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 732–739,
3 maquettes, 16 plans horizontaux, 5 tracés, 6 figures

La perfection de la construction des écoles constitue une tâche extrêmement complexe et est orientée à la création des conditions matérielles toujours plus favorables du développement des personalités socialistes. On devrait choisir les développements dans la sphère de la construction scolaire toujours en relation avec les conditions réelles de la production du bâtiment, des entreprises du bâtiment et des possibilités de l'économie nationale. Les positions de base structurelles d'une série nouvelle de bâtiments scolaires devrait être une partie intégrante d'une ligne complexe du développement de la méthode de construction. Dans cet ordre d'idées l'école en tant que bâtiment masse exerce un influence déterminant au développement de l'assortiment des types. Cette méthode de construction nouvelle sera essayé, pour la construction des bâtiments publics, dans le cadre de la série WBS 70 visant à l'introduction d'une politique uniforme technique et technologique dans les entreprises de construction en RDA.

DK 721.021(086.2)

Richter, H.; Luthhardt, G.

Lignes technologiques pour l'introduction de la reproduction dans la production des offres de projets

deutsche architektur, Berlin 22 (1973) 12, p. 753–755,
2 schémas, 5 figures

L'utilisation la plus appropriée de la technique de reproduction peut contribuer dans une manière efficace à la rationalisation du procès de l'étude du projet. Une ligne technologique pour la reproduction des offres de projets fut développée dans l'entreprise du bâtiment de logements à Erfurt, ligne dont l'application, les moyens techniques et les bénéfits économiques sont expliqués dans la contribution.

Index 31409